

Jörg Hädicke

Soziale Gruppenarbeit als Alternative zur geschlossenen  
Unterbringung strafunmündiger Kinder

**Diplomarbeiten der  
Evangelischen Fachhochschule Hannover**

prämiiert durch die Gesellschaft der Freunde und Förderer der  
Evangelischen Fachhochschule Hannover e.V.

**Jörg Hädicke**

**Soziale Gruppenarbeit als Alternative  
zur geschlossenen Unterbringung  
strafunmündiger Kinder  
am Beispiel der Hansestadt Hamburg**

## **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Blumhardt Verlag

Evangelische Fachhochschule Hannover

Blumhardtstraße 2

D-30625 Hannover

Telefon: +49 (511) 5301-108

Fax: +49 (511) 5301-139

E-mail: [blumhardt-verlag@efh-hannover.de](mailto:blumhardt-verlag@efh-hannover.de)

<http://www.efh-hannover.de/efhinfo/verlag/>

Alle Rechte beim Verlag

Druck: Gruner Druck GmbH, Erlangen

ISBN 3-932011-35-X

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Teil I Geschlossene Unterbringung</b>	<b>7</b>
1.1 Einführung	7
1.2 Definition "geschlossene Unterbringung"	9
1.3 Geschichtlicher Hintergrund der geschlossenen Unterbringung	10
1.4 Rechtsgrundlagen	11
1.4.1 Zivilrecht	11
1.4.2 Öffentliches Recht	11
a) Bundesrecht	11
b) Landesrecht	12
1.4.3 Strafrecht	12
1.4.4 Zur Verfassungsmäßigkeit geschlossener Unterbringung	13
1.4.5 UN-Kinderrechtskonvention	13
1.5 Die Situation in Hamburg	14
1.5.1 Das Konzept der Behörde	14
1.5.2 Familien-Interventions-Team (FIT)	14
1. Stufe – Elterngespräche	15
2. Stufe – Ermahnungsgespräche beim Familiengericht	15
3. Stufe – Geschlossene Unterbringung	16
1.5.3 Die Arbeit des ASD im Vorfeld einer möglichen Kindeswohlgefährdung	16
1.5.4 Die Arbeit des FIT nach Meldung einer Straftat von Minderjährigen durch die Polizei	16
1.5.5 Finanzierung der Maßnahmen in Hamburg	17
1.6 Geschlossene Unterbringung in der öffentlichen Diskussion	20
1.6.1 Elfter Kinder- und Jugendbericht	20
1.6.2 Argumentation zur geschlossenen Unterbringung	21
a) Argumente für eine geschlossene Unterbringung	22
b) Argumente gegen eine geschlossene Unterbringung	23
1.7 Die Situation in Deutschland	
Praxis freiheitsentziehender und freiheitsbeschränkender Maßnahmen in Deutschland: Konzepte kurz vorgestellt	24
1.7.1 Pädagogisch-therapeutischer Intensivbereich der Rummelsberger Anstalten	25
1.7.2 Ev. Jugendfürsorgewerk (EJF) Berlin – Einrichtung für delinquente Kinder	26
1.7.3 Jugendheim Mühlkopf (Rodalben, Rheinland-Pfalz)	27
1.7.4 Andere Länder - andere Heime? Der Umgang mit delinquenten Kindern und Jugendlichen am Beispiel von Niedersachsen und Bayern	28
a) Das niedersächsische Interventionsprogramm für Kinder	28

b) Das bayerische Modell einer "Clearingstelle"	30
1.7.5 Murat, eine Jugendhilfekarriere? – Ein Praxisbeispiel	31
1.7.6 Glen Mills – Vorbild für Deutschland	32
a) Pro Glen Mills	34
b) Contra Glen Mills	35
<b>Teil II Soziale Gruppenarbeit</b>	<b>37</b>
2. Soziale Gruppenarbeit – eine vernachlässigte Hilfeform?	37
2.1 Definition "Soziale Gruppenarbeit"	37
2.2 Zum geschichtlichen Hintergrund der sozialen Gruppenarbeit	37
2.2.1 Zum Hintergrund der sozialen Gruppenarbeit in Hamburg	38
2.3 Sozialarbeit mit Gruppen als Methode	40
2.3.1 Ansätze, Ziele und Inhalte sozialer Gruppenarbeit	41
a) Ansätze	41
b) Ziele	41
c) Inhaltliche und handlungsmäßige Schwerpunkte sozialer Gruppenarbeit	42
2.3.2 Positive und negative Aspekte sozialer Gruppenarbeit	43
2.3.3 Standards für die Praxis sozialer Arbeit mit Gruppen	44
2.4 Soziale Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern am Beispiel der Stadt Hof	48
2.4.1 Zielgruppe	49
2.4.2 Arbeitsweisen und Methoden	50
2.4.3 Kursaufbau	50
2.4.4 Elternarbeit	51
2.4.5 Evaluation	52
2.5 Soziale Gruppenarbeit als Alternative zur geschlossenen Unterbringung?	53
2.6 Exkurs - Erlebnispädagogische Angebote als eine Form sozialer Gruppenarbeit	54
2.7 Zusammenfassung	56
2.8 Was ist zu tun?	58
<b>Teil III Bezug zur Praxis der evangelischen Jugendhilfe in Hamburg</b>	<b>61</b>
3. Grundriss einer Konzeption	61
3.1 Hintergrund	61
3.2 Evangelische Jugendhilfe Hamburg	62
3.3 Grundkonzeption als Diskussionsgrundlage	63
3.4 Evaluation	65
3.5 Schlusswort	66
Literaturverzeichnis	69
Anlagen	75

## Teil I Geschlossene Unterbringung

### 1.1 Einführung

Immer öfter erregen 12- bis 13 jährige Kinder mit diversen von ihnen begangenen Straftaten die Öffentlichkeit. Insbesondere dann, wenn sich die Medien wieder einmal einen besonders schweren Fall vornehmen und eine härtere Gangart gegenüber strafunmündigen Kindern fordern. Doch längst nicht so viele Kinder, wie die Medien uns weiß machen wollen, sind delinquent. Und anstatt zu fragen, ob und wie man problematischen Kindern und Jugendlichen bereits zu Beginn ihrer Jugendhilfekarrieren sinnvoll helfen kann, diskutiert die Politik über geschlossene Unterbringung und andere Formen strengerer Settings von sogenannten "Monsterkids". (Der Spiegel 1999)

Dieser Ruf nach geschlossener Unterbringung ist dabei oft ein Hilferuf der Ohnmacht, der die Grenzen pädagogischer und politischer Ansätze offenbart.

Wobei die Experten sich einig sind, dass Kinder zu jeder Zeit Grenzen überschritten und Abenteuer gesucht haben um Anerkennung in der Gleichaltrigen-gruppe zu erwerben. Die daraus resultierenden Straftaten sind überwiegend der Kleinkriminalität zuzuordnen, so die Münchener Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. (vgl. Schäfer, 2000,S.10) Ein weiterer Blickpunkt, der die öffentlichen Diskussionen immer wieder anheizt, ist die jährliche "Polizeiliche Kriminalstatistik" (PKS), in der die von der Polizei ermittelten tatverdächtigen Personen erfasst werden. Demnach wurden 2001 in Deutschland insgesamt 143 045 Kinder unter 14 Jahren als tatverdächtig registriert. (Bundeskriminalamt 2001, S.72) Eine enorme Zahl, deren Aussagekraft allerdings erheblich eingeschränkt ist, um von einer deutlichen Zunahme krimineller Kinder zu sprechen. 1998 lag die Zahl nämlich bei 152 774 Tatverdächtigen (Schäfer, S.10). Wie bereits oben erwähnt, handelt es sich in vielen Fällen um sog. Kleinkriminalität bzw. "Dumme Jungen Streiche" die nicht weiter geahndet werden. Auch die Intensität, mit der die Polizei Verbrechenskontrolle betreibt, ist maßgebend für hohe Zahlen und wird von Bundesland zu Bundesland verschieden gehandhabt. Des Weiteren hängt die Statistik gleichermaßen von der Anzeigenbereitschaft der Bevölkerung ab. "Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet also kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität." (S.11)

Die Wahrnehmung der Jugendkriminalität ist also vielfach verzerrt, was noch dadurch verstärkt wird, dass die zum Teil schwerwiegendere Erwachsenenkriminalität (Wirtschafts- und Umweltkriminalität, Bestechung, Missbrauch- und Miss-handlung von Kindern) in solchen Zusammenhängen ausgeblendet bleibt. Kinder- und Jugenddelinquenz steht auf dieser Weise als ein isoliertes, das heißt, einziges Problem da. Im Gesamtvolumen aller Tatverdächtigen nimmt die Gruppe der tatverdächtigen Kinder mit 6,3% die letzte Stelle ein. (BKA, S.72)

Am 02. Juli 2002 kündigte die Hamburger Senatorin für Soziales und Familie, nach 20 Jahren Pause, die Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung mit zunächst 90 Plätzen an (25 für delinquente Kinder, 15 für ausländische Jugendliche, die von Abschiebung bedroht sind, 50 für straffällig gewordene Jugendliche). "Zügig, konsequent und mit der gebotenen Härte soll auf kriminelles Verhalten von Minderjährigen reagiert werden", so die Senatorin auf der Pressekonferenz. (vgl. Hamburger Abendblatt, 03.07.02)

Gründe für diese Verschärfung waren wohl die Ermordung eines Hamburger Feinkosthändlers im Jahr 1998 durch zwei 16-jährige Jugendliche, die in einer Einrichtung zur Abwendung von U-Haft wohnten, dort aber nicht angemessen betreut wurden und die Eskapaden des 13-jährigen sog. "Crash-Kid" Dennis, der sich fast täglich mit gestohlenen Autos wilde Verfolgungsjagden mit der Polizei lieferte. Die Medien nutzten diese Einzelfälle zu wochenlangen öffentlichen Diskussion über Kinder- und Jugendstrafen. Eine regelrechte Medienkampagne zum Thema Jugendgewalt und Jugendkriminalität überflutete nicht nur Hamburg. Sie erreichte im Zusammenspiel mit der Polizei und Politikern aller Parteien immer neue Höhepunkte und führte dazu, dass wir über Monate nahezu täglich und mehrspaltig von entsprechenden Fällen erfuhren, über die in den Jahren zuvor allenfalls in einer kleinen Meldung berichtet worden wäre. Über Mehmet aus München wurde in dieser Zeit sogar im deutschen Fernsehen berichtet. Überregionale Bekanntheit erreichte auch Murat aus Köln, dessen Fall in dieser Arbeit näher erläutert wird. Diese Berichte waren von einer bedrückenden Einseitigkeit geprägt und gipfelten in der Forderung, endlich mit der gebotenen Härte gegen diese gewalttätigen Jugendlichen vorzugehen. (s.o.) Die Menschen in Hamburg glaubten sich in dieser Stadt nicht mehr sicher fühlen zu können. Das Bedrohungsgefühl erreichte unglaubliche Ausmaße und diente den Politikern zur Legitimation weiterer Entscheidungen. So wurden während der Erstellung dieser Arbeit zwei zusätzliche geschlossene Heime für jugendliche Prostituierte und Dro-

## **Hamburg plant neue Heime für Süchtige**

**Hamburg** – Die Hamburger Sozialbehörde will zwei zusätzliche geschlossene Heime einrichten, in denen jugendliche Prostituierte und Drogenstüchtige untergebracht werden sollen. „Die Einrichtungen sind als Ergänzung zum geschlossenen Heim für kriminelle Jugendliche an der Feuerbergsstraße gedacht“, sagte Behördensprecherin Annika Wichert. Zurzeit werde ein Konzept erarbeitet, wie den Jugendlichen der Weg in ein drogenfreies Leben bereitet werden könne.

Die beiden Heime sind Teil des neuen Drogenkonzeptes, über das der Senat in wenigen Wochen entscheiden will. Der Plan, der dem Abendblatt vorliegt, sieht vor, „das Drogenangebot und die Nachfrage konsequent zu reduzieren“. (kum)

(Hamburger Abendblatt, 14.01.03)



gensüchtige beschlossen "Die Einrichtungen sind als Ergänzung zum geschlossenen Heim für kriminelle Jugendliche gedacht", sagte Behördensprecherin Annika Wichert.

Mit diesen zusätzlichen Einrichtungen hält Hamburg fast so viele geschlossene Heimplätze vor wie die gesamte Bundesrepublik zusammen.

Im ersten Teil dieser Arbeit wird es am Beispiel von Hamburg darum gehen, u.a. das Konzept "geschlossene Unterbringung" näher zu untersuchen, die Argumente der Gegner und der Befürworter der geschlossenen Unterbringung gegeneinander abzuwägen und zu recherchieren, ob die zu erwartenden Kosten nicht anderweitig besser einzusetzen sind.

Im zweiten Teil geht es u.a. eben um die Frage, ob durch anhaltende soziale Gruppenarbeit die geschlossene Unterbringung nicht ersetzt werden könnte, welche Möglichkeiten den Anbietern von sozialer Gruppenarbeit zur Verfügung stehen und ob zum Beispiel der Stadtstaat Hamburg die im §29 des KJHG beschriebene Hilfeform "soziale Gruppenarbeit" nicht vernachlässigt.

Im dritten und letzten Teil soll der Grundriss einer Konzeption zur sozialen Gruppenarbeit in der Evangelischen Jugendhilfe Hamburg formuliert werden.

## **1.2 Definition "geschlossene Unterbringung"**

Im ersten Teil dieser Arbeit wird der Rahmen der geschlossenen Unterbringung das Blickfeld beherrschen. Dabei gehen die Meinungen, was denn geschlossene Unterbringung bedeutet, erheblich auseinander. Für diese Arbeit lege ich eine Definition zugrunde, die ich im Folgenden vorstelle:

Geschlossene Unterbringung meint in dieser Arbeit: Unterbringung in einem geschlossenen Heim, einer geschlossenen Anstalt oder in einer geschlossenen Abteilung eines Heimes bzw. einer Anstalt. Die daraus resultierende Freiheitsentziehung ist zu definieren als Aufenthaltsbestimmung ohne oder gegen den Willen des Minderjährigen in einer Form, dass die Betroffenen auf einen bestimmten eingegrenzten Raum festgehalten werden, ihr Aufenthalt ständig überwacht und die Aufnahme von Kontakten mit Personen außerhalb des Raumes durch Sicherungsmaßnahmen verhindert wird.

Des Weiteren werden folgende Definitionen zu Grunde gelegt:

Freiheitsentzug bedeutet, wie bereits oben erwähnt, den angeordneten Ausschluss der körperlichen Bewegungsfreiheit eines Kindes oder Jugendlichen entgegen oder ohne dessen Willen.

Freiheitsbeschränkung und damit kein Freiheitsentzug liegt vor, wenn die körperliche Bewegungsfreiheit zur Sicherung eines pädagogischen Prozesses altersgemäß für kürzere Zeit, d.h. maximal für wenige Stunden, ausgeschlossen wird. Daher

beinhalten die stationäre Betreuung in einer Einrichtung der Erziehungshilfe mit den daraus resultierenden Grenzsetzungen ebenso wenig einen Freiheitsentzug wie Maßnahmen, die begrenzte Ausgangszeiten beinhalten (Stubenarrest). Darüber hinaus liegt Freiheitsbeschränkung und kein Freiheitsentzug vor, wenn das Verlassen eines Gebäudes aus Gründen des allgemeinen Schutzes erschwert wird (z.B. nächtliches Verschließen der Haustür)

### **1.3 Geschichtlicher Hintergrund der geschlossenen Unterbringung**

"Während Kinder im deutschen Kaiserreich seit 1871 nicht vor der Vollendung des 12. Lebensjahres strafrechtlich belangt werden konnten, gab es für sie dennoch das Risiko der Anstaltserziehung ohne Begrenzung. Und als Erziehung wurde in den Anstalten in der Regel auch die abschreckende körperliche Züchtigung praktiziert. Für manche kamen bis zu zehn, für andere sogar noch mehr Jahre Unterbringungszeiten in Frage, für viele war eine Entlassung erst mit dem 20. Lebensjahr möglich." (Schäfer, 2000 S.9) Innerhalb von Reformbemühungen in Verbindung mit dem deutschen Jugendstrafrecht kam es zu einer Ausweitung der Straffreiheit für Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren. (vgl. ebd.)

Das durch das RJWG 1922 legalisierte "persönliche Recht jedes Kindes auf Erziehung" wurde nach 1933 wieder umgewandelt in ein "Recht des Staates auf Erziehung der Jugend". Zur Vermeidung von Gefährdung oder Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen bediente sich auch der faschistische Staat des gesetzlichen Erziehungsmittels der Fürsorge, allerdings in perverser Form. "Auslese" und "Ausmerze" bestimmten die erbbiologisch geprägte Heimerziehung. Nur "erbgesunde, erziehbare und gemeinschaftsfähige" Kinder und Jugendliche waren einer Heimerziehung würdig. Heimzöglinge wurden selektiert und in halb- sowie geschlossenen Bewahrungsanstalten untergebracht. (vgl. Hubert, H., Jugendrecht im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M., 2001, S.178ff.) Die Grenze des Strafmündigkeitsalters blieb jedoch bei 14 Jahren, bis das Reichsjugendgerichtsgesetz die Strafmündigkeit in "schweren Fällen" 1943 lockerte und auch 12- und 13-Jährige wieder belangt wurden. (vgl. Schäfer, S.10)

In der Zeit des Neubeginns nach 1945 und einer eher halbherzigen Vergangenheitsbewältigung auch im Bereich der Pädagogik tat man sich schwer mit Reformen in Jugendwohlfahrt und Fürsorgeerziehung. "Nach der berüchtigten "Heimkampagne" in den 60er Jahren und der damit verbundenen Skandalisierung fand in diesem klassischen Praxisfeld der Jugendhilfe eine umfassende Auseinandersetzung über Alternativen zur Heimerziehung statt." (Hubert, H., Geschlossene Unterbringung als pädagogisches Konzept, Internetrecherche) Diese Debatte, verbunden mit dem Ruf nach einer Umgestaltung der Jugendwohlfahrt, mündete in den 70er Jahren in eine breite Diskussion um ein neues Jugendhilferecht. Als die Bundesregierung 1978 in ihrem Entwurf eines Sozialgesetzbuches (SGB) die geschlossene Unterbringung doch wieder aufgenommen hatte, wurde erneut eine

heftige Auseinandersetzung über die Abschaffung der geschlossenen Unterbringung entfacht. Der folgende politische wie fachpolitische Druck führte schließlich dazu, dass die geschlossene Unterbringung nicht, jedenfalls nicht in der geplanten Form, in das 1990 verabschiedete SGB VIII (KJHG) eingearbeitet wurde. (vgl.a.a.O.)

## **1.4 Rechtsgrundlagen**

Auf schwer delinquentes Verhalten von Kindern wird zukünftig mit geschlossener Unterbringung reagiert. Wiederholte Kriminalität von Jugendlichen begegnet die Gerichtsbarkeit mit mehr Untersuchungshaft bzw. Jugendarrest. Diese Freiheitsbeschränkenden Maßnahmen erfordern jedoch eine analoge Rechtsgrundlage.

In allen drei Kerngebieten des Rechts (Zivilrecht, Öffentliches Recht, Strafrecht) gibt es Anhaltspunkte, die eine Freiheitsentziehung bei Minderjährigen grundsätzlich für zulässig erklären.

### **1.4.1 Zivilrecht**

Personensorgeberechtigte (z.B. Eltern), Vormünder (§ 1800BGB) und Personensorgeryspfleger (§ 1915 BGB) können im Rahmen des Aufenthaltsbestimmungsrechtes über eine geschlossene Unterbringung befinden. Da es sich dabei jedoch um eine Freiheitsentziehung handelt und Kinder und Jugendliche davor geschützt werden müssen, einfach in eine geschlossene Heimunterbringung abgeschoben zu werden, muss das Familiengericht nach § 1631b BGB diese geschlossene Unterbringung auf Antrag der Personensorgeberechtigten genehmigen. Die Orientierung am Kindeswohl und der Genehmigungsvorbehalt durch das Familiengericht machen deutlich, dass die Unterbringung mit Freiheitsentziehung als allerletzte Möglichkeit gewertet werden muss. (Vgl. Sonnen 2002, S.16) Ohne Genehmigung ist die Unterbringung nur zulässig, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Familienrechtliche Eingriffsbefugnisse bestehen dann gem. §§ 1666 und 1666a BGB.

### **1.4.2 Öffentliches Recht**

#### **a) Bundesrecht**

Nur in Zusammenhang mit der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen kennt das SGB VIII eine Vorschrift, die sich zu freiheitsentziehenden Maßnahmen äußert. Auch hier ist die Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen ausschlaggebend. Wohl des Kindes meint dabei eine Gefahr für Leib oder Leben des Kindes oder des Jugendlichen oder eine Gefahr für Leib oder Leben

Dritter. Das Jugendamt ist nach § 42 III SGB VIII verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn die o. a. Bedingungen erfüllt sind. Ohne Entscheidung des Familiengerichts ist die Freiheitsentziehung spätestens mit Ablauf des Tages nach ihrem Beginn zu beenden.

Sollten z.B. die Eltern der Inobhutnahme widersprechen, hat das Jugendamt unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen den Eltern zu übergeben oder eine Entscheidung des Familiengerichts über weitere Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen (ebd. S.18).

## **b) Landesrecht**

Rechtsgrundlagen für eine geschlossene Unterbringung finden sich in den Unterbringungsgesetzen der Länder. Die Gesetze waren ursprünglich Ausführungsgesetze zu Art. 2 Abs. 2 und 104 Abs. 2 Grundgesetz und regelten ausschließlich die Unterbringung psychisch Kranker und Suchtkranker. In den neueren Gesetzen sind die verwendeten Begriffe "Geisteskrankheit, Geistesschwäche" jedoch nicht mehr enthalten und der Gesichtspunkt der Krisenintervention steht im Vordergrund.

Alle Gesetze gehen ihrem Sinne nach davon aus, dass die Anordnung der Unterbringung erforderlich sein muss, um die von dem "Kranken" ausgehenden Gefährdungen abzuwehren, d.h. dass dies auf andere Weise nicht möglich ist. Ferner muss die Unterbringung als Freiheitsentziehung in einem angemessenen Verhältnis zu der Art und dem Grade der Gefährdung stehen, die von dem Kranken ausgeht. Die Anordnung darf auch nur ergehen, wenn dieser mit der Unterbringung nicht einverstanden ist. (vgl. Fachlexikon der sozialen Arbeit, S.977) Im Falle einer Unterbringung von delinquenten Kindern muss man also von einem krankheitsbedingten Verhalten dieser Personen ausgehen.

Das Verfahren über Unterbringungsmaßnahmen ist bundeseinheitlich in den §§ 70 ff des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) geregelt.

### **1.4.3 Strafrecht**

Das Strafrecht sieht für strafunmündige Kinder (unter 14 Jahren) keine stationären Sanktionen vor.

Jugendarrest §§ 16, 90 Jugendgerichtsgesetz (JGG) und Jugendstrafe §§ 17, 18, 91, 92 JGG sind die freiheitsentziehenden Maßnahmen des Jugendstrafrechts. Gem. § 71 II JGG kann unter denselben Voraussetzungen, unter denen ein Haftbefehl erlassen werden kann, auch die einstweilige Unterbringung in einem Heim der Jugendhilfe angeordnet werden. Damit soll der Begehung weiterer Straftaten entgegengewirkt werden. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass das Heim fluchtsi-

cher, d.h. geschlossen und mit freiheitsentziehendem Charakter ist. (vgl. Sonnen, S.19)

#### **1.4.4 Zur Verfassungsmäßigkeit geschlossener Unterbringung**

Das Verfassungsgericht hat zur Zulässigkeit von geschlossener Unterbringung noch kein Recht gesprochen. Für das BMFSFJ wurde 1997 ein Rechtsgutachten zur Frage der "Zulässigkeit der geschlossenen Unterbringung in Heimen der öffentlichen Jugendhilfe" erstellt und 2001 veröffentlicht. Schlink und Schattenfroh (2001, S. 73 ff) kommen zu dem Ergebnis, dass § 1631b BGB nur bedingt verfassungskonform sei.

Trotz jahrzehntelanger unkritischer Anwendung durch die Gerichte, sei § 1631 b Satz 1 BGB verfassungswidrig und nichtig. Er stelle keine taugliche Ermächtigungsgrundlage für eine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen der Jugendhilfe dar. Der Gesetzgeber habe es versäumt, die erforderliche eindeutige rechtliche Verknüpfung zwischen § 1631 b Satz 1 BGB und dem SGB VIII herzustellen.

Auf Dauer angelegte geschlossene Unterbringung in Einrichtungen der Jugendhilfe sei nach derzeitiger Rechtslage nur gem. §§ 71, 72 JGG durchführbar. Die Unterbringungsgesetze der Bundesländer (PsychKG) seien für eine geschlossene Unterbringung in der Jugendhilfe nicht tauglich. Eine geschlossene Unterbringung in Heimen der Jugendhilfe sei nur möglich gem. § 42 Abs. 3 SGB VIII und da auch nur für kurze Zeit, sowie gem. § 1631 b Satz 2 BGB. Schlink und Schattenfroh gelangen zu der Schlussfolgerung, "dass wegen der Verfassungswidrigkeit von § 1631b ein wesentlicher Teil der derzeit praktizierten Unterbringungsmaßnahmen rechtswidrig ist." (a.a.O. S. 151)

#### **1.4.5 UN-Kinderrechtskonvention**

Die Kinderrechtskonvention (KRK) enthält zwar kein Verbot freiheitsentziehender Maßnahmen, stellt aber in Artikel 37 für die geschlossene Unterbringung entscheidende Regeln auf. In Artikel 37 der KRK, die die Bundesrepublik 1992 anerkannt und ratifiziert hat, heißt es beispielsweise:

"dass Festnahme, Freiheitsentziehung und Freiheitsstrafe bei einem Kind (bis zu 18 Jahren) im Einklang mit dem Gesetz nur als letztes Mittel und für die kürzeste angemessene Zeit angewendet werden,

- dass jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Personen seines Alters behandelt wird und
- dass jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, das Recht auf umgehenden Zugang zu einem rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand und das

Recht hat, die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung anzufechten." (Sonnen, S. 15)

Folgt man den Intentionen dieses Artikels, so geht daraus hervor, dass eine Freiheitsentziehung bei Minderjährigen bei Beachtung rechtsstaatlicher Grenzen grundsätzlich zulässig sein kann, wenn eine entsprechende Rechtsgrundlage gegeben ist.

## **1.5 Die Situation in Hamburg**

Der neue Hamburger Senat erklärt das bisherige System der erzieherischen Hilfen der Jugendhilfe als gescheitert. Insbesondere der Umgang mit Minderjährigen, auf die die Medien und Politik infolge der durch sie begangenen Straftaten in gravierenden und/oder wiederholten Fällen aufmerksam wurden, steht in der Kritik. Aufgrund dessen stellt die Behörde für Soziales und Familie dem Senat ein neues Konzept mit dem Titel:

"Geschlossene Unterbringung für Minderjährige bei Kindeswohlgefährdung durch die Begehung von Straftaten in wiederholten oder gravierenden einzelnen Fällen und Maßnahmen der Jugendhilfe zur Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern (Senatsdrucksache Nr. 2002/1002)" über den künftigen Umgang der Jugendhilfe mit diesen Minderjährigen vor.

Dieses Konzept hat erhebliche Auswirkungen auf den gesamten Jugendhilfereich:

### **1.5.1 Das Konzept der Behörde**

Grundsätzlich geht der Senat davon aus, dass durch die Begehung von Straftaten durch Minderjährige eine Kindeswohlgefährdung sowie deutlich werdende Erziehungsdefizite vorliegen. "Schwere Gefährdungen (...) können sich auch durch dauerhaften Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen in schwer gefährdenden Szenen offenbaren." (Senatsdrucksache Nr. 2002/1002 S. 2) In gravierenden und/oder wiederholten Fällen soll in Zukunft schnell, konsequent und gegebenenfalls mit den notwendigen und gesetzlich zulässigen Zwangsmaßnahmen reagiert werden. Möglich bleiben dabei alle geläufigen Maßnahmen aus dem Spektrum der erzieherischen Hilfen. Zur weiteren Verbesserung der Jugendhilfemöglichkeiten wird der Maßnahmenkatalog um die geschlossene Unterbringung erweitert.

### **1.5.2 Familien-Interventions-Team (FIT)**

Wirklich neu an diesem Konzept ist das FIT, das erstmals alle Daten delinquenter Kinder und Jugendlicher zentral erfasst. Es bündelt alle Informationen des Min-

derjährigen, die in Schule, Polizei oder beim ASD zur Verfügung stehen. Die Polizei als erste Instanz bei Straftaten meldet jede Straftat, die von einem Minderjährigen begangen wird, sofort dem FIT. Dieses beginnt seine Arbeit mit einem unverzüglichem Besuch im Elternhaus. Der erste Besuch findet spätestens fünf Tage nach der Berichterstattung durch die Polizei statt. "Das FIT erhält für die ihm gemeldeten Minderjährigen alle (...) notwendigen Befugnisse. Dazu zählt insbesondere auch die Befugnis, wenn dies erforderlich scheint, sofort zur Not auch gegen den Willen der Eltern mit den notwendigen Anträgen an das zuständige Gericht eine stationäre Erziehungshilfe einschließlich geschlossener Unterbringung einzuleiten." (Senatsdrucksache Nr. 2002/1002 S.2)

Geht das FIT jedoch davon aus, dass der Minderjährige weiterhin in seinem Lebensbereich bleiben kann, stehen ihm drei Interventionsstufen zur Verfügung:

### 1.Stufe: Elterngespräche

Dort werden die Eltern verpflichtet, sich aktiv an den einzuleitenden Maßnahmen zu beteiligen und die Mitarbeit so zu gestalten, dass es nicht zu weiteren Straftaten durch die Minderjährigen kommt und sie weiterhin ordnungsgemäß die Schule besuchen. Weiterhin soll geklärt werden, über welche Erziehungskompetenz die Eltern verfügen. Innerhalb der schriftlichen Selbstverpflichtung müssen Erziehungsberatungsstellen aufgesucht werden. Es kann u.a. auch eine sozialpädagogische Familienhilfe in Frage kommen. Die Träger der Jugendhilfe führen die von dem FIT eingeleiteten Maßnahmen durch. Die Hilfe ist in der Regel auf 12 Monate festgelegt. Die Teilnahme an den Hilfeangeboten wird von FIT überprüft.

Sollten sich die Minderjährigen bzw. die Eltern nicht in ausreichenden Maße beteiligen oder kommt es während der Jugendhilfemaßnahmen zu weiteren Straftaten, wird das FIT unverzüglich die zweite Interventionsstufe aktivieren. Dies passiert jedoch nicht ohne eine Beurteilung, ob der Verzicht auf eine stationäre Unterbringung noch vertretbar ist.

### 2.Stufe: Ermahnungsgespräch beim Familiengericht

Greifen die Maßnahmen der Jugendhilfeträger nicht, s. o. wird vom FIT gemäß § 50 Abs.3 SGB VIII das Familiengericht eingeschaltet. Im Rahmen eines familiengerichtlichen Verfahrens wird der Familienrichter ein Ermahnungsgespräch mit den Eltern und den Minderjährigen führen. Ziel dieses Gesprächs ist die erneute Verpflichtung zur aktiven Mitarbeit an den beschlossenen Jugendhilfemaßnahmen unter der Androhung weiterer familienrechtlicher Entscheidungen.

### 3.Stufe: Geschlossene Unterbringung

Greifen die in den ersten beiden Stufen eingeleiteten Maßnahmen nicht rechtzeitig oder begeht der Minderjährige eine weitere Straftat, wird die letzte Stufe eingeleitet. Das FIT schaltet wiederum das Familiengericht ein und stellt einen Antrag auf stationäre Unterbringung des Minderjährigen im Rahmen der erzieherischen Hilfen. Das Familiengericht kann dann eine Entscheidung gemäß § 34 SGB VIII treffen. (vgl. Senatsdrucksache S.5)

"Falls das Familiengericht dem Antrag nicht stattgibt, wird durch das FIT weiter mit der Familie im Sinne der ersten Stufe gearbeitet und ein veränderter Hilfeplan entwickelt." (Senatsdrucksache, 2002 S.5)

Unter besonderen Umständen kann das FIT auch auf Anraten des Allgemeinen Sozialen Dienstes der Bezirke (ASD) oder der Jugendgerichtshilfe tätig werden.

#### **1.5.3 Die Arbeit des ASD im Vorfeld einer möglichen Kindeswohlgefährdung**

Wird ein Fall gemeldet, entscheidet FIT sofort, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Bei weniger schweren Delikten werden die Kinder und Jugendlichen dem ASD gemeldet, die den Fall dann weiter bearbeiten. Unmittelbar nach Eingang der Meldung durch das FIT wird der ASD Kontakt mit der Familie aufnehmen. Dies geschieht in der Regel telefonisch oder schriftlich! Ähnlich wie beim FIT wird auch das ASD innerhalb kürzester Zeit – spätestens 10 Werktage nach der Meldung – der betroffenen Familie einen Hausbesuch abstatten, um den Hilfebedarf abzuklären. "Sind aus Sicht des ASD (...) weitere Maßnahmen der Jugendhilfe nicht erforderlich, weil die Sorgeberechtigten bereits ausreichend reagiert haben, wird dies dokumentiert und der Fall gilt als abgeschlossen." (Senatsdrucksache S.3) Bestehen für die Familien bereits Jugendhilfemaßnahmen, wird der Hilfeplan überprüft und gegebenenfalls verändert. Bestehen noch keine Hilfemaßnahmen, können diese mit Zustimmung der Eltern eingeleitet werden. Der ASD wird das FIT zu Beginn, nach sechs und dann nach 12 Monaten über den Stand der Dinge auf dem Laufenden halten.

Ist die Kontaktaufnahme schwierig oder beteiligen sich die Eltern bzw. die Minderjährigen nicht, ist das FIT zu informieren, das ggf. weitere Schritte einleitet.

#### **1.5.4 Die Arbeit des FIT nach Meldung einer Straftat von Minderjährigen durch die Polizei**

Wie bereits oben erwähnt, entscheidet FIT sofort, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Eine Entscheidungshilfe ist dabei ein von der Polizei ausgefülltes Form-



blatt. (Anlage 1) Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine gravierende oder um eine gehäufte Begehung einer Straftat handelt. In Einzelfällen kommen auch weniger gewichtige Straftaten in Betracht. Besonders jedoch Raubtaten und schwere oder gefährliche Körperverletzungen, Brandstiftung, Erpressung und der Handel mit Betäubungsmitteln sind die Kriterien, denen das FIT besondere Bedeutung beimisst. (vgl. Senatsdrucksache S.4)

"Dieser Teil des Gesamtkonzepts ist bundesweit hinsichtlich der verbindlichen und konsequenten Verfahrensabläufe, der zügigen Reaktion und der Verpflichtung der Eltern, sich aktiv zu beteiligen, einmalig. (...) Mit dem FIT ist somit auch gewährleistet, dass es von nun an eine Institution in Hamburg gibt, die stets einen aktuellen Überblick über die Situation krimineller Kinder und Jugendlicher hat und sinnvolle Maßnahmen einleiten kann." (Kunat, DVJJ-Journal 3/2002 S.335)

### **1.5.5 Finanzierung der Maßnahmen in Hamburg**

Die Kosten für den Umbau des Kinder- und Jugendnotdienstes und erste provisorische Sicherungsmaßnahmen an der Einrichtung für Kinder werden vom Hamburger Senat mit bis zu 1,5 Mio. Euro angegeben.

Für den im Jahr 2003 vorgesehenen Bau der endgültigen Einrichtungen stehen weitere 1,346 Mio. Euro zur Verfügung. "Die Behörde für Soziales und Familie schätzt, dass der Bau der endgültigen Einrichtungen je nach erforderlicher Platzzahl zwischen 3,5 und 4,5 Mio. Euro kosten wird." (Senatsdrucksache, 2002 S.10)

Die Betriebskosten für die Betreuung der Minderjährigen in den geschlossenen Einrichtungen werden pro Tag und Platz zwischen 220 bis 250 Euro liegen. Dies entspricht den Kosten, die auch in den bereits bestehenden geschlossenen Heimen im Bundesgebiet entstehen. Die hohen Kosten für geschlossene Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe entstehen aus folgenden Gründen:

- "In allen geschlossenen Einrichtungen bzw. Gruppen ist intensive Beziehungsarbeit ein Eckpfeiler der Konzeption. Deshalb haben sie alle einen Betreuungsschlüssel, der in Richtung 1 zu 1 geht.
- In den geschlossenen Heimen arbeiten überwiegend Sozialpädagogen, deren Eingruppierung höher ist als von Vollzugsbeamten.
- Alle Einrichtungen bieten eine interne schulische oder berufliche Bildung an. Dadurch entstehen zum einen Personalkosten für Lehrer bzw. Ausbilder, zum anderen sind Sach- und Investitionsmittel für Maßnahmen beruflicher Orientierung bzw. beruflicher Vorbereitung (Werkstätten und deren Räume, geeignete Unterrichtsräume) aufzubringen.

- Alle Einrichtungen bieten bei Bedarf psychologische/therapeutische Beratung für die Mädchen und Jungen an. Dadurch entstehen Personalkosten für Psychologen.
- Angesichts der erheblichen Problematiken, die die Kinder und Jugendlichen mit sich bringen und der schwierigen pädagogischen Situation einer geschlossenen Unterbringung kann es zu Eskalationen kommen. (Gewalt unter den Kindern und Jugendlichen, Gewalt gegen Erzieher) Dies erfordert über weite Strecken des Tages und insbesondere auch der Nacht eine Doppelbesetzung. " (S.10)

Die Behörde für Soziales und Familie schätzt, dass unter diesen Vorgaben und einer vorläufigen Platzzahl von 25 Plätzen ein Kostenrisiko von etwa 1,2 Millionen Euro im Jahr 2003 besteht. Bei einem Kostensatz von 230 Euro entstehen bei 25 Plätzen Gesamtkosten in Höhe von etwa 2 Mio. Euro.

Dieser Rechnung ist hinzuzuzählen, dass der Senat jedoch von Anfang an mit einer Belegungszahl von 90 Kindern und Jugendlichen gerechnet hat, wie unter Pkt.3 der Senatsdrucksache (Seite 9) zu ersehen ist. Zusätzliche Kosten entstehen nun durch die zwei weiteren geschlossenen Heime für jugendliche Prostituierte und Drogensüchtige (30 Plätze), die ich bereits in der Einleitung erwähnt hatte. Sollten alle 120 Plätze belegt sein, würden die Gesamtkosten bei einem Tagessatz von 230 Euro mehr als zehn Mio. Euro betragen!

"Die Finanzierung der Lehrkräfte in den geschlossenen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, die dem besonderen Bedarf dieser Zielgruppe entspricht, wird aus Mitteln des Amtes für Schule und die berufsbildenden Maßnahmen in der geschlossenen Einrichtung für Jugendliche aus Mitteln des Amtes für Berufliche Bildung und Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport auf der Grundlage und im Rahmen der jeweils relevanten Bedarfsgrundlagen gewährleistet. Sach- und Investitionsmittel für die interne Beschulung und Maßnahmen beruflicher Orientierung bzw. beruflicher Vorbereitung werden wie in vergleichbaren Fällen (z.B. Schülerinnen und Schüler in Haftanstalten) von der für die Bereitstellung der Einrichtung zuständigen Behörde getragen." (S.11)

Hinzu kommen die Kosten für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Familien-Interventions-Teams. (sechs Mitarbeiter, Sozialpädagogen, Juristen, Lehrer, Psychologen)

Alle weiteren Kosten sollen durch Umschichtungen im Haushalt und Einsparungen erwirtschaftet werden.

Zur weiteren Kostendeckung führt der Senat aus, "dass ein großer Teil der Minderjährigen, die in die geschlossene Unterbringung kommen, alternativ eine andere stationäre Hilfe zur Erziehung erhalten hätten. Bei diesem Teil der Fälle ent-

stehen nur Neukosten aus der Differenz zwischen allgemeiner stationärer Unterbringung und geschlossener Unterbringung." (S.11)

Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass bereits vor der Einrichtung geschlossener Heime genügen stationäre Plätze vorhanden waren, das ist aber nicht der Fall. Stationäre Hilfen in diesem Umfang stehen in Hamburg nicht zur Verfügung.

Kosten scheinen für den Senat und die öffentliche Diskussion kaum eine Rolle zu spielen. Dabei sind die Alternativen - erprobtermaßen - nicht nur kostengünstiger, sondern, verantwortungsbewusst eingesetzt, auch effektiver. Mit diesen zehn Mio. Euro jährlich könnte man z.B. das System der sozialen Gruppenarbeit als HZE-Maßnahme erheblich stärken.

Dass damit noch nicht genug ist, lässt ein Hinweis in der Senatsdrucksache (S.9) erahnen. Dort heißt es: "Wenn sich zeigt, dass die 90 Plätze in den neuen Einrichtungen nicht ausreichen, werden zusätzlich Kinder und Jugendliche in anderen geschlossenen Heimen im Bundesgebiet untergebracht. Parallel dazu werden dann entweder die Einrichtungen erweitert oder es wird eine weitere Einrichtung geschaffen."

Wird sich Hamburg mit diesen Einrichtungen an den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit messen lassen können, die die stationäre Unterbringung der Jugendlichen als letztes Mittel ansieht und fordert, sie nicht länger als absolut nötig anzuordnen? Ähnliches muss auch für die geschlossenen Heime gelten. Wobei die Frage gestellt werden muss, was bedeutet "nicht länger als nötig?" Ist die mehr als einjährige geschlossene Unterbringung von Minderjährigen, wie sie der Senat vorsieht (S.8) mit den oben erwähnten Grundsätzen oder der Kinderrechtskonvention vereinbar? Diese Frage wird sich auch Hamburg stellen müssen. Wobei kritisch bemerkt werden kann, dass zwar viele Institutionen gegen die geschlossenen Einrichtungen protestieren, die meisten Regierungen der Bundesländer sich jedoch aufs Abwarten geeinigt haben. Auf lange Sicht kristallisiert sich hier vielleicht schon eine neue, andere Jugendpolitik heraus.

Sicher ist jedoch: Die Fälle, um die es sich im Moment dreht, haben kaum Chancen, sich aus der Jugendhilfespipeline herauszudrehen. Ein Ergebnis der Studie zu "Leistungen und Grenzen der Heimerziehung" besagt, dass bei Kindern und Jugendlichen mit Jugendhilfekarrieren "nach jedem Wechsel die nachfolgenden Hilfen immer kürzer werden und viele Zwischenzeiten auf der Straße, bei Freunden, bei den Eltern, in Haft etc. zu einem Bestandteil der Hilfekarrieren werden (Baur u.a. 1998, S. 26)."

## 1.6 Geschlossene Unterbringung in der öffentlichen Diskussion

### 1.6.1 Elfter Kinder- und Jugendbericht

Nach § 84 SGB VIII ist die Bundesregierung verpflichtet, dem Deutschen Bundestag in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der jungen Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vorzulegen.

Die Sachverständigenkommission zum elften Kinder- und Jugendbericht selbst bemerkt zur GU:

"Die Forderung nach einem verstärkten Ausbau der Einrichtungen mit geschlossenen Abteilungen für mehrfach auffällige, delinquente Kinder und Jugendliche geht üblicherweise davon aus, dass es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe sei, die öffentlichen Erwartungen nach sicherer Verwahrung und Strafe für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu erfüllen. Diese Erwartungen widersprechen dem gesetzlichen Auftrag der Heime, den gesetzlich zu erfüllenden Voraussetzungen für eine Einweisung in diese Heime und allen mittlerweile etablierten fachlichen Standards. Nach KJHG ist eine geschlossene Unterbringung entweder als zeitlich eng befristete Maßnahme der Inobhutnahme auf Basis einer Entscheidung durch das Jugendamt möglich (§ 42 III KJHG) oder sie wird als Hilfe zur Erziehung gewährt (§§ 27, 34 KJHG); dazu bedarf es einer Genehmigung des Familiengerichts, die nur erteilt wird, wenn das Wohl des Kindes die Freiheitsentziehung erfordert (§ 1631b BGB). Nach Auffassung der Kommission können in beiden Fällen allein akute Selbst- und Fremdgefährdung ausschlaggebende Gründe sein. Voraussetzung ist also, dass Gefahr für Leib und Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen oder dritter Personen vorliegt. Die Gefährdung anderer Rechtsgüter (Eigentum, öffentliche Ordnung etc.) reicht nicht als Einweisungsgrund aus. (...) Es besteht mittlerweile Konsens darüber, dass die Kinder- und Jugendhilfe das Problem unangemessen vereinfachen würde, wenn sie geschlossene Unterbringung als eine Antwort auf strafbare Handlungen von Kindern und Jugendlichen begreifen oder diese als solche anbieten würde. Geschlossene Unterbringung ist keine tragfähige Antwort auf das Problem einer kleinen Zahl von mehrfach und intensiv auffälligen Kindern und straffälligen Jugendlichen." (a.a.O., S. 240 f.) Dem ist nur zuzustimmen.

Die Kommission des elften Kinder- und Jugendberichts fordert aber zugleich, "innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe das Thema geschlossene Unterbringung aufrichtiger als bisher zu diskutieren" und Konzepte zu entwickeln, "wie mit den entsprechenden Jugendlichen pädagogisch sinnvoll umgegangen werden kann und wie sie zu erreichen sind." (a.a.O.) Sie stellt fest, dass in der Kinder- und Jugendhilfe entsprechende Ansätze weitgehend fehlen und charakterisiert dieses Defizit als professionelle Hilflosigkeit (a.a.O.). Die Forderung, dringend Konzepte für Ansätze und Methoden der Evaluation zu erarbeiten, "die die Kinder- und Jugendhilfe dazu in die Lage versetzen, die Wirkungen ihrer Maßnahmen konti-

nuierlich zu überprüfen, um hierauf aufbauend möglicherweise notwendige Anpassungen und Veränderungen initiieren zu können" (a.a.O.), muss sich an Gegner und Befürworter der geschlossenen Unterbringung gleichermaßen richten. Denn auch diejenigen, welche geschlossene Unterbringung praktizieren, haben in dieser Hinsicht einen großen Nachholbedarf und sind eine objektive Evaluierung ihrer angeblich so positiven Ergebnisse bisher schuldig geblieben.

Im Vergleich zum neunten Jugendbericht, in dem die Sachverständigenkommission die geschlossene Unterbringung noch kategorisch ablehnt, erkennt man im elften Bericht eine gewisse Umkehr. Dort heißt es jetzt u.a.: "Trotz der in einer Reihe von Studien empirisch gut belegten Negativfolgen geschlossener Unterbringungen (vgl. u.a. v. Wolffersdorff u.a. 1996), der dadurch erzeugten pädagogischen Widersprüche und der problematischen Sogeffekte geschlossener Einrichtungen kann infolgedessen in wenigen, sehr seltenen Konstellationen zeitweilige pädagogische Betreuung in einer geschlossenen Gruppe eine dem jeweiligen Fall angemessene Form der Intervention sein." (Deutscher Bundestag 2001 S.240, rechte Spalte)

"Die Bundesregierung teilt die Position der Sachverständigenkommission zur geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe. Sie weist darauf hin, dass geschlossene Unterbringung auf der Rechtsgrundlage des SGB VIII i.V.m. § 1631b BGB keinen Straf- bzw. Strafersatzcharakter hat. Auch zielt die geschlossene Unterbringung nicht auf Sicherung oder Verwahrung ab, sondern maßgeblich auf den erzieherischen Bedarf. Auf der anderen Seite hält die Bundesregierung in spezifischen fallbezogenen Konstellationen freiheitseinschränkende Unterbringungsformen in der von der Kommission dargestellten differenzierten Art für geeignet, um auf diese Weise einen Einstieg in eine pädagogische Beziehung zu schaffen, der sich manche Kinder und Jugendliche andernfalls von vornherein entziehen. Wie die Sachverständigenkommission feststellt, können Versuche, schwierige Kinder und Jugendliche in die Kinder- und Jugendpsychiatrie oder in oftmals unzureichend geeignete erlebnispädagogische Projekte abzuschieben, nicht überzeugen. Deshalb wird die Bundesregierung - die Vorschläge der Kommission aufgreifend - die Bemühungen der Jugendhilfepraxis fördern, geeignete Verfahren und Methoden der sozialen Diagnostik in der Kinder- und Jugendhilfe sowie Methoden und Ansätze der Evaluation zu entwickeln." (BMFSFJ 2002, S.25)

## **1.6.2 Argumentation zur geschlossenen Unterbringung**

Befürworter und Gegner der geschlossenen Unterbringung werfen sich gegenseitig eine nicht immer sachlich geführte und an den Fakten orientierte Debatte vor. Je nachdem von welcher Seite man den Argumenten folgt, klingen sie plausibel und logisch. Auffallend ist, dass sich die Diskussion um die geschlossene Unterbringung in den letzten Jahren keinen Schritt weiterbewegt hat. Fast nahtlos

schließen sich nach 20 Jahren wieder die Fronten. War die geschlossene Unterbringung 1980 in Hamburg und 1995 in Schleswig Holstein unter dem Schlagwort "Menschen statt Mauern" abgeschafft worden, so prägte der Lübecker leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille im November 2001 den neuen Ansatz: "Mauern und Menschen". Seine Argumente: "(...) für eine kleine Gruppe besonders schwieriger und gefährdeter Kinder und Jugendlicher sind geschlossene Einrichtungen erforderlich, (...) es sei wohl die einzige Möglichkeit an die schwierigen Kinder und Jugendlichen heranzukommen, um mit ihnen pädagogisch arbeiten zu können. Dabei gehe es auch darum, jungen Leuten die Untersuchungshaft, die ihnen schaden könne, zu ersparen. Zwischen U-Haft und den heutigen offenen Einrichtungen (...) gebe es eben eine Lücke - und die müsse zum Wohle der betroffenen Jugendlichen geschlossen werden." (Prey, Lübecker Nachrichten. 30.11.2001) Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Weiße Ring, die deutsche Opferschutz-Organisation, stellen sich hinter diese Pläne. "Es muss ganz einfach die Möglichkeit geben, gefährliche Straftäter so unterzubringen, dass sie nicht weitermachen können." so Detlef Hardt von der GdP. Wie gesagt, die Gegner gehen nicht zimperlich miteinander um. Zur besseren Übersicht stelle ich einige Argumente beider Seiten vor:

#### **a) Argumente für eine geschlossene Unterbringung**

- Es ist unglaublich, wenn man im eigenen Bundesland Kampagnen gegen eine geschlossene Unterbringung führt, im Gegenzug aber die Bundesländer mit geschlossenen Einrichtungen um Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen bittet.
- Durch die geschlossene Unterbringung ist es möglich erzieherische Impulse zu optimieren. Anders als in den anderen HzE-Maßnahmen kann sich das Kind/ der Jugendliche der Hilfe nicht mehr entziehen.
- Für Minderjährige, die entsprechend des richterlichen Beschlusses und der pädagogischen Erfordernisse geschlossen untergebracht werden, besteht im Gegensatz zum normalen Leben ein strukturierter Tagesablauf.
- In der geschlossenen Unterbringung gibt es verbindliche Regeln, die eingehalten werden müssen. Bei Zuwiderhandlungen wird konsequent reagiert. So lernen die Kinder und Jugendlichen, dass zwischen ihren Handlungen und der Reaktion auf ihr Handeln, ein Zusammenhang besteht.
- In der geschlossenen Einrichtung kann der Anspruch der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen auf schulische Bildung angemessen realisiert werden und die nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen können an Maßnahmen der beruflichen Orientierung und Ausbildungsvorbereitung teilnehmen

und sich so die soziale Integration über eine berufliche Perspektive erleichtern.

- Innerhalb der Einrichtungen lernen die Kinder und Jugendlichen Pflichten zu übernehmen, die ihnen nach der Entlassung als lebenspraktische Stützen helfen können.
- Bei der geschlossenen Unterbringung geht es nicht um den Zweck der Strafe, Sühne oder Abschreckung, sondern um geschlossene Unterbringung im Kontext von Hilfe zur Erziehung - also einer Leistung des Kinder- und Jugendhilferechts, deren Zielsetzung sich aus dem Programm des §1 Abs. 1 SGB VIII ergibt: Dem Recht auf Erziehung und auf Förderung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

#### **b) Argumente gegen eine geschlossene Unterbringung**

- Auch wenn die Jugendhilfe geschlossene Unterbringung durchführt, werden ihre Einrichtungen alle Merkmale einer totalen Institution aufweisen. Es sind Strukturen erforderlich, die die Chancen der erzieherischen Bemühungen gegen Null tendieren lassen. Erschwerend kommt hinzu:
  - Häufung schwieriger und schwierigster Problemlagen
  - Entstehen einer eigenen Einrichtungskultur mit eigenen Normen und Werten.
  - Rund um die Uhr Sicherung durch wechselnde Bezugspersonen im Schichtdienst.
  - Reduzierte soziale Betätigungs- und Lernmöglichkeiten durch äußere Begrenzung und hohem Anpassungsdruck.
  - Begünstigung individueller Krisen durch die gegenüber der Institution empfundene Ohnmacht.
- Es ist auch festzustellen, dass mit freiheitsentziehenden Maßnahmen keine dauerhafte Abhilfe des Problems möglich ist, weil durch Freiheitsentziehung für die jungen Menschen keine neuen Perspektiven entstehen, sondern allenfalls Anpassung für die Zeit des Einschlusses.
- Wegschließen von Kindern schafft keine soziale Integration, sondern gesellschaftliche Ausgrenzung.
- Es ist festzustellen, dass die Hoffnungen an die geschlossene Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe sich nicht auf gesicherte Erkenntnisse berufen können, da es bisher keine ausreichend fundierte Evaluation der Einrichtungen in den anderen Bundesländern gibt, sondern gespeist werden von Alltagstheorien sowie der Hilflosigkeit und Verzweiflung gescheiterter Helfer.
- Eine der wichtigsten Erkenntnisse im Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist, dass es keine Patentrezepte gibt. Dies meint, dass es möglichst keine

Spezialeinrichtungen für besondere Kinder geben sollte. Die Realität hat gezeigt, dass Spezialeinrichtungen immer auch Spezial-Zuständigkeiten für sich reklamieren und dazu führen, dass von den "normalen" Einrichtungen Kinder mit schwierigen Problemlagen zu den Spezialeinrichtungen weg definiert werden. Es geht um den Kampf um jedes einzelne Kind.

- Auch unter optimalen Bedingungen wird es nicht möglich sein, ein unerwünschtes Verhalten von heute auf morgen abzustellen. Hinter solchen Anliegen verbirgt sich ein mechanistisches Verständnis von Erziehung. So funktioniert Erziehung nicht.
- Auch wenn die Jugendhilfe sich immer wieder selbstkritisch zu fragen hat, ob sie wirklich alles getan hat, was nach den Regeln der Kunst zu tun ist, bleibt es eine Wahrheit, dass die Ursache für viele Probleme außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs sozialpädagogisch Handelnder liegt. Jugendhilfe hat hier den Auftrag, sich kräftig und lautstark einzumischen, kann jedoch nicht die Verantwortung für alle Übel dieser Welt übernehmen.
- Bei denen, die es als schlicht ungerecht empfinden, dass junge Menschen, die nach vielen Straftaten scheinbar konsequenzlos ungestraft weitermachen können, steht der Strafaspekt eindeutig im Vordergrund. Diesen Menschen ist es im Grunde auch gleich, ob der Wegschluss in einer Haftanstalt oder einer Einrichtung der Jugendhilfe erfolgt. Die Betonung des Wortes Wegschluss liegt hier eindeutig auf dem Wort "weg". (vgl. Rotstift, 2002)
- Auch wenn in Deutschland alle vorstellbaren 1000-1500 Plätze belegt wären, gäbe es doch weiterhin eine öffentliche Diskussion über diejenigen, nicht eingesperrten Kinder, die problematische Merkmale aufzeigen. "Die Definition und Ausgrenzung eines sog. "harten Kerns" von nicht Erreichbaren ist ein immer wieder aufzufindendes Merkmal aller Hilfesysteme - diese Personen gibt es als Symptomträger z.B. auch in der Psychiatrie, der Nichtsesshaftenhilfe, der Straffälligenhilfe. Für bestimmte strukturelle gesellschaftliche Probleme wie "Neue Armut", Dauer- und Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Gewaltbereitschaft, zunehmender Konsum von legalen und illegalen Drogen etc. und für Personen, die diesen Problemen besonders ausgeliefert sind, gibt es kein Patentrezept zur Problemlösung, schon gar nicht durch Wegsperren hinter Mauern. Sie sind zwangsläufig mit der Entwicklung dieser Gesellschaft verknüpft und zeigen immer wieder die Grenzen der Integration und die Gefahren der Ausgrenzung auf." (Maelicke, 2002)

## **1.7 Die Situation in Deutschland**

### **Praxis freiheitsentziehender und freiheitsbeschränkender Maßnahmen in Deutschland: Konzepte kurz vorgestellt**

Im Elften Kinder- und Jugendbericht wird für 1996 die Zahl von 122 Plätzen in geschlossener Heimerziehung genannt. Nach Angaben des Landesjugendamtes



Brandenburg betrug diese Zahl für 1998 148 Plätze, von denen 100 für Jungen und junge Männer und 48 für Mädchen und junge Frauen vorgesehen waren. Bis zur Entscheidung der Hansestadt Hamburg, zukünftig 90 weitere Plätze vorzuhalten, ist diese Zahl bis 2003 relativ konstant geblieben. Ende 2000 befanden sich laut dem Statistischen Bundesamt, 69.723 junge Menschen in der Heimerziehung oder in einer sonstigen betreuten Wohnform gem. § 34 SGB VIII. Die geschlossene Unterbringung hat also insgesamt nur einen Anteil von 0,2%.

Viele Einrichtungen, die ein geschlossenes Setting vorhalten, kann es bei der überschaubaren Anzahl von ca. 148 Plätzen für delinquente Kinder und Jugendliche nicht geben. Im Folgenden werden, um Vergleichsmöglichkeiten zum Hamburger Modell herstellen zu können, drei geschlossene Einrichtungen für delinquente Kinder und Jugendliche aus dem Bundesgebiet zusammengestellt, die Ideen der Bundesländer Niedersachsen und Bayern vorgestellt und anhand eines Praxisbeispiels die amerikanische Einrichtung "Glen Mills Schools" betrachtet.

### **1.7.1 Pädagogisch-therapeutischer Intensivbereich der Rummelsberger Anstalten**

#### Zielgruppe:

Schulpflichtige männliche Kinder und Jugendliche, die vor allem durch delinquentes, aggressives Verhalten, Schul- und Leistungsverweigerung und Weglaufen aufgefallen sind.

#### Altersstruktur:

Das Aufnahmealter liegt zwischen 12 und 16 Jahren

#### Anzahl der Kinder und Jugendlichen:

Drei geschlossene Gruppen mit 19 Plätzen und eine offene Intensivgruppe mit 6 Plätzen

#### Rechtsgrundlage:

Für die Aufnahme in einer der geschlossenen Intensivgruppen ist eine vormundschaftsgerichtliche Zustimmung nach § 1631 b BGB erforderlich.

#### Personal:

Auf die insgesamt 25 Jungen kommen:

22 Pädagogen und 4 Psychologen, 4 Sonderschullehrer, 1 Fachlehrer, 3 Sozialpädagogen und 1 Werkerzieher

#### Konzept:

Klar gegliederte Tagesabläufe, eindeutige Regeln und überschaubare Strukturen sollen den Jugendlichen Sicherheit und Orientierung geben. Hinzukommen Päd-

gogen, die die Jugendlichen dort abholen wo sie stehen, die ihnen aktiv Beziehung anbieten und ihre Bedürfnisse nach Verlässlichkeit befriedigen.

Für die Jungen in den geschlossenen Intensivgruppen ist eine zunehmende Öffnung (Unternehmungen etc. ) vorgesehen.

Hauptschulabschluss ist möglich. Die Intensivbetreuung (Doppelbesetzung jeder Klasse) macht es möglich, auf den jeweiligen Leistungsstand individuell einzugehen. Der Stundenplan wechselt zwischen konzentrationsfordernden und entspannungsfördernden, sportlichen, kreativen Fächern ab.

Eine weitere Säule im Konzept ist die intensive psychologisch-therapeutische Betreuung der Kinder und Jugendlichen, die insbesondere Diagnostik, Einzeltherapie und Familiengespräche umfasst.

Des weiteren werden Freizeiten und erlebnispädagogische Projekte angeboten.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entlassungsvorbereitungen und Ablösung gelegt, um Chancen für einen positiv besetzten Übergang in Nachfolgeeinrichtungen o.ä. zu bieten. (vgl. Rilke, 2002 S. 106-107)

### **1.7.2 Ev. Jugendfürsorgewerk (EJF) Berlin – Einrichtungen für delinquente Kinder**

#### Zielgruppe:

- Delinquent sehr auffällige Kinder und Jugendliche, die entwurzelt auf der Straße oder außerhalb von beschützenden und fördernden Familienbeziehungen leben.
- Des weiteren Kinder und Jugendliche, bei denen ein Unrechtsbewusstsein auch angesichts von Sanktionen und pädagogischer Beeinflussung bisher nicht entwickelt ist.
- Kinder und Jugendliche für die Berlin ein Abenteuerspielplatz darstellt, die dort Straftaten begehen, die keine Hilfe suchen oder annehmen wollen.

#### Altersstruktur:

Kinder und Jugendliche werden im Alter von 10 bis 17 Jahren aufgenommen.

#### Anzahl der Kinder und Jugendlichen:

Die Kinder und Jugendlichen sind in zwei Einrichtungen im Land Brandenburg verteilt.

Einrichtung "Petershagen" mit 8 Plätzen, und Einrichtung "Weidenhof" mit 12 Plätzen. Beide Einrichtungen sind auf einem ehemaligen Bauernhof gelegen.

Rechtsgrundlage:

Zur Aufnahme in die Einrichtungen für delinquente Kinder werden die §§ 27,34 KJHG herangezogen.

Das EJF bietet außerdem Einrichtungen zur Abwendung von Untersuchungshaft (50 Plätze) und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie (18 Plätze). (vgl. Wulff, 2002 S.108-109)

Weitere Informationen (z.B. Personaldichte) liegen leider nicht vor.

### **1.7.3 Jugendheim Mühlkopf (Rodalben, Rheinland-Pfalz)**

Zielgruppe:

Männliche Kinder und Jugendliche, die zahlreiche strafbare Handlungen wie z.B. Brandstiftungen und gefährliche Körperverletzungen begangen haben. Einige Straftaten liegen im Bereich der Bagatelldelikte.

Altersstruktur:

Kinder und Jugendliche im Alter von 12-16 Jahren (ausschließlich Jungen)

Anzahl der Kinder und Jugendlichen:

Eine geschlossene, intensiv-therapeutische Gruppe mit 10 Plätzen

Rechtsgrundlage:

Für die Aufnahme in die geschlossene Gruppe ist eine vormundschaftsgerichtliche Zustimmung nach § 1631 b BGB in Verbindung mit dem SGB VIII erforderlich.

Personal:

keine Angaben

Konzept:

Die begrenzte Freiheitsentziehung konzentriert das Leben der Jugendlichen auf die Gruppe und auf die Betreuer. Die Jugendlichen sollen in hohem Maße Zuwendung, Lob und Anerkennung gleichzeitig aber auch Beständigkeit und Regeln erleben. Die Pädagogik muss auch vermitteln, dass bestimmte Grenzüberschreitungen strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können und es auch tun.

Die Jugendlichen haben das Recht, soweit möglich, auf einen ganz persönlichen Bereich und ihre Intimität, den sie selbst bei sich und den anderen Jugendlichen beachten müssen. So werden eigene Grenzen und die Grenzen anderer erfahrbar gemacht.

Lebenspraktische Aufgaben wie Zimmer aufräumen, Dienst in der Küche, Körperpflege, Sonderunterricht in Grundlagenfächern u.a. gehören zum individuellen Tagesprogramm eines Jugendlichen. Dieses Programm wird mit den Betreuern und den Jugendlichen zusammen erstellt und immer wieder aktualisiert.

Aggressivität gehört zum Alltagsverhalten vieler Jugendliche, die in die Einrichtung kommen. Hier wird versucht, neue Verhaltensweisen und die Übertragung in die Öffentlichkeit zu trainieren. Ein Konzept von unterschiedlichen Ausgangs- und Lockerungsstufen ist dabei hilfreich. Dabei lernen die Jugendlichen, dass straffreies Benehmen in der Öffentlichkeit positiv bewertet wird, Vertrauen schafft und die Freiheit mehrt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der geschlossenen Gruppe lag im Jahr 1998 bei 7,9 Monaten. (vgl. Gerlich, 2000, S. 27-44)

#### **1.7.4 Andere Länder - andere Heime?**

##### **Der Umgang mit delinquenten Kindern und Jugendlichen am Beispiel von Niedersachsen und Bayern.**

##### **a) Das niedersächsische Interventionsprogramm für Kinder**

Die Landesregierung hat am 30.11.1999 ein Interventionsprogramm beschlossen, das im Rahmen der Hilfen zur Erziehung zur intensiven pädagogischen und therapeutischen Förderung für Kinder gedacht ist, die durch "hochgradig deviantes Verhalten" auffällig werden, wie es in den Eckpunkten des niedersächsischen Programms (vgl. Nds. Kultusministerium vom 22.11.1999) heißt. In Niedersachsen sollen im Rahmen eines dreijährigen Modellprojektes bis zu 30 Plätze für Kinder bis zu 14 Jahren eingerichtet werden, die durch hochgradig deviantes und/oder delinquentes Verhalten aufgefallen sind und mit den bisherigen Hilfeformen der Jugendhilfe nicht zu erreichen waren. Eine exakte Definition, welche Kinder zu diesem Personenkreis zu zählen sind, bleibt die Landesregierung schuldig.

Zwischen der Anfrage durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe und der absolut kurzfristigen Aufnahme in die Einrichtung sollen nicht mehr als 10 Kalendertage liegen. Die an dem Modellprojekt beteiligten Einrichtungen sollen auch eine "vorbehaltlose Aufnahme der in ihrer speziellen Leistungsbeschreibung dargestellten Zielgruppe" (ebd.) garantieren. In einer ersten Phase soll die Betreuung in der Regel mit Freiheitsentziehung (Einschluss) verbunden sein. Ergänzend zum Gruppenteam soll eine zusätzliche pädagogische Fachkraft die Bezugsperson des Kindes/Jugendlichen werden und während der gesamten Betreuungszeit nicht wechseln. (vgl. Krause, 2000 S.1)

Voraussetzung für die finanzielle Förderung durch das Land ist das Vorliegen einer richterlichen Genehmigung gemäß § 1631b BGB.

Die Niedersächsische Landesregierung spricht bis zum heutigen Tag (26.01.03) davon, dass sie die Neueinrichtung geschlossener Heime ablehnt. Trotzdem wird in dem Eckpunktepapier des Nds. Kultusministeriums geschrieben, dass in der ersten Phase der Betreuung "die Maßnahme in der Regel mit Freiheitsentziehung verbunden" und daher "eine Genehmigung durch das Familiengericht nach § 1631b BGB notwendig" sei. (Nds. Kultusministerium, 22.11.1999) Das ist natürlich die Rückkehr zur geschlossenen Heimerziehung! Des Weiteren werden kriminelle Kinder in Einrichtungen anderer Bundesländer untergebracht.

Vergleicht man diese Modelle mit dem Vorhaben in Hamburg, so lassen sich Parallelen erkennen. Der Unterschied ist, dass Hamburg das Kind beim Namen nennt! Das Modellhafte in Niedersachsen macht sich dann nur noch daran fest, dass im Rahmen der Betreuung eine zusätzliche Kraft als BezugserzieherIn vorgesehen ist, der/die nicht wechseln soll. Zusätzliches Personal und der Versuch, möglichst Beziehungskontinuität zu sichern, ist zwar fachlich zu begrüßen, aber eine wirkliche Innovation ist es nicht, sondern eine alte heimpädagogische Forderung. "Heimgruppen mit zusätzlichen Betreuungskräften oder auch intensive pädagogische Einzelbetreuung können mit guten Konzepten und der richtigen Haltung auch mit besonders schwierigen, delinquenten Kindern und Jugendlichen arbeiten und diese mit überwiegend guten Erfolgen betreuen, wie dies immer wieder festgestellt werden konnte." (Krause, S.1)

Eine weitere Idee der ehemaligen Landesregierung von Niedersachsen wurde im September 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt. (Siehe Kasten Hamburger Abendblatt, 18.09.2002)

## Gabriel: „Task Force“ gegen Kinderkriminalität

**Hannover** – Niedersachsen will mit einer neuen „Task Force“ intensiver gegen hoch kriminelle Kinder vorgehen und sie auch häufiger in geschlossenen Heimen unterbringen. Aber anders als von Innenminister Heiner Bartling (SPD) noch vor wenigen Tagen angekündigt, sieht Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) keinen Grund, eigene Heimplätze zu schaffen. Das Unterbringungsangebot in anderen Bundesländern reiche aus, sagte er. Unter rund 550 unter 14 Jahre alten Straftätern

sind nach Gabriels Einschätzung 30 Intensivtäter. Denen soll die „Task Force“, in der Mitarbeiter von Polizei und Landesjugendamt sitzen, nachspüren und den Jugendämtern konkrete Vorschläge für Heimunterbringungen machen, um kriminelle Karrieren zu unterbrechen. Bei einem Teil der Jugendämter gebe es „eine völlig falsch verstandene Toleranz oder sogar Gleichgültigkeit“ im Umgang mit solchen Kindern, sagte Gabriel. Nötig sei „Anstand der Zuständigen“. (fert)

Als Kritik an dieser Idee sei zu bemerken, dass ein "Nachspüren" in der Regel nicht notwendig ist, da die Täter ohne Ausnahme bei der Polizei und den Jugendämtern bekannt sind. Kriminelle Karrieren sind auch nicht zu unterbrechen, indem man intensiver auf Verbrecherjagd geht. Prävention stellt, insbesondere

wenn sie auf primäre Prävention im Sinne einer Verbesserung von Lebensbedingungen zielt, dann schon eher eine wesentliche Entschärfungsperspektive dar.

## **b) Das Bayerische Modell einer "Clearingstelle"**

Fast zur selben Zeit wie Niedersachsen hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit das Projekt einer "Clearingstelle für massiv-dissoziale und kriminell auffällige Kinder" (vgl. Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums vom 18.08.1999) ausgeschrieben. Es soll der gesicherten Sofortunterbringung von Kindern mit massiven dissozialen und delinquenten Verhaltensweisen dienen. Strukturmerkmale der geplanten Clearingstellen, deren Kapazität 15 Plätze betragen soll, sollen sein:

- "Aufnahmeverpflichtung und permanente Aufnahmebereitschaft rund um die Uhr,
- zeitliche Befristung des Aufenthalts auf maximal 3 Monate und
- wirksame bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Entweichen." (ebd.)

"Ziel der Clearingstellen ist ganz offenkundig der "short sharp shock": Durch schnelle Reaktion auf delinquentes Verhalten, durch eine Ortsveränderung, klare Strukturen und lern-/verhaltenstherapeutische Entwicklungskorrekturen soll Kindern bzw. Jugendlichen unmittelbar vor Augen geführt werden, dass ihrem normabweichenden Verhalten Grenzen gesetzt werden. Aufgabe der Clearingstellen ist im Weiteren die diagnostische Abklärung und die Entwicklung von Perspektiven mit dem Ziel einer schnellen Weiterleitung an geeignete Einrichtungen, kein langwieriges Ausloten pädagogischer Lösungen, sondern professionelles Fall- und Krisenmanagement. Die Clearingstellen sind für Kinder ab 10 Jahren gedacht, die u.a. gekennzeichnet sind durch enorm aggressives Verhalten, nachhaltige Nichtbeachtung sozialer Regeln und Normen, nachhaltige Verweigerungshaltung gegenüber der Schule, wiederholte Verstöße gegen Strafgesetze in schwerwiegender Weise, Einbindung in Peer-Groups mit krimineller Tendenz, massive Beziehungskonflikte mit den Eltern, ausgeprägtes Fluchtverhalten." (Krause, S.2)

Ähnlich wie in dem Konzept von Niedersachsen ist auch hier die Indikation so schwammig formuliert, dass bei jedem normalen Sozialarbeiter die Alarmglocken zu läuten beginnen sollten! Kinder ab 10 Jahren werden bei Schulverweigerung, Beziehungskonflikten mit den Eltern oder massiven Verstößen gegen Strafgesetze über einen Kamm geschoren. Auch hier scheint das System offenbar Schwierigkeiten zu haben, zwischen problematischen und kriminellen Kindern und Jugendlichen zu differenzieren. Ergänzend dazu, und das wird jede pädagogische Einrichtung bestätigen, ist es absolut unwahrscheinlich, dass ein "Wegsperrn" von

bis zu 3 Monaten (maximal), "Wege aus der Delinquenz und Perspektiven für eine positive Zukunft" weist. (Bay. Staatsministerium a.a.O.)

"So sinnvoll eine schnelle (aber sozialpädagogisch-fördernd und nicht strafend) ausgestaltete Intervention sowie eine sorgfältige, an der individuellen Biografie ansetzende pädagogische Diagnose sein kann, und so wichtig auch gerade bei "besonders schwierigen" Kindern ein Moratorium sein kann, wo die Beteiligten (Eltern, Kind/Jugendliche/r, Fachkräfte) nicht nur aus einer akuten Krise heraus, sondern mit Ruhe und Sorgfalt nach Perspektiven und einer geeigneten Anschlusshilfe suchen und diese "stricken" können, so klar scheint es (...) zu sein, dass der im bayerischen Projekt geplante, eindeutig und fast ausschließlich auf Bestrafung angelegte Rahmen der Clearingstellen und die damit verbundene Machtdemonstration eine sinnvolle Clearingfunktion nicht erfüllen kann." (Krause, S.3)

### **1.7.5 Murat, eine Jugendhilfekarriere? – Ein Praxisbeispiel**

Der Kölner Stadtanzeiger berichtete in den letzten Monaten in mehreren Artikeln über einen dreizehnjährigen Jungen, den sie Murat nennen. Unter anderem war dort zu lesen:

Seit seinem elften Lebensjahr terrorisiert Murat Mitschüler, Lehrer und Bewohner des Stadtteils Bickendorf. Er klagt, raubt und schlägt brutal zu. Selbst wenn seine Opfer am Boden liegen, kennt er kein Erbarmen. In der Schule wird ein Lehrer, der einschreiten will, von dem Dreizehnjährigen mit der Faust niedergestreckt. Jahrelang schwänzte Murat die Schule, die Mutter war mit der Erziehung völlig überfordert und versucht mit Hilfe des Kölner Jugendamtes, den Jungen zur Vernunft zu bringen. Alle Hilfsmaßnahmen schlugen fehl und provozieren statt dessen immer neue Attacken. (vgl. Quoirin, 2002 u. Spilker, 2003) "Der Vater, seit Jahren nicht mehr präsent, hatte Frau und Kind misshandelt. Aufenthalte in offenen Heimen, ein Erziehungsprogramm bei einer Familie in Schweden, unzählige Gespräche von Pädagogen und Polizisten scheitern. Die Betreuer sind vor Attacken nicht sicher, Wachleute müssen sie sogar beschützen. Das Jugendamt forschte lange bundesweit nach einem Heim, das ihn aufnehmen wollte. Alle winkten ab, sobald sie die Vorgeschichte hörten." (ebd.) Endlich wird Murat in einem Heim außerhalb der Landesgrenze untergebracht. In Nordrhein-Westfalen war es wegen langer Wartezeiten in den Einrichtungen nicht möglich.

Die Chance zur Besserung noch vor seinem 14. Geburtstag wird Murat nicht ergreifen, vermuten alle zuständigen Mitarbeiter. Er wird von seinen Raubzügen und Attacken nicht ablassen. (vgl. ebd.)

Diese Karriere eines kriminell gewordenen Kindes ist in Deutschland nicht einmalig! Kinder wie Murat gibt es in jeder größeren Stadt, wie ein Blick auf die Kriminalstatistik verraten würde. Einzig die Details und die Fülle der Straftaten sind austauschbar. Der Leiter des Kölner Jugendamtes gesteht in diesem Artikel seine Hilflosigkeit angesichts des Falles ein. (vgl.ebd) (siehe Kasten, Hamburger Abendblatt, 13.01.2003)

Die Internet-Recherche im Kölner Stadt-Anzeiger ([www.ksta.de](http://www.ksta.de)) brachte folgende Ergebnisse:

Kurz nach seinem 14. Geburtstag musste Murat in Untersuchungshaft. Dort saß er fünfeinhalb Monate, weil er von einem Jungen Geld erpresst hatte. Anfang Januar stand er zum ersten Mal vor Gericht. Bei der Verurteilung wurden auch jene Taten berücksichtigt, die in der Zeit vor der Strafmündigkeit verübt wurden. Das Urteil ist in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und der zuständigen Bewährungshelferin entstanden, die den Jugendrichter auf die Glen Mills Schools hingewiesen hatte. (vgl.Spilker)

#### **KÖLNER URTEIL**

### **Serientäter (14) in US-Anstalt**

**Köln** – Justiz-Premiere in Deutschland. Ein Kölner Jugendrichter hat einen 14 Jahre alten Serientäter in ein Jugendgefängnis in den USA eingewiesen, berichtet der „Kölner Stadtanzeiger“. „Murat“, wie ihn die Behörden nennen, soll 150 Straftaten begangen haben. Er muss für ein Jahr in die private Besserungsanstalt Glen Mills (Pennsylvania), die älteste Einrichtung für straffällige Jugendliche in den USA mit 1000 Insassen. Die „Schule“ will den Jugendlichen beibringen, sich in Gruppen positiv zu entfalten. Fast 70 Prozent der US-Absolventen werden nicht mehr straffällig. (dpa)

### **1.7.6 Glen Mills - Vorbild für Deutschland?**

Die Beantwortung dieser Frage ist zumindest für die Ausarbeitung dieser Arbeit interessant, denn die gruppenpädagogischen Ansätze spielen im Konzept der Glen Mills Schools eine zentrale Rolle. Unter diesem Aspekt ist es sinnvoll, neue Ansätze zu betrachten.

Glen Mills liegt im US-Bundesstaat Pennsylvania und ist eines der ältesten Erziehungsheime in Amerika. Dort wenden Erzieher neue, harte Methoden an, um Gewalttätern die Regeln für ein normales Leben beizubringen.

Deutsche Politiker, Pädagogen und Juristen, alle auf der Suche nach dem Rezept für die erfolgreiche Behandlung hoffnungsloser Fälle, waren vor Ort, um zu erfahren, wie dort mit jugendlichen Gewalttätern umgegangen wird.

Auch deutsche Jugendliche könnten dort unterkommen. Die Reaktion auf das Erlebte schwankte jedoch zwischen Faszination und Empörung. Der Spiegel



(12/1999) zitiert in diesem Zusammenhang den Gewaltforscher und Pädagogikprofessor Klaus Hurrelmann mit den Worten: "Unbedingt nachmachen." "Gehirnwäsche", warnen Jugendschützer, sei das Geheimrezept von Glen Mills, jedenfalls sei es bedenklich, wenn nicht gar verfassungswidrig, junge Delinquenten einfach umerziehen zu wollen. (ebd.)

Von Glen Mills nimmt man in Deutschland erst Notiz, seit die Jugendgewalt fast amerikanische Ausmaße annimmt. Jetzt gibt es einen deutschen Verein ("German Mills"), der Jugendliche nach Pennsylvania vermittelt.

Seit 1978/1979 wird in Glen Mills mit der heute bekannten Konzeption gearbeitet. Mit der Durchsetzung einer besseren Personalpolitik, der Aufstellung von Normen und der effektiveren Kontrolle durch die Mitarbeiter, kam der Durchbruch. Die Einführung der "7 Levels of Confrontation" und die Entfernung von Störern führte zu Verhaltensicherheit bei Provokation, "Commitment-meetings" stärkten die Eigenverantwortung der Mitarbeiter. Der "Bulls Club" steigerte die Eigenverantwortung der Jugendlichen. Sie dachten nicht mehr in "sie - wir" - Gegensätzen, sondern empfanden sich als der Gemeinschaft "unsere Schule" zugehörig.

Wer sich in Glen Mills verbessern will, muss 14 Tage lang jeden Tag 17 Normenverstöße von anderen "Insassen" registrieren, in Gegenwart des Übeltäters benennen und von ihm gegenzeichnen lassen. So wird man "Bull".

Die "sieben Stufen der Konfrontation" gehören zum Grundritual der Anstalt, von der "freundlichen Geste" bis zur körperlichen Unterwerfung.

Jeden Morgen zwischen neun und zehn Uhr gibt es wahre Konfrontationsgewitter - da ist "heißer Stuhl", schreibt der Spiegel.

"Alle Sünden müssen raus. Einer aus der Gruppe muss seine Geschichte erzählen, wie er lebt, was er angestellt hat, was er erreichen möchte. Die anderen, etwa 15, die um ihn sitzen, machen ihn ein bisschen fertig: "Erzähl doch keine Scheiße, lüg hier nicht rum. Was bildest du dir ein, wer bist du eigentlich? Das kannst du doch nicht machen."

Wenn einer losheult, ist Pause.

Der Gruppenleiter, ständiger Betreuer und meist auch Trainer der Wohngruppe, moderiert und provoziert, darf aber nicht befragt oder gar beschimpft werden.

Am Schluss beschließt die Gruppe eine Sanktion, die der Gruppenleiter genehmigen muss. Das kann der Verlust von Privilegien sein oder eine Strafarbeit.

Niklas aus Dortmund hatte zugeben müssen, dass er Zigaretten verschenkt hatte. ("Wir verschenken hier nichts") Das kostete ihn den Rang als "Bull".

Nicht nur die Zerstörung des "delinquenten Ich", auch die Nivellierung eines schädlichen Wir soll in den täglichen Gruppensitzungen erreicht werden. Gruppenstrukturen, wie sie sich nahezu unvermeidlich in jedem Heim, in jedem Knast, in jeder Wohngruppe bilden, blockieren pädagogische Erfolge und verfestigen

delinquentes Verhalten. Die Stunde von neun bis zehn – Tag für Tag –, das, sagt Niklas, sei "voll das Härteste in Glen Mills". (vgl. Der Spiegel 12/1999)

"Die Einrichtung wurde für einen Tagessatz von \$ 70 konzipiert, vergleichbare Einrichtungen lagen bei \$ 200 bis \$ 230. Aktuell liegt der Tagessatz bei \$ 100 und ist damit billiger als ein Haftplatz in Deutschland.

Die Zahl der Jugendlichen in Glen Mills stieg von 480 im Jahre 1988, auf 925 im Jahre 1997 bis über 1.000 im Jahre 1999. Zuletzt waren dafür 350 Angestellte notwendig. Noch weitere Zahlen: Inhaftierungsrückfallquote: 1982 31 % (zum Vergleich: in Deutschland werden 92,2 % nach der Haftentlassung innerhalb von fünf Jahren rückfällig.) 1982 bejahten 97 % der Entlassenen die Frage: "Wenn dein bester Freund in ernsthafte Schwierigkeiten kommt und der Richter ordnet eine Inhaftierung an, würdest du ihm zuraten, dass er nach Glen Mills geschickt wird?" 90 % der Schüler sagten, sie hätten bei ihrem Aufenthalt niemals Angst gehabt." (Vieten-Groß, 1997)

Ein Vorbild für Deutschland? Natürlich drängt sich der Gedanke auf, ob sich das Modell nicht auf deutsche Gegebenheiten übertragen lässt. In der Zeitschrift "forum kriminalprävention" (2/2002, S. 22-23) tauschen Prof. Bernd Sonnen von der Universität Hamburg (FB Rechtswissenschaften) und Wolfgang Trede (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen) Argumente gegen und für die Übertragung derartiger Konzepte auf das deutsche Hilfesystem aus.

### **a) Pro Glen Mills**

Prof. Sonnen bemerkt in seinem "Pro-Glen Mills" Beitrag, dass die Diskussionen über die Glen Mills Schools völlig verfahren und häufig ideologisch geprägt sind, und regt an, noch einmal völlig neu und absolut unvoreingenommen zu beginnen. "Dazu gehört die Beschäftigung mit dem Original und seiner Entwicklung, bevor über Konsequenzen für Deutschland nachgedacht werden kann.

Außerdem benötigen wir ein Prüfinstrumentarium, das von allen akzeptiert wird, also in idealtypischer Weise objektiv ist. Dazu dient der sogenannte Sherman-Report, die international größte 1997 vom National Institute of Justice in den USA durchgeführte Evaluationsstudie (...), um zu klären, welche Projekte erfolgreich sind und welche nicht."

Dort sind die Merkmale erfolgreicher Programme zusammengefasst:

- Integrierte und multimodale Programme.
- Strukturierte Programme, die Verhaltenskompetenzen trainieren.
- Programme, die konsequent Erwachsene einbeziehen, also nicht ausschließlich auf Peer-Aktivitäten setzen.
- Programme, die auf die Integration in den Arbeitsmarkt zielen.

- Programme, die in allen Phasen von Wissenschaftlern begleitet werden.

"Eine genaue Analyse des seit 1975 bestehenden soziologischen Modells der Glen Mills Schools ergibt, dass alle genannten Erfolgsmerkmale erfüllt sind. Die zuletzt von Ireson 1998 ermittelte Erfolgsquote von ca. 70 % belegt dies in eindrucksvoller Weise.

Der Jugendliche wird grundsätzlich als respektierungswürdig angesehen, also nicht an Defiziten gemessen, eine allmähliche Persönlichkeitsveränderung erfolgt durch Veränderung des Verhaltens unter Schwerpunktsetzung auf die Gruppennormenkultur. Der Jugendliche, die Erzieher und das Programm sind gemeinsam verantwortlich (nur das Programm und seine Ausführenden können versagen) - so lauten Grundpositionen des soziologischen Modells.

Eine faire Analyse deutscher Jugendhilfeprojekte wird ergeben, dass viele die genannten Erfolgskriterien nicht erfüllen (können). Glen Mills Schools in Deutschland stellen insoweit eine notwendige Ergänzung, eine vielversprechende Bereicherung und zu einzelnen Projekten sicher auch eine Alternative dar."

## **b) Contra Glen Mills**

Wolfgang Treue dagegen beantwortet die Frage: "Brauchen wir einen deutschen Glen-Mills-Ableger für all die schwierigen Fälle noch nicht oder gerade strafmündig gewordener delinquenter Jugendlicher, die scheinbar weder in Heimen der Jugendhilfe noch im Jugendstrafvollzug richtig aufgehoben sind?", mit einem klaren: "Nein!" (S.23)

Zwar erkennt er, dass von der Glen Mills Schools immerhin eine Faszination ausgeht und ist beeindruckt, wie aus "innerstädtischen Gangmitgliedern" relativ schnell höfliche "students" werden. Diese Umwandlung ist jedoch "Resultat einer kleinteilig-unnachgiebigen, auf Zucht und Ordnung setzenden Umprogrammierung in der und durch die Gleichaltrigengruppe, das sich freilich verbindet mit einem überragenden Bildungsangebot für die jungen Männer, wenn sie sich wohl verhalten." Warum das Glen-Mills-System in Deutschland nicht funktionieren würde, versucht er anhand von zwei Beispielen deutlich zu machen:

(1) "In Deutschland fehlt das einheitliche Gesellschaftsideal, an dem ein rigider Normenkatalog sich sinnvoll ausrichten könnte - einmal davon abgesehen, dass äußerlicher Gehorsam und sturer Drill verbunden mit "Fahnenappell" und patriotischem Gehabe nicht unbedingt zu den Lernzielen einer offenen Gesellschaft zählen, die auf hohe Selbständigkeit und Flexibilität des Individuums setzt.

(2) Der Sport könnte aufgrund der geringeren gesellschaftliche Bedeutung hierzulande nicht die zentrale Funktion für den Aufbau von Selbstwertgefühl und Aufstiegschancen einnehmen (ein Baseball- oder Football-Crack bekommt in den USA bekanntlich auch mit bescheidenen Zensuren einen College-Platz).

Und weiter: Glen Mills wird in Deutschland gerne als Allheilmittel für alle besonders schwierigen Jugendlichen betrachtet. Eine "One size fits all"- Einrichtung ist Glen Mills aber gerade nicht: Ihr relativ großer Erfolg beruht auf einer hoch selektiven Rekrutierung der "students" (psychisch stabile, gruppenorientierte, männliche, heterosexuelle Straftäter sind einige der expliziten Aufnahmekriterien). Die Attraktivität von Glen Mills USA liegt für die deutsche Justiz im Übrigen in der banalen Tatsache, dass es weit weg liegt; Glen Mills fungiert als funktionales Äquivalent zur geschlossenen Unterbringung. Eine Glen-Mills-School in Thüringen oder Bayern verlöre in dieser Perspektive fast jeglichen Reiz." (ebd.)

Meines Erachtens können wir einiges aus Glen Mills lernen. Glen Mills ist eine spannende Einrichtung - eine Alternative zum Jugendstrafvollzug, u.U. auch für den einen oder anderen deutschen Jugendlichen. Lernen können wir von Glen Mills, wie wichtig ein gut strukturiertes, vielfältiges und attraktives Bildungs- und Sportangebot für junge Leute ist. Auch "schwierige" Jugendliche wollen gefordert werden!

Die Debatte um Glen Mills verweist uns jedoch auf die Probleme vor unserer Haustür: vor allem anderen auf die Unfähigkeit der beteiligten Systeme, der Jugendhilfe und der Justiz, partnerschaftlich miteinander zu kooperieren. Ein Projekt wie Glen Mills zeigt, dass etwas anderes und damit Besseres (?) als "Gefängnis" möglich ist.

Die Schüler sind – wenn auch unter großem Druck – freiwillig in der Glen Mills School. Eine Alternative für sie wäre Haft hinter Mauern. In den deutschen Gefängnissen gibt es Subkulturen, in der die Schwächsten niedergemacht werden und nur die Gewalttätigsten sich durchsetzen. Ein Versuch sollte unternommen werden, um zu sehen, was von der Methode Glenn Mills Schools in unsere Gesellschaft transformierbar ist.

In Lüneburg wurde von Richtern, Pädagogen und Jugendgerichtshelfern der Verein "German Mills Student Exchange Programm e. V." gegründet, um sowohl deutsche Jugendliche in die USA zur Glenn Mills Schools zu vermitteln, dort wird jährlich ein Kontingent von 10 Jugendlichen aus Deutschland aufgenommen, als auch um eine Modellschule in Deutschland zu initiieren. In unserem Nachbarland Holland gibt es in der Nähe der Stadt Deventer auf einem ehemaligen Militärgelände bereits einen Ableger der Glenn Mills Schools. Auch hier wäre es hilfreich, die Erfahrungen der Niederländer mit dieser Einrichtung zu erforschen.

## **Teil II Soziale Gruppenarbeit**

### **2. Soziale Gruppenarbeit – eine vernachlässigte Hilfeform?**

#### **2.1 Definition "Soziale Gruppenarbeit"**

"Soziale Gruppenarbeit zielt auf eine Gruppe von Menschen, die mit individuellen und sozial bedingten Beschädigungen leben müssen. Festgestellte Defizite oder subjektive Unzulänglichkeiten, die der Alltagsbewältigung hinderlich sind, sollen durch das Angebot einer Gruppenarbeit kompensiert werden. Ziel dieser sozialen Gruppenarbeit ist es, den einzelnen Menschen in der Gruppe Hilfestellung zu geben, die sie befähigen, alltägliche Lebenssituationen und Beziehungen in Familie, Kindergarten, Schule und Beruf so zu meistern, dass sie keine außergerichteten Hilfen mehr benötigen, dass also die gesellschaftliche Funktion des einzelnen Individuums wiederhergestellt wird." (Schmidt-Grunert, 1997, S.62)

Soziale Gruppenarbeit ist ein abstrakter Begriff, um gruppenpädagogische Angebote, die unter unterschiedlichen Bezeichnungen wie "soziale Trainingskurse", "Kompetenztraining", "Übungs- und Erfahrungskurse", "Erziehungskurse", "Stützkurse" etc., zusammenzufassen.

#### **2.2 Zum geschichtlichen Hintergrund der sozialen Gruppenarbeit**

Geschichtlich lassen sich die Wurzeln der sozialen Gruppenarbeit in die amerikanische Sozialarbeit einordnen, die nach dem zweiten Weltkrieg erfolgreich die neu entstehende westdeutsche Sozialarbeit beeinflusste. So entstand aus dem englischen Begriff "social groupwork", die fast wörtliche Übersetzung "Soziale Gruppenarbeit", die dann im Laufe der Zeit von verschiedenen pädagogischen Instituten, z.B. Haus Schwalbach, und Praktikern weiterentwickelt wurde. (vgl. Wegehaupt-Schlund, 2001, S.534).

Ein historischer Rückblick auf die Entwicklung sozialer Gruppenarbeit in den Vereinigten Staaten ist deshalb unausweichlich, da diese das erste demokratische Staatengebilde waren, in dem sich soziale Arbeit zu einer gesellschaftlich notwendigen, jedoch nicht staatlichen Arbeit entwickelte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lassen sich die ersten Wurzeln der Sozialen Arbeit mit Gruppen erkennen. "Aus einer gesellschaftlich gewachsenen Not, die breite Bevölkerungsteile der Armut preisgab, entstand wechselseitige Hilfe in Gemeinschaft - im Miteinander. Diese Hilfe war in ihren Anfängen sehr zufällig, unsystematisch und auch nicht in Hilfesysteme eingebunden (Schmidt-Grunert 1997, S.22)." Die Wende von dieser eher unbedarften Gruppenarbeit der sozialen Bewegung hin zum bewussten methodischen Umgang mit Gruppen in der Sozialarbeit wurde durch die Bildung einer Sektion "Soziale Gruppenarbeit" in der Amerikanischen National Conferen-

ce for Social Work im Jahre 1935 eingeleitet. Die vor der Verfolgung der Nazis in die USA geflohenen Wissenschaftler und Intellektuellen aus dem gesamten besetzten Europa, brachten ihre anthropologischen, soziologischen, psychologischen und sozialpsychologischen Ansätze mit ein, so das sich daraus eine Grundlage für die Entwicklung der Sozialarbeit hin zu einem eigenständigen wissenschaftlichen Profil entwickeln konnte. (vgl.S. 20) Die Gruppe wurde verstanden als eine Arbeitsmethode, "mit der die soziale Funktionalität der Mitglieder bezüglich gesellschaftlich anerkannter ethischer und sozialer Werte verbessert und möglichst gesichert werden kann." (S.23) Dem entsprechend ist Gruppenarbeit ein Arbeitsmittel, das, adäquat eingesetzt, mehr demokratisches Bewusstsein schaffen kann, und damit auch ein geeignetes Mittel zu sein schien, um demokratische Verhältnisse in Europa und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen und zu verankern. D.h. mit dem Ende des staatlichen Faschismus war die Renaissance der Sozialarbeit und ihrer ansatzweise entwickelten Methoden dringend erforderlich. Die in den USA verbreitete Hoffnung, dass über Gruppenarbeit eine zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft mit ermöglicht werden könne, fasste in der Bundesrepublik erst zögerlich, dann aber um so sicherer Fuß. "Im Kontext der "Re-education" - aus faschistisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern galt es demokratisch handelnde Menschen zu machen-, die den Westdeutschen von der amerikanischen Besatzungsmacht als Umerziehungsmaßnahme verordnet worden war, wurde die "social group work" oder die "Gruppenpädagogik" ein Hoffnungsträger für viele pädagogisch und politisch denkende Menschen(S.26)."

## **2.2.1 Zum Hintergrund der sozialen Gruppenarbeit in Hamburg**

Auch in Hamburg hat sich mit dem Ende des "Dritten Reiches" in der sozialen Gruppenarbeit erhebliches getan. Die Geschichte der sozialen Gruppenarbeit nach 1945, lässt sich ziemlich genau rekonstruieren. Am 28.11.1997 fand im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg eine Fachtagung unter dem Thema: "50 Jahre soziale Gruppenarbeit" statt. Die Ergebnisse dieser Tagung lassen eine genaue Datierung der besonderen Art der sozialen Gruppenarbeit in Hamburg zu. Timm Kunstreich (in: Standpunkt: sozial 3/99) erwähnt im Rückblick "...Elisabeth Sülau, die 1947 mit sieben "Schutzaufsicht-Mädchen" die soziale Gruppenarbeit begann, und mit Lisel Werninger, die 1949/1950 ihr Berufspraktikum bei Sülau absolvierte und seither so etwas wie ein leibhaftiges Synonym für soziale Gruppenarbeit in Hamburg darstellt."

Mit dem Start der sozialen Gruppenarbeit in Hamburg entwickelte sich der Hansische Jugendbund, (HJB) zu einem bundesweit anerkannten Modellprojekt, in dem sich allein in Hamburg durchschnittlich 500-600 Jugendliche pro Woche in Neigungs- und Interessensgruppen, zu offenen Veranstaltungen, Tanztees und Diskussionen trafen.

In der Rückblende - der HJB wurde 1967 aufgelöst - stellt Kunstreich (1998, S.33-51) (Kunstreich, Timm: Grundkurs Soziale Arbeit, Hamburg 1998, Bd. 2) fest, dass das Konzept der Sozialen Gruppenarbeit in der Theorie zwar zentraler Bezugspunkt des HJB war, seine Praxis jedoch sehr viel komplexer und vielfältiger war. Vor dem Hintergrund des damals geltenden Jugendwohlfahrtsgesetzes ist die ungewöhnliche Vermischung von Jugendpflege und Jugendfürsorge zu erwähnen, die wiederum zu einer atypischen Vermengung von hohen und niedrigen "Schwellen" sorgte.

Nach 1967 baute Lisel Werniger die soziale Gruppenarbeit in den Bezirken stark aus, so dass innerhalb kürzester Zeit 32 hauptamtliche Gruppenarbeiterinnen und -arbeiter in Hamburg beschäftigt wurden. (Kunstreich 3/99)

Mit dem Neuanfang änderte sich auch die Methodik "zugunsten eines Modells sozialer Gruppenarbeit, entsprechend der Trilogie von Einzelhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit, in dem es keine Elemente von Selbstregulation oder Selbstorganisation wie im HJB mehr gab, in dem es statt selbstgewählter nur noch zugeordnete Mitgliedschaften gab." (Kunstreich 3/99, S.16)

Trotzdem blieb die soziale Gruppenarbeit bis zur Abschaffung der Heime zugunsten dezentraler Wohnformen wie Jugendwohnungen und Kinderhäuser Anfang der 80er Jahre die einzige "ambulante" Alternative zur Heimeinweisung. Die Einweisungspraxis der Sozialen Dienste in die Heime reduzierten sich so sehr, dass 1980 nicht einmal 70% der Heimplätze belegt waren. (vgl. S.16)

Die einschneidendste Veränderung fand 1980 mit der Pensionierung von Lisel Wernigers statt. Mit der Auflösung der zentralen Dienststelle soziale Gruppenarbeit und der Verteilung der Stellen auf die sieben Stadtbezirke begann ein Prozess Stellen in den Sozialen Diensten einzusparen. 1987 wurde das Konzept Soziale Gruppenarbeit um die "mobile Gruppenarbeit" d.h. aufsuchende Straßen-Sozialarbeit erweitert bzw. reduziert, je nachdem, von welchem Standpunkt man es betrachten will.

Von den oben erwähnten 32 hauptamtlichen Gruppenarbeitern und Gruppenarbeiterinnen blieben bis 1999 nur noch sieben Stellen übrig. (vgl. ebd.) Und dass diese Gruppenarbeiterinnen und Gruppenarbeiter alles andere als soziale Gruppenarbeit leisteten, beweist der Kinder- und Jugendbericht, den die Hansestadt Hamburg im Oktober 1999 herausgab. Dort heißt es: "Auch die soziale Gruppenarbeit ist eine vergleichsweise selten genutzte Angebotsform. (...) Waren es 1996 erst 7 laufende Fälle, so lag die Fallzahl 1997 bei 20 (S.125)." Die aktuellen Zahlen für 2003 lassen sich noch nicht recherchieren, sicher ist jedoch, das bis Oktober 2002 im gesamten Hamburger Raum nur noch 2 Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, soziale Gruppenarbeit als HzE - Maßnahme anbieten konnten. Insgesamt nahmen 47 Kinder und Jugendliche an diesen Maßnahmen teil. (Siehe Anlage 2) Eine verschwindend geringe Größe, wenn man die anderen

Zahlen der HzE-Maßnahmen vergleicht. In den Bereichen Erziehungsbeistandschaft und Sozialpädagogischer Familienhilfe gäbe es viele Kinder und Jugendliche, bei denen soziale Gruppenarbeit förderlich wäre. In dieser Hinsicht ist es auch Aufgabe der freien Träger über den Tellerrand hinüber zu schauen und soziale Gruppenarbeit als wichtige Form sozialer Arbeit anzubieten.

## **2.3 Sozialarbeit mit Gruppen als Methode**

Kalcher erwähnt in seinem Aufsatz: "Soziale Arbeit mit Gruppen: Das Gebot der Stunde", dass faktisch mehrere sehr unterschiedliche Ansätze nebeneinander existieren, die sich dennoch zu Recht als Sozialarbeit mit Gruppen verstehen und benennt nach Lowy vier verschiedene Modelle der sozialen Gruppenarbeit: "das Modell der sozialen Aktion, das Therapiemodell, das Modell der gegenseitigen Hilfe und das Entwicklungsmodell." (Kalcher, 1999 S. 21) Weiter heißt es dort: "Kurland/Salmon benennen unter Angabe umfangreicher Literatur folgende Ansätze: Das Modell des sozialen Zwecks (...), das therapeutische Modell, das Modell auf Gegenseitigkeit (...), das Bostoner Modell (...), und das verhaltens-theoretische Modell." (ebd.) Weitere zehn verschiedene Ansätze nach Roberts und Northen werden erwähnt, sowie darauf hingewiesen, dass im Bereich der feministischen Gruppenarbeit "eine Reihe neuerer Arbeiten und Praxisansätze vorliegen." (a.a.O. S. 21). Diese Vielfalt erweckt den Eindruck, dass es gar nicht möglich ist, der sozialen Gruppenarbeit ein einheitliches Profil zu geben, an dem man sich orientieren kann.

Der Eindruck der Zersplitterung wird noch unterstrichen, wenn man die Themen des "European Groupwork Symposiums" studiert, das im August 1999 in London stattfand. Hier einige Beispiele von Themen zur Gruppenarbeit, die dort behandelt wurden:

"Der Gruppenprozess in der Fortbildung von HIV-Spezialisten: Konfrontation mit Sex, Tod und Sterben", "Groupwork mit Patienten der Onkologie und deren Familien", "Gruppenarbeit mit Gewalttätern gegenüber ihren Partnern und Expartnern", "Wie arbeitet man effektiv mit Gruppen, die eine hohe Fluktuation haben?" "Effektive Gruppenarbeit im Suchtbereich", "Resilienz - Gruppen für adoleszente Jugendliche, die ihre Drogenabhängigkeit überlebt haben [survivors]", "Ist Gruppenarbeit in der Sozialarbeit richtig angesiedelt?" "Zeitbegrenzte Selbsthilfegruppen für 'outpatients' in psychiatrischen Einrichtungen", "Soziales Lernen in Gruppen mit unfreiwilligen Klienten: Integration von Theorie und Praxis in ein 'graduate' Studienprogramm", "Groupwork mit Straftätern in einer Institution", "Strukturierte im Vergleich zu unstrukturierten Ansätzen in der Gruppenarbeit", "Gruppen, die das Herz gesund machen: Anwendung des ‚Lösungsorientierten Kurztherapie Modells‘ in der Trauerarbeit", "I play, you play, we all play together: Kreative Gruppenaktivitäten zur Förderung von Resilienz bei Kindern im Latenzalter."(S.22)



Die genannten Themen geben ein gutes Bild von der Variationsbreite und Vielseitigkeit sozialer Arbeit mit und in Gruppen. Diese Vielfalt macht eben den Erfolg der sozialen Gruppenarbeit aus. Aus diesem Grunde ist es auch nicht nötig, bis in alle Einzelheiten theoretisch auszuleuchten, was denn die verschiedenen Fachleute unter sozialer Arbeit mit Gruppen verstehen. Aber es ist nötig und wichtig, sich bereits im Vorfeld intensiv darüber auseinander zu setzen, mit welcher Zielgruppe man soziale Gruppenarbeit machen möchte. Neue bzw. andere Konzepte sind zu entwickeln, wenn es um eine Soziale Gruppenarbeit mit Kindern gehen soll, die "nur" Entwicklungsschwierigkeiten oder Verhaltensproblematiken aufweisen und mit Delinquenz zunächst gar nichts zu tun haben.

### **2.3.1 Ansätze, Ziele und Inhalte sozialer Gruppenarbeit**

#### **a) Ansätze**

Grundlegend ist es richtig, bei der sozialen Gruppenarbeit nicht nur einem einzigen pädagogischen Ansatz zu folgen. So sollten bei der Konzeption der Kurse Mischformen bevorzugt werden, die verschiedene methodische Konzepte der Pädagogik zu vereinen suchen.

Im Folgenden werden Ansätze genannt, die in verschiedenen Kombinationen am häufigsten in der sozialen Gruppenarbeit vertreten sind:

- gesprächszentrierter Ansatz
- erlebnisorientierter Ansatz
- praktisch-handlungsorientierter Ansatz
- lernorientierter Ansatz

Nach Dünkel (S.140) sind die gesprächszentrierten und erlebnisorientierten Ansätze die am häufigsten kombinierten Ansätze in der sozialen Gruppenarbeit. "Mehr als die Hälfte aller Kurse basieren entweder allein oder in Verbindung mit sonstigen methodischen Elementen auf der Kombination dieser beiden - für die soziale Gruppenarbeit wichtigsten - pädagogischen Konzepte." (ebd.)

Vergleicht man Angebote sozialer Gruppenarbeit mit öffentlichen und freien Trägern, ergeben sich kaum wesentliche Unterschiede. In der Tendenz ist bei den freien Trägern der erlebnispädagogische Ansatz stärker vertreten. (a.a.O.)

#### **b) Ziele**

Ein übergeordnetes Ziel der sozialen Gruppenarbeit ist die gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen durch die Vermittlung sozialer Kompetenzen. Tatsächliche oder vermeintliche Verhaltens- und Persönlichkeitsdefizite der Kinder und Jugendlichen sollen im Rahmen der sozialen Gruppenarbeit ge-

mindert oder behoben werden. Je nach Konzeption einer sozialen Gruppenarbeit können konkrete Ziele benannt werden, die auf die individuelle Persönlichkeitsstruktur eines jeden Gruppenteilnehmers abgestimmt ist.

Die häufigsten Ziele sozialer Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen, die z.B. Straftaten begangen haben, sind:

- verbessertes Sozialverhalten
- individuelle Persönlichkeitsentwicklung
- alternative Konfliktlösungsstrategien
- Prävention / Vermeidung künftiger Straftaten
- Aufarbeitung der Straftaten
- lebenspraktische Hilfen
- alternative Freizeitgestaltung
- gesellschaftliche Integration
- Zukunftsperspektiven / Lebensplanung
- Vermeidung stationärer Maßnahmen
- Vermeidung ambulanter Maßnahmen

(vgl. Dünkel, S.141)

Auch wenn die Aufarbeitung der Straftaten in der Gruppe eine wichtige Rolle spielen sollte, so ist es m.E. von entscheidender Bedeutung, wenn dabei der Bewältigung von Persönlichkeits- und Verhaltensdefiziten auf Seiten der Kinder und Jugendlichen ein breiter Raum gelassen wird.

Die "Bundesarbeitsgemeinschaft für ambulante Maßnahmen" erachtet integrierende erzieherische Maßnahmen wie soziale Gruppenarbeit als "um so wirksamer, je näher sie an der Lebenswelt der Jugendlichen angesiedelt sind und je weniger sie die strafbaren Handlungen und möglichen Verhaltensdefizite zum Gegenstand des sozialpädagogischen Umgangs machen." (in Dünkel, S.142)

### **c) Inhaltliche und handlungsmäßige Schwerpunkte sozialer Gruppenarbeit**

Bei den oben erwähnten Vorgaben der Bundesarbeitsgemeinschaft für ambulante Maßnahmen erhöht sich der Schwierigkeitsgrad in der Frage, welche Schwerpunkte inhaltlich und praktisch gesetzt werden müssen, um die Zielvorstellungen zu erreichen.

Natürlich bieten sich als Schwerpunkt, um bei der o.a. Gruppe Kinder und Jugendlicher zu bleiben, die Straftaten begangen haben, themenzentrierte Angebote mit der Aufarbeitung und Auseinandersetzung der Straftaten an. Aus eigener Erfahrung in der Gruppenarbeit weiß ich jedoch, dass sich ein rein gesprächszentrierter Ansatz spätestens nach dem dritten Treffen totgelaufen hat. "Eine gute Mischung macht eine gute Gruppe." Mit diesen Worten lässt sich vielleicht

am ehesten ausdrücken, wie man Gruppenarbeit inhaltlich und praktisch durchführt. Schwerpunkte dieser Mischung können dann sein:

- Plan-/Rollenspiele, Verhaltenstraining
- alternative Freizeitaktivitäten
- Gruppenerfahrung
- erlebnispädagogische Elemente
- Alltagsbewältigung/lebenspraktische Hilfen
- praktische/handwerkliche Arbeiten
- Mitbestimmung der Teilnehmer
- kreatives/gestaltendes Arbeiten
- Selbstreflexion/-erfahrung
- therapeutische/psychodynamische Elemente

In diesem Rahmen ist es ebenso möglich, Verhaltens- und Persönlichkeitsdefizite der Kinder und Jugendlichen verstärkt zu thematisieren und sich auf die - zuvor zitierte – Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft für ambulante Maßnahmen zuzubewegen.

### **2.3.2 Positive und negative Aspekte sozialer Gruppenarbeit**

Das vom Bundesministerium für Justiz 1998 vorgelegte Forschungsprojekt "Soziale Trainingskurse und andere ambulante Maßnahmen nach dem JGG in Deutschland" ist die umfassendste Bestandsaufnahme zur Angebotsstruktur und Ausgestaltung sozialer Trainingskurse in Deutschland. Eine der Fragestellungen des Forschungsprojektes war auch die Frage, auf welche Resonanz stoßen die oben erwähnten Kursinhalte bei den teilnehmenden Jugendlichen. Die Antworten in der Tabelle decken sich gleichermaßen mit meinen Erfahrungen aus der Gruppenarbeit mit Jugendlichen in Hamburg. Insgesamt wurden 716 Einschätzungen eingeholt.

Ein großer Teil der Antworten (45,3 %) auf die Frage nach den von den Teilnehmern besonders positiv beurteilten Aspekten sozialer Trainingskurse bezog sich auf "soziale (Integrations-)Erfahrung (Gruppenerlebnis, Ansprechpartner zu finden, soziale Anerkennung, das Verhältnis zum Kursbetreuer und eine ganz allgemein als gut empfundene Atmosphäre im Kurs). (...) Bei den eigentlichen Gestaltungselementen der Kurse, die am häufigsten sehr positiv bewertet wurden, überwiegen eindeutig die handlungs- und erlebnisorientierten Elemente. (zusammen 33,3 %) Themenzentrierte und selbstanalytische Kursbestandteile fanden dagegen nach Angaben der Projektbetreiber nur zu einem vergleichsweise kleinen Teil (10,5 %) einen besonders positiven Anklang bei den Jugendlichen." (Dünel S.144)

In der gleichen Befragung wurden die Jugendlichen gebeten auch die negativen Aspekte der sozialen Trainingskurse zu benennen. Zum größten Teil wurden die eigentlichen Inhalte der Kurse nicht kritisiert. Dagegen fielen formale Gesichtspunkte, wie vor allem die Kursdauer (18,8 %), disziplinarische Regelungen (18,7 %), und die Teilnahmepflicht (12,4 %) bei den Jugendlichen besonders negativ auf. Der letzte Aspekt würde im Kontext der sozialen Gruppenarbeit keine Rolle spielen und die negative Bewertung erheblich ins positive wenden. (vgl. S.145) "Auffallend ist, dass es sich bei den am häufigsten negativ beurteilten Kursbestandteilen um vorwiegend gesprächsorientierte Inhalte handelte, während erlebnis- und handlungsorientierte Elemente so gut wie keine negative Erwähnung fanden. Die Ablehnung gesprächsorientierter Kursschwerpunkte (insbesondere dann, wenn man selbst zum Gesprächsthema wird) und die Bevorzugung handlungsmäßiger, insbesondere erlebnisorientierter Schwerpunkte wurde von den Jugendlichen auf den uns häufiger genannten, durchaus prägnanten Slogan gebracht: "Weniger Gelaber, mehr Action!" (S.146)

Auf diese Betrachtungsweise lohnt es sich noch einmal näher einzugehen. Es wird sich sicherlich grundsätzlich nicht vermeiden lassen, dass die von den jugendlichen Kursteilnehmern offensichtlich so geschätzte Erfahrung sozialer Zugehörigkeit an die Setzung bestimmter sozialer Normen - u.a. eben auch an gewisse disziplinarische "Spielregeln" - gekoppelt ist, deren Einhaltung manchen besonders schwer fallen mag. Die praktische Einsicht der Betroffenen in diesen notwendigen Zusammenhang zu fördern, dürfte eine vornehmliche Aufgabe der Gruppenleiter sein.

### **2.3.3 Standards für die Praxis sozialer Arbeit mit Gruppen**

Auch wenn es am Anfang dieser Arbeit bereits einen Versuch gegeben hat, soziale Gruppenarbeit zu definieren, dürfen m.E. weitere definitorische Aspekte nicht zu kurz kommen. Denn auch wenn es keine einheitliche Methodik zur sozialen Gruppenarbeit gibt, so bestehen doch qualitative Standards, die eine eigene Substanz der Gruppenarbeit belegen und die oben erwähnte Vielschichtigkeit vielleicht sinnvoll umschließt.

Wegehaupt-Schlund definiert im Handbuch für Erziehungshilfen (S.536) folgende qualitative Standards:

- "Ein genau ausgehandelter individueller Zeit- und Zielplan, welcher zusammen mit den Kindern, Jugendlichen, den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten und den beteiligten Institutionen erstellt wird (Festlegung im Hilfeplan). Diese Zeit- und Zielabsprachen werden regelmäßig wiederholt und sind auch für die Planung der Gruppenaktivitäten und Strukturierung der Prozesse notwendig.

- Die Einbeziehung des Umfeldes der Kinder und Jugendlichen in die Gestaltung der Arbeit. Dieser Standard schließt die Analyse des Umfeldes (Einflussgeflecht, Ressourcen, destabilisierende Einflüsse usw.) und die Einbeziehung des Umfeldes z.B. durch Hausbesuche, Elternabende, Schulbesuche, Vereinskontakte ein.
- Die Arbeit mit dem individuellen Umfeld wird ergänzt durch die Gemeinwesenarbeit und Vernetzung im Gemeinwesen. Die Gemeinwesenarbeit zielt auf die Beeinflussung struktureller Problembereiche und auf die Förderung schützender Ressourcen."

Die "Association for the Advancement of Social Work with Groups (AASWG)" legte im Oktober 1999 folgende "Standards für die Praxis Sozialer Arbeit mit Gruppen" vor. (in: Kalcher 2001) Sie lauten:

"Diese Standards entsprechen sowohl den charakteristischen Merkmalen der Gruppenarbeit als auch der einzigartigen Perspektive, die Sozialarbeiter in ihre Gruppenpraxis einbringen. Zentrales Merkmal sozialer Arbeit mit Gruppen ist das Konzept gegenseitiger Hilfe. Groupworker sind sich der Tatsache bewusst, dass die Gruppe mit ihren vielschichtigen Möglichkeiten helfender Beziehung die entscheidende Quelle für Entwicklung darstellt. Die Rolle der Groupworker bezieht sich primär darauf, die Gruppenmitglieder darin zu unterstützen, die von ihnen selbst aufgestellten, eigenen Ziele durch eine gemeinsame Anstrengung zu erreichen."

Es handelt sich bei diesen Standards eher um einen allgemeinen als um einen spezifischen Ansatz. Sie lassen sich auf alle Gruppenformen anwenden, die Sozialarbeiter in der ganzen Breite ihrer Angebotspalette bereithalten. Dem einzelnen Praktiker gestatten es die Standards darüber hinaus, im Rahmen des eher allgemeinen Ansatzes gegenseitiger Hilfe, eine Vielzahl einschlägiger Modelle sozialer Gruppenarbeit anzuwenden.

(Anmerkung: Die AASWG hat eine deutsche Sektion in Aachen: "Gesellschaft für Social Groupwork")

Eine ähnliche Auffassung vertritt Hans Falck (1996) und betont in seiner Standard-Bestimmung zur sozialen Gruppenarbeit den Interaktionsaspekt, die soziale Einbindung und die Tatsache, dass es sich dabei um Sozialarbeit handelt. In seinem Artikel: "Zentrale Merkmale der Sozialarbeit mit Gruppen" lauten die fünf Punkte seines Kriterienvorschlags:

1. "Es handelt sich um Sozialarbeit mit Gruppen, wenn die Klienten von einander lernen, wie sie ihre Bedürfnisse mit Hilfe eines demokratischen Gruppenprozesses in sozialarbeiterischer Verantwortlichkeit befriedigen können.

2. Diese Arbeit ist Sozialarbeit, sofern das Ziel der Gruppenaktivität darin besteht, die Klienten darin zu unterstützen, voneinander zu lernen.
3. Es handelt sich dann um Sozialarbeit mit Gruppen, wenn Sozialarbeiter und soziale Institutionen sich der Absicht verpflichtet fühlen, jedem einzelnen Gruppenmitglied und damit allen zusammen dabei zu helfen, in Übereinstimmung mit ihren eigenen und gleichzeitig den Bedürfnissen der anderen zu handeln.
4. Es handelt sich dann um Sozialarbeit mit Gruppen, wenn sich Sozialarbeiter und soziale Institutionen dazu verpflichtet fühlen, den Mitgliedern einer Gruppe dabei zu helfen, sowohl voneinander als auch vom und durch den Groupworker zu lernen, wie sie Veränderungen außerhalb ihrer Gruppe bewirken können.
5. Es handelt sich dann um Sozialarbeit, wenn den Klienten durchgängig dabei geholfen wird, sich der ethisch und wissenschaftlich wohldokumentierten Tatsache bewusst zu werden, dass das Verhalten aller Personen innerhalb wie außerhalb der Gruppe bedeutsame Konsequenzen für andere nach sich zieht."

Dagegen handelt es sich nicht um Sozialarbeit mit Gruppen,

1. "wenn der Zweck sich auf eine Veränderung des individuellen Selbst richtet, ohne dass dabei durchgängig andere Mitglieder involviert, berücksichtigt und miteinbezogen werden (häufig als "Casework mit Zuhörern" bezeichnet);
2. wenn die Gruppe im wesentlichen nur als günstige Gelegenheit benutzt wird, einen egoistischen Vorteil daraus zu ziehen;
3. wenn der Sozialarbeiter als Leiter der Gruppe gesehen wird und die Klienten durch sein gemäß dieser Leiter-Rolle vordefiniertes Verhalten zu seinen Gefolgsleuten werden;
4. wenn die Standardmethode ihr Konzept vom Verhalten der Mitglieder und von der Intervention in Begriffen aus der Psychopathologie und der Behandlung formuliert;
5. wenn sozialer Wandel und soziale Initiativen lediglich zufällige Nebenprodukte des Hauptinhalts der Membership-Erfahrung in der Gruppe sind."

Soziale Gruppenarbeit als Methode ist in fast allen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe zu finden, so dass es zu fließenden Übergängen und vielen Berührungspunkten mit anderen Jugendhilfebereichen kommt. "...so sind in der Praxis die Konzepte der sozialen Gruppenarbeit inzwischen so vielfältig und auf heterogene Zielgrup-

pen ausgerichtet, dass kein einheitliches, klar strukturiertes Bild der derzeitigen Praxis wiedergegeben werden kann. " (Wegehaupt-Schlund, 2001,S.537) Im weiteren Text (vgl. S. 537 - 539) stellt Wegehaupt-Schlund exemplarisch einige Modelle von sozialer Gruppenarbeit vor:

- Soziale Gruppenarbeit als Präventionsarbeit z.B. in der offenen Jugendarbeit: Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche mit einer negativen Prognose hinsichtlich ihres Verhaltens und ihrer Lebensperspektive. Sozialarbeiter können z.B. in einem offenen Treff immer wieder Bedarfe feststellen und gezielt gruppenpädagogisch strukturierte Angebote durchführen.
- Geschlechtsspezifische soziale Gruppenarbeit: Mit bestimmten Themen kann man sich besser z.B. nur an Jungen bzw. Mädchen wenden um sie zu bearbeiten. (z.B. Mädchen, die sich prostituieren)
- Soziale Gruppenarbeit zur Förderung sozialen Verhaltens: Betreuung in Gruppen, meist am Nachmittag als Ersatz für das Fehlen außerschulischer Erfahrungsfelder, um damit soziales Lernen zu ermöglichen.
- Soziale Gruppenarbeit als gezielte Förderung einzelner Verhaltensbereiche: Sozialtherapeutisch ausgerichtet, findet Gruppenarbeit auch mit jüngeren Kindern unter Einbeziehung der Eltern und Familien statt.
- Soziale Gruppenarbeit als erlebnispädagogische Maßnahme: Finden z.B. an Wochenenden oder über mehrere Wochen im In- und Ausland statt. Das Lernen in erlebnispädagogischen Projekten unterscheidet sich deutlich vom bisherigen Lernen. (z.B. in der Schule)
- Soziale Gruppenarbeit für gefährdete Kinder: Projekte für strafunmündige Kinder, die durch mehrfache Straftaten aufgefallen sind.
- Soziale Gruppenarbeit als Reintegrationshilfe: Dieses Angebot kommt für Jugendliche in Frage, die aus einer stationären Erziehungsmaßnahme kommend in ihre ursprüngliche Lebenswelt zurückkehren sollen.
- Soziale Gruppenarbeit in Vernetzung mit der sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH): Häufig kann man in der Arbeit mit Familien erkennen, dass die betreuten Kinder ein Gruppenangebot benötigen. Entweder bietet das SPFH-Team so eine Gruppe an oder es kommt zu einer Kooperation mit einem schon bestehenden Angebot.

- Soziale Gruppenarbeit zur schulischen Unterstützung: Regelmäßiges Angebot z.B. einer Förderschule im Sprach-, Lern-, und Hausaufgabenbereich mit begleitenden sozialpädagogischen Maßnahmen.

Schmidt-Grunert (1997, S.15) betont dabei die Wichtigkeit einer qualifizierten Ausbildung. Um mit Gruppen professionell arbeiten zu können, ist die Aneignung gruppenpädagogischer Kompetenzen erforderlich, die durch die Verbindung von Theorie und Praxis in einem Fachhochschulstudium eher gegeben ist als in einer universitären Ausbildung. Fachbezogene wissenschaftliche Theorien können im Studium erlernt und in der Praxis erprobt werden.

Kalcher (2001, S.17-20) dagegen äußert Zweifel, ob die Ausbildung an Fachhochschulen den Ansprüchen auf kompetenter sozialer Gruppenarbeit gerecht werden können. (Kalcher, Jürgen: soziale Gruppenarbeit als notwendige Form professioneller Sozialarbeit, Gilde Rundbrief, Heft 1, 2001 55.Jg. S.17-25) Er bemerkt: "Für eine vertretbare, auch theoretischen Ansprüchen genügende soziale Gruppenarbeit reicht in der Regel die Ausbildung an den deutschen Fachhochschulen ebenso wenig aus wie an den amerikanischen Schools of Social Work." Er fordert eine Spezialisierung an den Fachhochschulen mit einer weitgefächerten "methodenintegrierten" Grundausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Damit wäre eine Garantie gegeben, dass "Group-worker in ausreichendem Maße über Spezialwissen und -können verfügen, um wirklich mit der Gruppendimension und nicht mit einem Agglomerat von Menschen "Casework mit Zuhörern" zu betreiben (S.20)."

Dass es durchaus erfolgreiche Versuche gibt, theoretische Modelle in die Praxis umzusetzen, zeigt das nachfolgende ausführliche Beispiel.

## **2.4. Soziale Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern am Beispiel der Stadt Hof**

Soziale Gruppenarbeit nach § 29 KJHG soll besonders älteren Kindern bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen helfen. In der Stadt Hof hat dieses Angebot auch in der Arbeit mit delinquenten Kindern an Bedeutung gewonnen. Dort wird soziale Gruppenarbeit von den Jugendämtern genutzt, um Kindern, die mehrfach von der Polizei erwischt wurden, zu helfen. Soziale Gruppenarbeit wird in den meisten Fällen von den freien Trägern der Jugendhilfe angeboten und von den öffentlichen Trägern finanziert.

### Gruppe e.V.

Die Gruppe e.V. ist ein gemeinnütziger Verein und als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe in der ambulanten Betreuung straffälliger oder von Straffälligkeit bedrohter Jugendlicher und Heranwachsender tätig. Die Gruppe e.V. entwi-



ckelte in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern ein Konzept "Soziale Gruppenarbeit", da es in der Region häufiger zu Straftaten gerade 14 Jahre alt gewordener Jugendlicher, die schon als strafunmündige Kinder mehrerer Straftaten beschuldigt wurden, gekommen ist. Ein weiterer Aspekt für die Entwicklung eines Konzeptes "Soziale Gruppenarbeit" war die Tatsache, dass die Kinder die Jugendhilfeangebote, an denen sie freiwillig hätten teilnehmen können, nicht angenommen hatten. Die Ausschlagung dieser Angebote lag zum einen an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Eltern, zum anderen aber auch daran, dass die öffentlichen Träger kein passendes Angebot machen konnten. Das neue Hilfeangebot soll den Entwicklungsstand der Kinder berücksichtigen und das Lebensumfeld incl. Gleichaltrigengruppe sowie das ihrer Eltern mit einbeziehen, um als spezielles Lernfeld dazu beizutragen, Gesetzesverstöße und das Entstehen "krimineller Karrieren" zu verhindern.

### **2.4.1 Zielgruppe**

Das Angebot der sozialen Gruppenarbeit der Gruppe e.V. richtet sich ausschließlich an strafunmündige Kinder. Entscheidend für die Teilnahme ist die Indikation "straffällig" oder "von Straffälligkeit bedroht". Das heißt, es liegen polizeiliche Anzeigen oder massive Probleme in Familie oder Schule vor, die in Richtung Delinquenz weisen. (vgl. Welz-Stadelbauer, 2000 S.161-163) "Mehrere Delikte sind allein kein Zugangskriterium. Es kann auch eine schwere Straftat, eine mit hohem Schaden oder mit besonderer Brutalität sein. In den meisten Fällen geht es aber um Eigentumsdelikte, aggressives Verhalten, Schulschwänzen und Streunen, dazu Autoritätsprobleme sowie unangemessene Versuche, schon als erwachsen zu gelten. (vor allem durch Konsum von Nikotin, Alkohol und weichen Drogen sowie durch sexuelle Freizügigkeit)" (a.a.O. S.163)

Die meisten Kinder, es sind überwiegend Jungen, besuchen entweder die Haupt- oder Förderschule mit in der Regel schlechten Schulleistungen. Weitergehende, relevante Informationen, die es möglich machen könnten, die Soziale Gruppenarbeit effektiver zu gestalten, erreichen die Gruppe e.V. oftmals nicht. Hier ist die Zusammenarbeit mit den Eltern und den Jugendämtern zu verbessern.

Auch aus dem Grunde, dass soziale Gruppenarbeit Hilfe zur Erziehung ist und von den Eltern beantragt werden muss.

Auffälligkeiten haben eine längere Vorgeschichte. Oft wurden diese nicht beachtet oder auf die Abweichungen wurde nicht reagiert. In vielen Elterngesprächen wird deutlich, dass Kinder häufiger gestohlen haben oder schon lange machen, was sie wollen. Sie streunen, rauchen, trinken Alkohol, prügeln, zerstören Sachen, quälen Tiere oder sind bewaffnet. Erst nachdem das Kind öffentlich aufgefallen ist, reagieren Eltern und Umfeld. Und selbst dann dauert es in der Regel viel zu lange, bis das Kind für die soziale Gruppenarbeit vorgeschlagen wird.

## **2.4.2 Arbeitsweisen und Methoden**

Mit der Anmeldung des Kindes durch das Jugendamt führen Mitarbeiter der Gruppe e.V. und des Jugendamtes einen ersten Hausbesuch bei den Eltern durch. "Das Angebot soziale Gruppenarbeit wird in der Familie vorgestellt, die Teilnahmebedingungen werden erläutert. Wenn die Eltern der Teilnahme des Kindes zustimmen, werden zwischen "Gruppe e.V." und dem Kind weitere Einzelgespräche vereinbart. Diese finden in den Räumen des Projekts statt, damit das Kind erste Kontakte zur (meist weiblichen) Mitarbeiterin knüpfen kann. Dort wird das Kind auch konkret über die Gruppenarbeit informiert und kann sich danach entscheiden, ob es daran teilnehmen will." (S.165)

Die soziale Gruppenarbeit dauert in der Regel sechs Monate und kann maximal um die gleiche Zeit verlängert werden. Die geschlossene Gruppe trifft sich einmal – jeweils 3 Stunden – in der Woche und besteht aus fünf bis sechs Kindern. Die Teilnahme ist verbindlich. Die Verbindlichkeit wird dadurch erhöht, dass die Kinder von zu Hause abgeholt und auch wieder heimgebracht werden. Diese zusätzliche Aufmerksamkeit wird von den Kindern besonders geschätzt und zu informellen Gesprächen über Erlebnisse, Wünsche, Problemen etc. genutzt. Zu Beginn der Maßnahme kommt es oft zu Fehlzeiten oder sogar zu Abbrüchen, auch weil Eltern die Teilnahme erzwungen haben. Bei Fehlzeiten finden Hausbesuche statt, die den weiteren Verlauf klären sollen.

Neben der sozialen Gruppenarbeit in den Räumen der Gruppe e.V. werden zusätzlich zwei gemeinsame Wochenenden und eine erlebnispädagogische Maßnahme eingeplant, die in den Schulferien stattfindet. (z.B. Höhlenerkundungen, Kanu fahren, Klettern) Durch das intensive Zusammenleben offenbaren sich die Stärken und Schwächen der Kinder deutlicher als in den wöchentlichen Gruppentreffen.

## **2.4.3 Kursaufbau**

Wichtiger Ausgangspunkt der sozialen Gruppenarbeit ist der themen-, handlungs- und erlebnisorientierte Ansatz der "Sozialen Trainingskurse" für Jugendliche. Damit auch mit Kindern zielgerichtet gearbeitet werden kann, wird eine kindgerechte Anpassung vorgenommen. (vgl. S.164-166) "Die Themen orientieren sich bei den Kindern vor allem an Elternhaus, Schule und Verwandten, aber auch an den ersten Erfahrungen mit Freund oder Freundin, an Freiheiten und Grenzen, Umgang mit Autoritäten, Selbst- und Fremdeinschätzung usw." (S.167) Das Beispiel in der Anlage zeigt einen Kursverlauf in der sozialen Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern. (Siehe Anlage 3)

Zu Beginn der Kennenlernphase ist es wichtig, Vertrauen zu den anderen und zu den Gruppenleitern zu entwickeln. So ist es leichter, im Anschluss Gefühle und Meinungen zu äußern, Neuerungen und andere Inhalte zuzulassen. Anfangs richten sich die Themen an den Interessenslagen der Kinder aus, die auch die Gruppenregeln mit festlegen. In jede Gruppenstunde werden kleinere Rollenspiele eingebaut, deren Themen im Alltag der Kinder vorkommen.

Im weiteren Verlauf werden die Delikte besprochen und diskutiert. "Die Hintergründe, das Erleben und die Gefühle während der Tat und danach spielen eine wesentliche Rolle. So wird u.a. danach gefragt, wie Eltern und Freunde auf die Tat reagiert haben oder wie sich das Leben des Kindes nach der Tat verändert hat." (S.170)

Ein Protokoll dokumentiert die einzelnen Gruppenstunden. "Damit lassen sich Veränderungen bei den Kindern feststellen und Korrekturen für den Kurs ableiten. Dies ist auch Grundlage für die Einzelgespräche, die unabhängig von aktuellen Ereignissen stattfinden sowie für den ausführlichen Entwicklungsbericht, der über jedes Kind für das Jugendamt erstellt wird." (ebd.)

#### **2.4.4 Elternarbeit**

Ein unverzichtbarer Bestandteil der Hilfen zur Erziehung ist die Elternarbeit, die auch während der Gruppenarbeit stattfindet. (Siehe Beispiel in der Anlage) "Eltern stehen den Erziehungsschwierigkeiten häufig hilflos gegenüber, oftmals nehmen sie die Verantwortung für das Kind nicht mehr wahr, haben Auffälligkeiten verharmlost und Grenzen nicht mehr gesetzt. Ein liebevoller Umgang mit dem Kind ist ihnen meist nicht mehr möglich. In ihren Augen ist das Kind für alle Probleme selbst verantwortlich. Den Eltern soll durch die Elternarbeit wieder ein positiver Kontakt zum Kind möglich werden, Erziehungsschwierigkeiten sollen handhabbar werden." (S.171) Die Gruppenleiter - in der Regel Sozialpädagogen und Erzieherinnen - machen in diesem Teil des Berichtes deutlich, dass die Elternarbeit der schwierigste Teil der Sozialen Gruppenarbeit ist. (a.a.O.)

Die Elternabende werden kombiniert mit Einzelgesprächen, an denen Themen besprochen werden können, die die Kinder vorbereitet haben. "Einzel- und Hilfeplangespräche mit Eltern und Kind sind meist mit einem Hausbesuch verbunden. Die Probleme werden aus der Sicht der Eltern und des Kindes beschrieben, der Hilfeplan wird erstellt. Nach Möglichkeit soll zwischen Eltern und Kind ein Vertrag geschlossen werden, in dem festgelegt wird, was jeder zur Veränderung beitragen kann. Der Vertrag ist Teil des Hilfeplans. Andere Hilfen (vor allem ambulante Hilfen) werden nach Bedarf angeregt und vermittelt. Meist handelt es sich um Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe und Pflegefamilien. Die Erfahrungen der Gruppe e.V. zeigen, dass nur wenige Kinder am-

bulant nicht mehr aufzufangen gewesen sind und in stationäre Einrichtungen vermittelt werden mussten." (S.171)

#### **2.4.5 Evaluation**

Eine Evaluation über die soziale Gruppenarbeit der Stadt Hof liegt leider nur in Ansätzen vor!

So wird angemerkt, dass fast ausschließlich nur Jungen an der sozialen Gruppenarbeit teilnehmen und Mädchen nur selten eingebunden werden können. Auch die Arbeit mit ausländischen Kindern findet kaum statt, da diese Familien versuchen, bei Schwierigkeiten mit den Kindern nicht aufzufallen bzw. die Kinder bei Konflikten zurück ins Herkunftsland zu Verwandten schicken.

Mangelnde Zweisprachigkeit der Mitarbeiter und die latent vorhandene Integrationsproblematik von z.B. Spätaussiedler-Kindern, auf die die Soziale Gruppenarbeit nicht gezielt ausgerichtet ist, sind weitere Problemaspekte. Mehr männliche Mitarbeiter, die für die Jungen eine Identifikationsmöglichkeit bieten könnten, wären hilfreich.

"Erlebnispädagogische Zusatzqualifikationen sowie die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildung sind zwingend notwendig, da z.B. in der sozialpädagogischen Ausbildung spielerische Kreativität im Umgang mit Kindern nur wenig Raum einnimmt." (S.172)

Auch werden weitere und neue Gruppenangebote für die Kinder angemahnt, z.B.

- "unterschiedliche Gruppen für jüngere und für ältere Kinder,
- spezielle Gruppen für Mädchen und Jungen,
- kleinere Gruppen für Kinder mit erheblichen Problemen,
- größere Gruppen für Kinder mit weniger problematischem Hintergrund,
- Nachbetreuungsgruppen mit kürzerer Laufzeit für ältere Kinder sowie
- Gruppen mit hohen erlebnispädagogischen Anteilen für Kinder mit geringeren kognitiven Fähigkeiten und Sprachproblemen." (S.163)

Charakteristisch für die Kriminalprävention in Deutschland ist die Tatsache, dass bisher kaum ausreichend strukturierte und ausgewertete Erfahrungen vorliegen. "Untersuchungen zur Wirksamkeit und Reichweite kriminalpräventiver Projekte und Programme fehlen gänzlich." (Schäfer S. 22) So könnte die Öffentlichkeit zufriedenstellende Antworten auf die Anklage der scheinbar untätigen Jugendhilfe bekommen. Auch die Weiterentwicklung der Angebote käme so entscheidend voran.

Evaluation in der Präventionsarbeit ist jedoch auch ein schwieriges Unterfangen. Ist es z.B. möglich, vorherzusagen, ob bestimmte Ereignisse durch die Teilnahme an Sozialer Gruppenarbeit verhindert werden könnten? Sicherlich nicht! Um dieses Problem jedoch nicht zu verlagern, wären zunächst "zumindest solide und präzise Prozessevaluationen für die Entwicklung und Qualifizierung des Praxis-

feldes hilfreich. Eine unverzichtbare Grundlage dessen wäre in Deutschland eine Kultur des Austausches über Erfahrungen und Konzepte, die es zu entwickeln und fördern gilt." (S. 22)

Das Beispiel dieser Zusammenarbeit zwischen freien und öffentlichen Trägern macht deutlich, dass Soziale Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern möglich ist und von den Jugendämtern finanziert und gefördert wird. Das geht so weit, dass Mitarbeiterinnen der Gruppe e.V. an den Teambesprechungen des Allgemeinen Sozialen Dienstes teilnehmen. Besonders deutlich wird hierbei, dass freie und öffentliche Träger Soziale Gruppenarbeit als eine wertvolle Alternative im Kontext Kinder- und Jugendhilfe einschätzen. Ein Grundgedanke, von dem z.B. die Stadt Hamburg noch weit entfernt ist.

## **2.5 Soziale Gruppenarbeit als Alternative zur geschlossenen Unterbringung?**

Die Grundfrage dieser Arbeit zielte darauf ab, zu untersuchen, ob die soziale Gruppenarbeit eine echte Alternative zur geschlossenen Unterbringung strafunmündiger Kinder sein kann oder ob die neue Praxis der geschlossenen Unterbringung eine sinnvolle Maßnahme darstellt.

Das Bundesministerium für Justiz erteilte im Jahre 1979 einen Forschungsauftrag zum Thema: "Soziale Trainingskurse im Rahmen des Jugendgerichtsgesetzes", um diese Maßnahme als Reaktionsform aus der Jugendhilfepraxis bekannt zu machen. Dieser Bericht, der 1984 vorgelegt wurde, verschaffte dem sozialen Trainingskurs - "so die in der Praxis weitaus gebräuchlichste Bezeichnung für sozialpädagogische Gruppenarbeit als ambulante erzieherische Maßnahme nach dem JGG." (Dükel, S.162) Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ein weiteres vom Bundesministerium für Justiz 1998 vorgelegtes Forschungsprojekt war die umfassende Bestandsaufnahme zur Angebotsstruktur und Ausgestaltung sozialer Trainingskurse in Deutschland.

Auch wenn das JGG nicht für strafunmündige Kinder zuständig ist, lassen sich die Ergebnisse des vom Bundesministerium 1998 vorgelegten und unverändert im Jahre 2000 wieder aufgelegten Forschungsberichtes durchaus auf die Fragestellung dieser Arbeit übertragen, weil bei der Untersuchung auch die Frage nach der generellen Bewertung der sozialen Gruppenarbeit bei Jugendämtern, Jugendrichtern und freien Trägern explizit herausgearbeitet wurde. Auf die Fragestellung, ob der soziale Trainingskurs eine Alternative zu freiheitsentziehenden Sanktionen darstellen kann und ob er in der Praxis den Jugendarrest ersetzen kann, bejahten dies 79 % der Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe und 78 % der freien Träger. (vgl. Dükel, S.242) Die Jugendrichter äußerten sich dagegen skeptisch. Nur knapp 29 % hielten "den sozialen Trainingskurs" in der Mehrzahl der Fälle" oder "regelmäßig" für geeignet, den Jugendarrest zu ersetzen. Andererseits bejahte ein

weiteres Viertel der Jugendrichter (26 %), dass dies "häufig" zutreffe. 40 % hielten dies nur in Einzelfällen für möglich, während die eindeutige Ablehnung ("nie") mit knapp 6 % die Ausnahme blieb" (S.642)

## **2.6 Exkurs –**

### **Erlebnispädagogische Angebote als eine Form sozialer Gruppenarbeit**

Nach dem Regierungswechsel in Hamburg haben die Regierungsparteien CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei) und FDP im Koalitionsvertrag vom 19. Oktober 2001 u.a. Folgendes niedergelegt:

"Für Intensivtäter (insbesondere Gewalttäter und Dealer) wird die erforderliche Zahl von Plätzen in geschlossenen Einrichtungen bereitgestellt. Die Einrichtungen orientieren sich an den modernen Grundsätzen zur erzieherischen Betreuung. Eine Zusammenarbeit mit umliegenden Bundesländern wird dabei angestrebt. Auf erlebnispädagogische Reisen für jugendliche Straftäter als Ersatz für Bestrafung wird verzichtet."

Auch hier stellt sich wieder einmal die Frage, ob sich die beteiligten Parteien bewusst waren, was Erlebnispädagogik bedeutet, als sie den durchaus erfolgreichen erlebnispädagogischen Ansätzen einen solchen Riegel vorschieben. Vielleicht wurde auch hier wieder nur die sich bedroht führende Öffentlichkeit bedient, denn das bereits erwähnte Crash Kid Dennis wurde auch für mehrere Wochen scheinbar erfolglos auf eine erlebnispädagogische Reise nach Finnland geschickt.

Der Begriff "Erlebnispädagogik" reiht sich ein in einen seit einiger Zeit laufenden gesellschaftlichen Trend. Grundlegende Vorgänge wie Urlaub Nehmen, essen Gehen oder Einkaufen werden zu Erlebnissen stilisiert. "Erlebnisreisen", "Erlebnisastronomie", "Erlebniskaufhäuser" sind nur einige Schlagworte. Erlebnispädagogik als Ansatz in der Jugendarbeit ist vielleicht Ursprung dieses Trends, ihre Wurzeln reichen jedoch schon in die Reformpädagogik zurück die sich um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert etablierte. "Grundlage war die Erkenntnis, dass angesichts des kulturellen Wandels und eines gestiegenen Tempos von Veränderung in einer urbanisierten und industrialisierten Gesellschaft die Wirklichkeit zunehmend auf der Grundlage persönlicher Erlebnisse erfahren wurde. (...) Immer neue Realitäten und Gegenwarten verloren ihren Bezug zu Traditionen oder zu bis dahin gültigen pädagogischen Utopien." (Heckner, 1999, S.15) Der Erlebnisbegriff ist also keinesfalls der Arbeit mit sozial auffälligen oder randständigen jungen Menschen vorbehalten. Im Gegenteil, eine aus der Erlebnispädagogik abgeleitete Methode der Erwachsenenbildung hat in der Arbeit mit gesellschaftlichen Eliten, im Manager-Training, seit vielen Jahren ihren Platz. Das Motto dieser Aktionen lautet dann allerdings "Outdoor-Training", "Survival-Training" oder "Wilderness experience". Gutbezahlte sog. Entscheidungsträger trainieren hier Selbstwahrnehmung und zwischenmenschlichen Umgang, Kom-

munikationsfähigkeit, Konfliktlösungsstrategien und Entscheidungsfreude. Im Gegensatz zu politischen Entscheidungsträgern ist man in Managementkreisen offenbar davon überzeugt, "dass Räume wie Berg, Felsen, Höhle, Schluchten oder Wildwasser und die sich mit ihnen verbindenden Grenzsituationen geeignet sind, unseren schnelllebigen Alltag zu entschleunigen und auf das Wesentliche zurückzuführen." (S.14) Solche Räume findet und nutzt Erlebnispädagogik traditionell in der Natur, möglichst in wilder und damit herausfordernder Form und in ausdrücklicher Distanz zum Gewohnten. Heckner schreibt dazu (S.17): "Das Überschreiten von Grenzen, was zugleich ihrem Kennenlernen und letztlich ihrer Bestätigung dient, ereignet sich in der Auseinandersetzung mit Berg, Felsen, Höhlen, Schluchten, Wildfluss oder Wüste. Grenzsituationen führen näher an die großen Fragen des Ursprungs und des Sinnes unserer Existenz. (...) Gemeinschaftsleistungen im Rahmen erlebnispädagogischer Aktionen wie die Zusammenarbeit auf dem Segelboot oder das Sichern beim Klettern oder beim Abseilen im Felsen machen den Wert und die Spielregeln des Miteinanders erfahrbar. Das völlige gefühlsmäßige Aufgehen in einer Tätigkeit (Flow-Erlebnis nach von Cube) kann als erlebnispädagogische Alternative zur bewusst-seinsverändernden Wirkung von Drogen tauglich sein."

Dass erlebnispädagogische Reisen durchaus von Erfolg gekrönt sind, beweisen einige Studien, von denen ich hier drei erwähnen möchte:

"An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Hamburg, Fachbereich Polizei, wurde bereits 1986 eine Fachstudie gefertigt, die der Frage nachging, ob und wie erlebnispädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe wirken. Grob umrissen ergab sich, dass ca. 80 % derjenigen (besonders gravierend auffälligen Kinder und Jugendlichen), die an einer solchen Maßnahme teilgenommen hatten, hinterher entweder gar nicht mehr oder nur noch mit einzelnen Bagatelldelikten auffällig wurden. Ein positives Ergebnis, das niemand erwartet hatte." (Kunath, S. 337) In der Süddeutschen Zeitung vom 22.03.1999 schreibt Sven Loerzer: "Der Zweck dieser aus Steuergeldern finanzierten Reisen ist freilich nicht Erholung oder Urlaub, wie solchen erlebnispädagogischen Projekten immer wieder nachgesagt wird. (...) In ungewohnter Umgebung sollen Jugendliche in solchen Projekten durch intensive Erlebnisse grundlegende soziale Bezüge erfahren, sich neu orientieren und ihr Verhalten ändern. (...) In etwa 60 % der Fälle konnten nach Abschluss der Maßnahme die im Hilfeplan festgelegten Ziele erreicht werden (...). Bei den restlichen 40% waren weiterführende Hilfen erforderlich. Ein bemerkenswerter Erfolg, nicht nur angesichts der Vergleichszahlen aus dem Strafvollzug. Die Rückfallquote liegt dort bei 80 bis 90%." Münder schreibt im Frankfurter Lehr- und Praxis-Kommentar zum KJHG: Aus dem Bezugsfeld der Jugendhilfe liegen auch positive Berichte über "Übungs- und Erfahrungskurse für schwer problembelastete Jugendliche" vor, die als erlebnispädagogische Kurse mit 4 bis 7 Monaten Dauer angelegt sind, und verweist gleichzeitig auf Kokoschka/Uhlendorf. Weiter heißt es dort: (...) so können doch über die Vermittlung positi-

ver Erlebnisse und Angebote sozialen Lernens Verhaltensänderungen bei den betreuten Kindern und Jugendlichen bewirkt werden. (1998, S.280)

Nach Schwabe, (S.54) machen Auslandsaufenthalte und andere Formen der Distanzierung von der Lebenswelt nur Sinn, "wenn

- sie als ein Element einer längerfristigen Planung angesehen und in eine individuell überzeugende Bedeutungsgebung eingebettet werden.
- der "ferne Ort" genutzt wird um "heiße" Themen und Ambivalenzen herauszuarbeiten und anzusprechen; sicher geht das nicht immer und sofort, aber ohne Kontaktaufnahme zu den im Kind/Jugendlichen wirksamen Ambivalenzen bleibt die Auszeit folgenlos.
- die zentrale Betreuungsperson der Auszeit auch anschließend zu Verfügung steht, je nach Fall für die unmittelbare Betreuung im Alltag oder für begleitende Beratungsaufgaben, die z.B. die stationäre Betreuung ergänzen.
- die Zeit genutzt wird, um zu Hause bezogen auf Hypothesenklärung, Elternarbeit, Entwicklung von Lebensperspektiven etc. weiter zu kommen.

Diese Einlassungen zeigen deutlich, dass mit der Streichung der erlebnispädagogischen Aktionen, eine wichtige Präventionsmöglichkeit in Hamburg verloren geht.

## 2.7 Zusammenfassung

"Für die delinquenten Kinder ist neben dem Elternhaus und der Schule, die, bezogen auf die Delinquenz – vor allem wenn sie außerhalb der Schule stattfindet – keinen expliziten Auftrag hat, von staatlicher Seite vorrangig die Kinder- und Jugendhilfe zuständig. Ihre Vorgaben und Handlungsmöglichkeiten sind im Rahmen des KJHG geregelt und beziehen sich vor allem, wie in § 1 festgeschrieben, auf die Sicherung des Rechts der Kinder, auf die Förderung ihrer Entwicklung sowie auf ihren Anspruch auf Erziehung zu einer eigenständigen Persönlichkeit. Diese allgemeine Formulierung weist der Kinder- und Jugendhilfe in der Delinquenzprävention ausdrücklich eine sozialpädagogische Aufgabe zu." (Schäfer, S.12)

Nachdem die Kinder- und Jugendhilfe das Thema "Prävention" erst allmählich für sich entdeckt hat, orientiert sie sich nun an den Konzepten und Angeboten der Jugendgerichtshilfe und überträgt diese in die Praxis der Arbeit mit Kindern. (vgl. S. 14)

Dies hat meiner Meinung nach zunächst die fachliche Weiterentwicklung des Angebots "Soziale Gruppenarbeit" erschwert.

So werden z.B. soziale Trainingskurse, die im JGG (§ 10) als Weisungen bei Verfehlungen Jugendlicher, deren Sozialkompetenz für eine Lebensführung ohne Straftaten steigern sollen, zum Ausgangspunkt und Vorbild einer Vielzahl unterschiedlich ausgestalteter Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Dass diese, unter dem Oberbegriff "Soziale Gruppenarbeit" zusammengefassten Kurse im KJHG



eigentlich ganz anders gemeint gewesen waren als im Alltag dann umgesetzt, blieb weitgehend unreflektiert. Der gesetzliche Auftrag und die fachliche Anforderung, die Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen (§ 29 KJHG) zu erreichen, blieben vor der Alltagserwartung einer Jugendhilfereaktion vielfach auf der Strecke. "Diese mehr oder weniger freiwillige Teilnahme an vorgezogenen Maßnahmen des JGG führten zu einer falschen Weichenstellung. Hilfe zur Erziehung, die sich ja am erzieherischen Bedarf messen lassen muss, rückte in den Hintergrund. Delinquenz wurde zur einzigen Zugangsvoraussetzung." (S.14) Diese Sichtweise führt meiner Ansicht nach auch zu den seltenen Verfügungen nach § 29 KJHG durch den ASD in Hamburg.

Soziale Gruppenarbeit hat mit einem eigenen Paragraphen im KJHG eine erhebliche Bedeutung in den Hilfen zur Erziehung. Trotzdem sprechen m.E. auch Gründe dagegen, die soziale Arbeit in Gruppen ausschließlich aus dem § 29 KJHG zu begründen. So würde zum ersten soziale Gruppenarbeit als Interventionsform durch das Amt für Soziale Dienste eine Spezialmaßnahme für Kinder und Jugendliche bleiben, die bereits auffällig geworden sind und die an einer solchen "Maßnahme" teilnehmen müssen! Die wohl richtige Auffassung, dass die Gruppe im Jugendalter als Ort sozialen Lernens von besonderer Bedeutung ist, würde zusammenbrechen weil soziales Lernen unter Druck zwangsläufig zur Verweigerungshaltung und Anpassung führen würde. Die Vielfältigkeit und die Freiwilligkeit, die die soziale Gruppenarbeit attraktiv macht, würde sich in diesem Fall ins Gegenteil verkehren.

Diese Argumente sprechen in hohem Maße für eine intensive "Wiedereinführung" klassischer (sozialer) Gruppenarbeit durch öffentliche und freie Träger und zwar mit dem präventiven Ziel, Delinquenz zu verhindern.

Prävention wird ein unverzichtbarer Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe werden. Dabei ist es wichtig, sich vorher intensiv darüber auseinander zu setzen, mit welcher Zielgruppe man soziale Gruppenarbeit machen möchte. Neue bzw. andere Konzepte sind zu entwickeln, wenn es um eine soziale Gruppenarbeit mit Kindern gehen soll, die "nur" Entwicklungsschwierigkeiten oder Verhaltensproblematiken aufweisen und mit Delinquenz zunächst gar nichts zu tun haben.

"Die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen im sozialen Bereich machen die Notwendigkeit einer lebensweltlich ausgerichteten sozialen Arbeit kenntlich. Isolierte Menschen können in Gruppen eingebunden werden, und mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) eröffnet sich die Möglichkeit, im gesetzlichen Auftrag für Kinder und Jugendliche vermehrt soziale Gruppenarbeit anzubieten. Die Arbeit mit Gruppen ist dort angezeigt, wo sich mehrere Menschen in vergleichbaren Lebenssituationen befinden und die täglichen Aufgaben und damit einhergehenden Probleme nicht allein bewältigen können." (Schmidt-Grunert, 1997, S.15)

Gruppenarbeit initiiert Prozesse, die bildend, sozialisierend und damit auch resozialisierend auf Menschen wirken können. Gruppenarbeit kann soziales Lernen ermöglichen und soziale Kompetenzen vermitteln welche zur Alltagsbewältigung unabdingbar sind.

Gerade den Eltern kommt im Kontext der Kinderdelinquenz und der Delinquenzprävention eine große Bedeutung zu. Nur innerhalb der Freiwilligkeit der Eltern kann Kinder- und Jugendhilfe tätig werden. Sie müssen die Zustimmung zur Teilnahme ihrer Kinder an den Jugendhilfeangeboten geben und sind wie in der sozialen Gruppenarbeit gem. § 27 KJHG selbst "Inhaber des Rechtsanspruchs". Die erforderliche Zustimmung der Eltern ist bei heiklen Erziehungssituationen schwer zu bekommen. Elternarbeit muss also Standardaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe werden. Das ist eine schwierige Aufgabe. Gerade im Zusammenhang mit Kinderdelinquenz sind Eltern schwer zu erreichen. Teilweise spielen negative Erfahrungen mit Ämtern und Behörden eine große Rolle, die auch die Kontakte mit freien Trägern der Jugendhilfe beeinflussen. "Die Eltern wollen den Einblick in die Familie verwehren, manchmal weil sie selbst etwas zu verbergen haben, manchmal, weil sie nicht zum wiederholten Male als an den Entwicklungen der Kinder "schuldig" gebrandmarkt werden wollen, auch wenn sie nichts zu verbergen haben. Solche Erfahrungen haben gerade die Eltern der schwierigen Kinder häufig gemacht." (Schäfer, S.19) Hier ist es sinnvoll, in einer Doppelstrategie auch den ASD mit ins Boot zu nehmen. Als eigentliche Zielgruppe sind zwar die Kinder zu erreichen, und der ASD finanziert fallbezogen den einzelnen Platz in der sozialen Gruppe, aber mit einem guten Konzept, das der Elternarbeit breiten Raum gibt, wird sich auch der ASD überzeugen lassen, wie die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstitutes in ihren diversen Veröffentlichungen anschaulich darstellt. (u.a. DJI, München 2000)

## **2.8 Was ist zu tun?**

"Eine Abschreckung durch Strafandrohung ist, wie viele Untersuchungen ergeben haben, zumindest bei Jugendlichen weitgehend illusionär. Auch sind positive erzieherische Wirkungen durch Freiheitsentzug in Jugendstraf- und Jugendarrestanstalten die Ausnahme." (Magdeburger Initiative) Bundesländer, die schon über ein geschlossenes Heimsystem verfügen, können zu diesem Aspekt wenig oder gar nichts beitragen.

Hier ist eine Evaluation im Kontext der gesamten geschlossenen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in Deutschland dringend nötig.

Das bisherige System der Jugendhilfe ist vor allem innerhalb der Schnittstellen zwischen Schule, Gesundheitsdiensten, Fachkliniken, Polizei und Justiz zu verbessern, um so eine frühzeitigere, intensivere und stringentere und koordinier-

te Intervention anzustreben. Frühzeitiger heißt in diesem Fall auch, sich der Diskussion zu stellen, ob sich der Staat früher als bisher und viel rigoröser ins Familienleben einmischen soll, oder ob staatliche Eingriffe in die private Sphäre schon heute viel zu weit gehen. "Denn immer wieder geraten die Fachkräfte regelmäßig in eine Zwickmühle, (...) wenn Eltern entweder jede Hilfe ablehnen oder (zu) lange hinauszögern, weil sie den von außen definierten "Hilfebedarf" oft gar nicht oder ganz anders sehen, bzw. sie nicht öffentlich eingestehen wollen, dass sie oder ihre Kinder Hilfe brauchen." (Permien, 2000)

Reichen die angestrebten Regularien bei den Kindern und Jugendlichen, die mit sehr schweren emotionalen und sozialen Störungen belastet sind, nicht mehr aus, sollte auch über ambulante Intensivbetreuungen nachgedacht werden, die über das bisher realisierte Hilfespektrum hinausgehen, denn nach heutigem Kenntnisstand gibt es keine bessere Alternative, als eine möglichst intensive Form der Einzelbegleitung und -betreuung zu gewährleisten. Ein Akzeptieren und Begleiten innerhalb der Lebenswelt, verbunden mit ständigen Angeboten und Versuchen der sozialen Integration, "aber genauso ein Arbeiten an der Verbesserung der Lebenslagen von sozial Benachteiligten und der Verhinderung von Ausgrenzungsprozessen, (...) scheint der bestmögliche und zudem rationale Weg im Umgang mit diesen (...) Kindern und Jugendlichen zu sein." (Maelicke, 2002)

Die Karriere der strafbaren Handlungen der Kinder geht fast immer mit gravierendem Schulversagen einher. Leistungen werden verweigert und das aggressive Verhalten führt bis zu tätlichen Angriffen auf Lehrer. Die Schulen werden mit diesen Problemen oft nicht fertig und meinen, es mit einem Schulausschluss lösen zu können. Tatsächlich wird die Schule von den Kindern oft nicht als das System erlebt, das unterstützt und weiterhilft, sondern als eines, das zusätzlich unter Druck setzt und ausgrenzt.

Noch immer sind viele Lehrer auf den Umgang mit straffälligen und/oder problematischen Kindern und Jugendlichen nicht vorbereitet. Jedes Verweisen von der Schule nimmt den Kindern Perspektiven. Eine größere pädagogische Unterstützung der Schulen mit ihren Lehrern und Schülern tut Not, z.B. mit psychologischen und schulsozialarbeiterischen Programmen. Der adäquate Umgang der Verantwortlichen im Schulsystem mit problematischen Schülern ist sicher eine der wichtigen Präventivsäulen weit im Vorfeld geschlossener Unterbringung (vgl. Gerlich, 2000, S. 34). Daraus resultiert die Forderung nach "kleinen Schulklassen, durchlässigen alternativen Schulsystemen und für ausländische Schüler eine intensive Sprachförderung, und zwar durch Lehrer, die auch die jeweiligen Heimatsprachen beherrschen. Insgesamt ist eine gezielte und berechenbare Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu verlangen, die jedem Jugendlichen die Chancen für einen Beruf eröffnet, in dem er seine Fähigkeiten und Neigungen umsetzen und entwickeln kann." (Magdeburger Initiative, 2003, S.19)

Die Möglichkeiten der unterschiedlichen Formen der Hilfe für Kinder und Jugendliche sind noch lange nicht ergründet und ausgeschöpft, auch nicht die der geschlossenen Gruppen. Hieran zu arbeiten ist für alle eine große Herausforderung, die nicht abgegeben werden darf und kann.

Letztlich muss es auch darum gehen, die Kriterien für die Einweisung Minderjähriger verbindlicher festzulegen. Einerseits muss die Anzahl der geschlossenen Unterbringungen möglichst klein gehalten werden, auf der anderen Seite könnte sie für bestimmte Einzelfälle zu einer "normalen" Methode in der Jugendhilfe werden. Darüber muss intensiv nachgedacht werden, auch mit der Fragestellung, ob denn wirklich alles Erdenkliche für die Kinder und Jugendlichen getan wurde, bevor sie in einem geschlossenen System untergebracht werden.

Es ist leicht vorstellbar, dass Kinder und Jugendliche, die in einer geschlossenen Gruppe untergebracht sind, sich auch in einem anderen offenen System positiv entwickeln könnten.

Ohne Frage gibt es Situationen, die freiheitsentziehende Maßnahmen erforderlich machen. Dies trifft insbesondere bei Selbst- und Fremdgefährdung zu, wobei die Frage bleibt, wer die Gefährdung definiert, und wo bzw. in welcher Weise die entsprechende Krisenintervention stattfindet.

Da, wo in der Gesellschaft die geschlossene Unterbringung forciert wird, müssten zunächst einmal die Defizite bei der Umsetzung des KJHG behoben werden. Das heißt auch, dass die nötigen Mittel dafür bereitgestellt werden müssen.

Um jedoch langfristig auf geschlossene Unterbringung zu verzichten, ist es nötig, vielleicht bei einer festgelegten Dauer von ca. 10 Jahren, zweigleisig, d.h. mit zwei verschiedenen Konzepten, zu arbeiten. Sprich: In Modellversuchen andere Mittel und Wege zu entwickeln um zu testen, ob anderes und Besseres möglich ist. Für die jetzt schon straffällig gewordenen Kinder von 12 bis 14 Jahren, die nachweislich für weitere HzE-Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen wollen (können), mag die geschlossene Unterbringung nach dem derzeitigen politischen Willen angebracht sein, für die jetzt auffälligen problematischen Kinder sind mit enormer Kraftanstrengung die gesamten HzE-Maßnahmen auszubauen – besonders der Erziehungsbeistand und die soziale Gruppenarbeit sowie die Elternarbeit – einzig mit der Prämisse, spätere geschlossene Unterbringung zu verhindern. Es gilt also, sowohl aus Gründen der Effizienz wie der Humanität ambulanten Sanktionen Vorrang einzuräumen und dauerhaft zu erhalten.

Um das zu erreichen, müssen die zuständigen Behörden und Pädagogen die Frage beantworten können, warum Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft "scheitern". Wenn darauf eine Antwort zu finden ist, wird sich auch ein Hilfeplan entwickeln lassen können. "Wichtig ist es, die Kriterien für die Ausgrenzung Jugendlicher, wie Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsarmut, unzureichende Partizipation und Anerkennung sowie ihre damit zusammenhängende existenzielle Perspektiven- und Orientierungslosigkeit, in das öffentliche Bewusstsein zu

heben, um an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Jugendpolitik muss über eine bloß reparierende Sozialpolitik hinausgehen, wenngleich die Stärkung der Familienhilfe und der Ausbau des sozialen Netzwerkes unverzichtbar sind." (Magdeburger Initiative, 2003, S.19)

Geschlossene Unterbringung macht nur Sinn, wenn ein Hilfskonzept Optionen für "draußen" vorbereitet. D.h.: Wenn die Jugendlichen nach der geschlossenen Unterbringung weiterhin unterstützt werden und auch bei gelegentlichen Rückfällen nicht wieder mit geschlossener Unterbringung reagiert wird. Denn wenn geschlossene Unterbringung nichts weiter als einen wegschließenden Strafcharakter beinhaltet, wenn sie nicht von spezifischen anderen Angeboten begleitet wird, wenn sie nicht in eine längerfristige Begleitung des Jugendlichen mündet, wird die Wahrscheinlichkeit, wieder rückfällig zu werden, relativ groß sein. Es ist also zwingend notwendig, nach Beendigung einer geschlossenen Unterbringung sowie nach Beendigung einer sozialen Gruppenarbeit eine "Nachsorge" zu initiieren, da sonst die Gefahr besteht, nach einer Zeit mit klaren Regeln in ein "Loch" zu fallen.

### **Teil III Bezug zur Praxis der evangelischen Jugendhilfe in Hamburg**

#### **3. Grundriss einer Konzeption**

##### **3.1 Hintergrund**

Im Jahr 2003 stellt der Hamburger Senat ca. 2. Mio. Euro zur Förderung von Projekten der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung zur Verfügung. "Die zu fördernden Projekte sollen sowohl zur fachlichen Innovation in der Jugendhilfe als auch zur Reduzierung des Fallaufkommens der Hilfen zur Erziehung beitragen." (Protokoll KOAG-Jugendhilfe vom 27.01.2003, siehe Anlage 4) Die KOAG ist eine Koordinierungsgruppe der bezirklichen Jugendämter, die die Kriterien für die neuen Projekte festlegt.

Die Evangelische Jugendhilfe erarbeitet zur Zeit zwei Konzepte zur sozialen Gruppenarbeit, die zum Ersten in Schulen und zum Zweiten in der Einrichtung der Ev. Jugendhilfe stattfinden soll. Die im Protokoll aufgeführten Förderungskriterien werden ohne weiteres erfüllt und sind jetzt schon Bestandteil aller geleisteten HzE-Maßnahmen. Für den regional sozialräumlichen Bezug ist bereits ein Kooperationspartner (Förderschule) gefunden.

### 3.2 Evangelische Jugendhilfe Hamburg

Die Evangelische Jugendhilfe ist eine diakonische Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe. Träger ist das Diakoniewerk des Kirchenkreises Alt-Hamburg. Der Kirchenkreis ist u.a. Träger von stationären und ambulanten Hilfen für Kinder, Jugendliche, junge Mütter, Wohnungslose, behinderte und alte Menschen.

Die Evangelische Jugendhilfe bietet die verschiedenen Formen der Hilfen zur Erziehung nach § 27/30,31,34,35 KJHG an, sowie Hilfen zur Eingliederung für Behinderte nach § 39,40 BSHG.

Die ambulanten Hilfsangebote sind:

- Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 30 KJHG),
- Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) (§ 31 KJHG),
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 KJHG).
- Stationäre Angebote nach § 34 KJHG sind: Wohngruppen

Räume

Zentrum der Regionalstelle ist ein Einzelhaus, in dem neben den vier Büroräumen des ambulanten Teams und der Regionalleitung zwei weitere große Räume, viel Platz für verschiedene Aktivitäten, Beratungsgespräche und Gruppenarbeit vorhanden ist. Ebenso wird das Haus auch für interne fachliche Veranstaltungen, Erziehungskonferenzen und Gremienarbeit genutzt. Für die Arbeit am Computer steht ein weiterer Raum zur Verfügung. Des Weiteren gibt es eine Küche und Kellerräume.

Zur Sachausstattung gehören Fernseher, Videospiele, Gesellschaftsspiele, Videorekorder und andere Materialien.

Von den Räumlichkeiten und der Ausstattung her würde sich soziale Gruppenarbeit anbieten. Durch die bereits erwähnten Einsparungen in den sozialen Bereichen durch den Senat sind Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe unerlässlich. Die Durchführung von Projekten ist ein neuer Weg, den die Evangelische Jugendhilfe gehen wird.

Bei der sozialen Gruppenarbeit der Evangelischen Jugendhilfe soll es sich um ein Angebot handeln, welches eine längerfristige Unterstützungsleistung für Jugendliche im Kontext ihrer peer group und der Lebenswelt anbietet. Lebensweltorientierte Gruppenarbeit heißt, sich auf die Sinnwelten der Kinder und Jugendlichen einzulassen und ihnen für die Bildungs-, Erziehungs-, Lebensbewältigungs- und Orientierungsaufgaben eine Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, die sich auf das "Hier und Jetzt", d.h. auf die heutige konkrete Lebensform mit all ihren Widersprüchlichkeiten und Verschiedenartigkeiten bezieht, mit dem Ziel der Verwirklichung eines gelingenderen Alltags. (Thiersch)

Die Mittel zur Förderung von Projekten der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung werden nach Eingang der Projektvorschläge vergeben, nachdem sie dem KOAG zur Beratung vorgelegt wurden.

### **3.3 Grundkonzeption als Diskussionsgrundlage**

#### Zielgruppe

Weibliche und männliche Kinder und Jugendliche ab ca. 9 Jahren, deren derzeitige Lebenssituation schwierig und belastet ist, d.h. bei denen aus sozialpädagogischer Sicht ein notwendiger Bedarf an sozialer Gruppenarbeit (§29 KJHG) vorhanden ist. Gem §29 KJHG ist ein solcher Bedarf vorhanden, wenn bei Jugendlichen Verhaltensprobleme und Entwicklungsschwierigkeiten auftreten.

Ein notwendiger Bedarf könnte sich z.B. äußern bei:

- Einbindung in gewaltbereite Gruppen
- konfliktreichem Lebensumfeld
- delinquenten Verhalten
- geringen sozialen Kontakten
- geringe soziale Kompetenz

#### Ziele:

- verbessertes Sozialverhalten
- individuelle Persönlichkeitsentwicklung
- alternative Konfliktlösungsstrategien
- Prävention
- alternative Freizeitgestaltung
- Zukunftsperspektiven/Lebensplanung

Dies soll erreicht werden durch:

- Unterstützung in den jeweiligen Entwicklungskrisen
- Arbeit an den Problemen der Gruppenmitgliedern
- Beziehungs- und Bedürfnisorientierung
- zur Verfügung stellen von Schon-, Übungs- und Erlebnisräumen
- kleinen und überschaubaren Gruppenrahmen (max. 8 Teilnehmer)
- verbindliche, aber freiwillige Teilnahme
- altersgemäße Arbeitsformen
- flexible Auswahl passender Methoden (siehe auch: Kap.: Methoden, Ziele und Inhalte sozialer Gruppenarbeit )

Soziale Gruppenarbeit ist demnach als Lernfeld für die betreuten Kinder und Jugendlichen zu sehen, um Basiskompetenzen zu entwickeln, zu erweitern und zu

stabilisieren. Sie soll mit gruppenpädagogischen Methoden den betreuten Kindern und Jugendlichen die Integration in ihr soziales Umfeld positiv befördern.

### Gesetzliche Grundlagen:

Die gesetzlichen Grundlagen der sozialen Gruppenarbeit bildet das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) mit folgenden Vorschriften:

- § 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- § 9 Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen
- § 11 Jugendarbeit
- § 13 Jugendsozialarbeit
- § 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
- § 27 Hilfe zur Erziehung
- § 29 Soziale Gruppenarbeit
- § 36 Hilfeplanverfahren

### Leistungsbereiche

#### - Aufnahmeverfahren

(Vorstellung der Gruppenarbeit, Bedarfslagen der Kinder, Entwicklung eines Auftrages...)

#### - Gruppenstunden

(Regelmäßige Termine, Gesprächs- und Handlungsorientierung, Thematische Inhalte, Handlungselemente)

#### - Gruppenaktionen

(Ausflüge, alternative Freizeitgestaltung, Vorbereitung und Planung von Aktionen durch die Gruppenmitglieder im unmittelbaren Umfeld der Jugendlichen)

#### - Einzelunterstützung

(Nach Bedarfslage der Gruppenmitglieder und ihrer Familien und/oder in Abstimmung mit dem Jugendamt, Einzelgespräche mit den Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien, Koordinierungsgespräche mit Schule, Jugendamt, Vereinen etc.)

#### - Elternarbeit

(Hausbesuche, Kontakte zu anderen Hilfeträgern, evtl. Durchführung einer Elterngruppe)

#### - Qualitätssichernde Maßnahmen



- Sachausstattung  
(Video-Kamera, Computer, Spielkonsolen)

- Sozialräumliche Arbeit  
(Vernetzung im jeweiligen sozialen Raum, Öffentlichkeitsarbeit)

### 3.4 Evaluation

Durch die Mitarbeit in Stadtteilarbeitskreisen (Gremium von Vertretern verschiedener sozialer Einrichtungen) werden die Problemlagen des Stadtteils und somit auch die Problemlagen der dort wohnenden Kinder und Jugendlichen thematisiert und transportiert.

Qualitätssicherung findet in allen HzE-Maßnahmen auch auf der Grundlage von standardisierten Auswertungsbögen statt. Des Weiteren wird in bestimmten Beratungssettings sowohl mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen, als auch durch die Gruppenleiter und Gruppenleiterinnen der Prozess und die Zielerreichung reflektiert und das Ergebnis einer laufenden bzw. einer beendeten Gruppe ausgewertet. Folgende Evaluationsschritte sollten im Regelfall durchlaufen werden:

<b>Zeitpunkt der Auswertung</b>	<b>Methoden / Medien</b>	<b>Beteiligung durch....</b>	<b>Inhalt / Ziel der Auswertung</b>
Direkt nach jedem Gruppen-treffen	Dokumentation/Notiz zur jeweiligen Gruppenstunde	Gruppen-leitung	Erfassung des Ablaufs und der Teilnehmer, besondere Ereignisse. (Zusammenstellung von geäußerten Erwartungen an das SGA-Team)
Einmal monat-lich	"Intervision"	SGA-Team	Kollegiale Beratung der laufenden Gruppe: Analyse des Prozesses im laufenden Monat, aktuelle Besonderheiten aus der Gruppe
Anschließend	Dokumentation	Gruppen-leitung	Schriftliche Auswertung in Zu-sammenhang mit Intervision
(vierteljähr-lich)/halbjähr-lich	Auswertungs-bogen	Jeweilige Gruppe	Infos zu: Positives/Negatives zu Aktionen, Positives/Negatives zur Gruppe, Atmosphäre vertrauensvoll? Ideenbörse für die fol-genden Wochen
Im Anschluss	Dokumentation	Gruppen-leitung	Schriftliche Auswertung in Zu-sammenhang mit der Gruppenbe-fragung
Nach einem Jahr	Einzelgespräche	Team SGA mit Gruppen-teilnehmern	Offenes Gespräch zu den Erleb-nissen in der Gruppe
Zum letzten	Fragebogen	Gruppen	Infos zu den 2 Jahren Zielerrei-

Gruppentreffen		teilnehmer	chung / Veränderung der jew. Person
Nach dem letzten Gruppentreffen	Einzelgespräch	Team SGA, ein Gruppen- teilnehmer	Offene Fragen zu den positiven und negativen Erlebnissen und Prozessen in der Gruppe sowie Verbesserungsvorschläge
Nach Beendigung aller Einzelgespräche	Abschluss- interview	Team SGA	Auswertung des gesamten Gruppenverlaufs anhand folgender Themen: 1. Gruppenprozess 2. Prozess/Ebene des Teams 3. Sozialräumliche Bezüge 4. Resultierende Veränderung für die zukünftige SGA 5. Zusammenarbeit mit ASD / anderen Trägern

(vgl. Bezirksamt Hamburg-Nord / Arbeitspapier Soziale Gruppenarbeit)

Zu erwähnen ist noch, dass nach der Beendigung der Gruppenarbeit der gesamte Verlauf im Rahmen eines Berichtes zu dokumentieren ist.

### 3.5 Schlusswort

Sind die Interventionsprogramme, wie sie hier vorgestellt wurden, pädagogisch-fachlich eindeutig als dauerhafte Rückkehr zur geschlossenen Unterbringung zu werten, so sind sie meiner Meinung nach jugendhilfepolitisch fatal, weil zu befürchten ist, dass eine Unterbringungspraxis entsteht, bei der ausschließlich oder vorrangig auf diese Einrichtungen mit Angeboten der geschlossenen Unterbringung zurückgegriffen und die Entwicklung pädagogisch sinnvoller Konzepte darüber hinaus nicht gefördert wird. Gerade das Beispiel von Hamburg zeigt, dass eben jener Schritt vollzogen wird. Das neue Konzept von zumindest anfangs geschlossenen Einrichtungen würde m.E. einen jugendhilfepolitisch bedenklichen Rückfall in die alten ausgrenzenden und stigmatisierenden Fremdunterbringungsstrukturen nach sich ziehen, die mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz überwunden schienen.

Es deutet tatsächlich im wesentlichen darauf hin, dass in Zusammenhang mit delinquenten Kindern eine Strategieveränderung in der Bundesrepublik stattfindet, und zwar hin zur "Null Toleranz", wie sie R.B. Schill in Hamburg propagiert. Fragwürdig ist es allemal, dass wegen einer geringen Anzahl von delinquenten Kindern und Jugendlichen das gesamte Jugendhilfesystem in Frage gestellt wird. Leider steht die reale Entwicklung in Hamburg meinen Ideen und Vorschlägen zur sozialen Gruppenarbeit entgegen. Wenn man jedoch nach dem jetzigen Er-

kenntnisstand dieser Diplomarbeit davon ausgehen kann, dass bis zu 60-80 % der Teilnehmer an bestimmten Projekten sozialer Gruppenarbeit mit anschließender weiteren Betreuung nicht mehr oder nur im Bereich der Bagatelldelikte auffällig werden, dann könnte mehr als die Hälfte der potentiellen 1500 bis 2000 delinquenten Jugendlichen, denen die geschlossene Unterbringung droht, die Einweisung erspart bleiben. Der Versuch ist es wert!

Wer aber heute geschlossene Heime für junge Straftäter oder gar für Kinder einrichtet, muss eine schlüssige Konzeption vorlegen. Das ist in Hamburg und in den anderen Einrichtungen die hier vorgestellt wurden, nicht der Fall. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags des § 27 ABS. 2 KJHG, wonach im Einzelfall der jeweilige Erziehungshilfebedarf eines Kindes oder Jugendlichen zu betrachten ist, können institutionalisierte geschlossene Gruppen nicht verantwortet werden. Die Frage nach der individuellen Hilfe jedes Einzelnen wie sie im KJHG gefordert wird, darf nicht zweitrangig behandelt werden. Eine gemeinsame pädagogische Arbeit mit einem so unterschiedlichen Klientel wie Schulschwänzern, Gewalttätern und Räubern in einer Einrichtung widerspricht diesen Forderungen.



## Literaturverzeichnis

Baur u.a.

Leistungen und Grenzen der Heimerziehung, Ergebnisse einer Evaluationsstudie stationärer und teilstationärer Erziehungshilfen. Stuttgart, 1998

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Wege aus der Delinquenz - Clearingstelle für massiv-dissoziale und kriminell auffällige Kinder. Rahmenkonzept Manuskript 9 Seiten, München 1999

Bezirksamt Hamburg-Nord

Arbeitspapier zum Konzept soziale Gruppenarbeit / Region III

(N/JA III SGA)

Anke Korfhage

Birtsch, Vera u.a. (Hg)

Handbuch Erziehungshilfen, Leitfaden für Ausbildung, Praxis und Forschung, Votum Verlag Münster, 2001

Bundeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalstatistik Berichtsjahr 2001

Tatverdächtige: Alters- und Geschlechtsstruktur, S.72

[www.bka.de/text/pks.html](http://www.bka.de/text/pks.html) vom 06.02.2003

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)

Elfter Kinder- und Jugendbericht, Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)

Kinder- und Jugendhilfegesetz (Achstes Buch Sozialgesetzbuch)

9. Auflage 1999

Darnstädt, Thomas,

Jugendkriminalität - Angriff auf die bösen Jungs in: Der Spiegel, 22.04.1999

Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.)

Wider die Ratlosigkeit im Umgang mit Kinderdelinquenz, Präventive Ansätze und Konzepte, München 2000

Dünkel, Frieder u.a.

Soziale Trainingskurse und andere neue ambulante Maßnahmen nach dem JGG in Deutschland, Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) 2.Auflage 2000

Erler, Michael

Soziale Arbeit, Ein Lehr- und Arbeitsbuch zu Geschichte, Aufgaben und Theorie, Juventa 4.Auflage 2000

Fachlexikon der sozialen Arbeit, Hrsg.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 4.vollständig überarb. Auflage, 1997, Verlag W. Kohlhammer

Falck, Hans

Zentrale Merkmale der Sozialarbeit mit Gruppen in: Standpunkt : Sozial, 2/3 - 1996, Hamburger Forum für Soziale Arbeit, S. 77 - 80

Gerlich, Renate,

Geschlossene Unterbringung als Maßnahme der Jugendhilfe? in: Auffällige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen Erlebnispädagogik, geschlossener Unterbringung und Therapie, Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Dieter Dölling (Hrsg.) Heidelberg 2000

Hamburger Abendblatt,

Hamburg plant neue Heime für Süchtige, 14.01.03 , S.1

Hansestadt Hamburg

Senatsdrucksache Nr. 2002/1002 vom 03.09.2002 Geschlossene Unterbringung für Minderjährige bei Kindeswohlgefährdung durch die Begehung von Straftaten in wiederholten oder gravierenden einzelnen Fällen und Maßnahmen der Jugendhilfe zur Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern.

Heckner, Thomas,

Erlebnispädagogik in der Jugendhilfe, in: Auffällige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen Erlebnispädagogik, geschlossener Unterbringung und Therapie, Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Hrsg.: Dölling, Dieter, Heidelberg, 2000

Hubert, H.,

Jugendrecht im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2001

Hubert, H.

Geschlossene Unterbringung als pädagogisches Konzept? In:  
Jugendhilfe 5/2002, Luchterhand, S. 228-237

Jordan, E. u. Sengling, D.

Kinder- und Jugendhilfe, Einführung in Geschichte und Handlungsfelder, Organisationsformen und gesellschaftliche Problemlagen, Juventa 2000

Jugert, Gert u.a.

Soziale Kompetenz für Jugendliche, Grundlagen, Training und Fortbildung „Fit For Life“ Juventa 2001

Kalcher, Jürgen

Soziale Arbeit mit Gruppen: Das Gebot der Stunde in: Standpunkt : Sozial, 3/99, Hamburger Forum für Soziale Arbeit, S.19 - 26

Kalcher, Jürgen,

Über den engen Rahmen des KJHG hinaus: Soziale Gruppenarbeit als notwendige Form professioneller Sozialarbeit in: Gilde Soziale Arbeit / gilde rundbrief, Bielefeld, Heft 1 / 2001 S. 17 - 25

Kunat, Werner,

Dokumentation "90 gesicherte Plätze in Hamburg", DVJJ-Journal  
Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 13. Jahrgang Nr. 3/2002, S.335 - 337

Kokoschka, E. / Uhlendorff, U.

Übungs- und Erfahrungskurse für schwer problembelastete Jugendliche, in: Unsere Jugend, 1992, S. 57

Krause, Hans-Ullrich ,

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH), Juli 2000, Gegen den Ausbau von geschlossenen Einrichtungen in der Jugendhilfe  
Internet: [www.jugendhilfe-netz.de/archiv/index.shtml](http://www.jugendhilfe-netz.de/archiv/index.shtml) vom 21.01.2003 Manuskript 3 Seiten

Kunath, Werner

Dokumentation - 90 Gesicherte Plätze in Hamburg in: DVJJ-Journal Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 3/2002 Rundbrief Nr.117, S. 335 – 337

Kunstreich, Timm, Grundkurs Soziale Arbeit, Hamburg 1998, Band 2

Kunstreich, Timm,  
Die Soziale Gruppenarbeit ist tot - es lebe die soziale Gruppenarbeit , in: Stand-  
punkt: sozial 3/99, Hamburger Forum für Soziale Arbeit  
S. 15-18

Landesjugendamt Brandenburg,  
Alternativen zur geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in  
der Jugendhilfe, 2001  
[http://www.brandenburg.de/landesjugendamt/service/empfehlungen/hilfen/alt  
ernativen zur geschlossenen Unterbringung.pdf](http://www.brandenburg.de/landesjugendamt/service/empfehlungen/hilfen/alternativen_zur_geschlossenen_unterbringung.pdf), 10.01.03 / 22.17 Uhr

Leitner, Hans  
Neuorientierung im Umgang mit Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen, Mög-  
lichkeiten und Grenzen der Jugendhilfe, in: jugendhilfe 40 5/2002 S.238-247

Loerzer, Sven,  
Abenteuer zur Bewährung, Reisen als letztes pädagogisches Mittel häufig erfolg-  
reich, in: Süddeutsche Zeitung, 22.03.99  
Magdeburger Initiative  
Deutsches Forum für Kriminalprävention  
[www.kriminalpraevention.de/forum-data.htm](http://www.kriminalpraevention.de/forum-data.htm)-31k vom 16.02.03

Münder, J. u.a.  
Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG / SGB VIII 3.Auflage 1998,  
Votum Verlag

Niedersächsisches Kultusministerium,  
Interventionsprogramm "Leistungen der Jugendhilfe (Erzieherische Hilfen) für  
hochgradig delinquente und/oder deviante Kinder., Eckpunkte eines niedersäch-  
sischen Programms, Manuskript 4 Seiten, Hannover 1999

Otto, H. u. Thiersch, H.  
Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2.Auflage, Luchterhand 2001

Permien, Hanna  
Kinderdelinquenz: Wirksame Jugendhilfe oder Warten auf die Justiz in: Forum  
Erziehungshilfen, 6.Jahrgang, Heft 2, April 2000, S. 88-95

Permien, Hanna u. Hoops, Sabrina  
Die Polizei kann mir nichts tun, ich bin ja erst 13! Wie gehen Eltern und Jugend-  
hilfe mit der Delinquenz von Kindern um? In: Forum Erziehungshilfen Heft 3, S.  
179 - 184



Prey, S. u. Paulat, J.,  
Geschlossene Heime: Lübecks Oberstaatsanwalt erntet viel Lob in: Lübecker  
Nachrichten 30.11.01

Quoirin, Marianne,  
So wie Murat ist, wird man nicht geboren, Kölner Stadtanzeiger 12.04.2002

Rilke, Hans,  
Pädagogisch Therapeutischer Intensivbereich der Rummelsberger Anstalten in:  
Wenn Pädagogik an Grenzen stößt, in: EREV Schriftenreihe 3/2002, S. 106 - 107  
Rotstift  
Ver.di Betriebszeitung des LEB 2002  
[www.lichter-der-grossstadt.de/html-Dokumente/  
geschlossene%20Unterbringung/GU-Stellungnahmen.htm](http://www.lichter-der-grossstadt.de/html-Dokumente/geschlossene%20Unterbringung/GU-Stellungnahmen.htm)

Sader, Manfred  
Psychologie der Gruppe, Grundlagentexte Psychologie, 7.Auflage Juventa 2000

Schäfer, Heinz,  
Zum Umgang mit delinquenten Kindern – Eine Einführung, in: Arbeitsstelle für  
Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Wider die Ratlosigkeit im  
Umgang mit Kinderdelinquenz, Präventive Ansätze und Konzepte, München  
2000

Schlink / Schattenfroh,  
Zulässigkeit der geschlossenen Unterbringung in Heimen der öffentlichen Ju-  
gendhilfe, Fegert u.a. (Hrsg.), Münster 2001, S. 73 - 171

Schmidt-Grunert, Marianne,  
Soziale Arbeit mit Gruppen, Eine Einführung Lambertus Verlag, 1997

Schmidt-Grunert, Marianne  
Methoden in der sozialen Arbeit, in: Standpunkt sozial, Hamburger Forum für  
Soziale Arbeit, 03/1999

Schwabe,  
Wenn Pädagogik an Grenzen stößt  
EREV-Schriftenreihe 3/2002, S.54

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg,  
Kinder- und Jugendbericht, Neugestaltung der Jugendhilfe in Hamburg 1991 bis  
1997, Oktober 1999

Seybold, Helga

Modellprojekt – Soziale Gruppenarbeit für gefährdete Kinder in: Unsere Jugend, Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik, 48.Jahrgang 1996, S.525-530

Sonnen, Bernd u. Treue Wolfgang,

Pro & Contra: Brauchen wir Glen Mills Schools in Deutschland? , in: forum kriminalprävention 2/2002 Thema: Kinder und Jugenddelinquenz, S. 22-23

Spilcker, Axel,

US-Besserungsanstalt als letzte Chance, in: Kölner Stadtanzeiger 11.01.2003

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

Sozialleistungen, Jugendhilfe- Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses 2000 / letzte Änderung Sept. 2002

<http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleitab4.htm> 10.01.2003 / 22.31 Uhr

Vieten-Groß, Dagmar,

Glen Mills Schools - Eine Alternative zum Strafvollzug für straffällige Jugendliche in Amerika, Hannover: DVJJ-Journal Nr. 156, 1997

Welz-Stadelbauer, Brigitte u.a. ,

Soziale Gruppenarbeit für strafunmündige Kinder, in: Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Wider die Ratlosigkeit im Umgang mit Kinderdelinquenz, Präventive Ansätze und Konzepte, München 2000

Wiesner, Reinhard,

Freiheitsentziehung in pädagogischer Verantwortung? in: Wenn Pädagogik an Grenzen stößt, in: EREV Schriftenreihe 3/2002 S. 90 - 105

Wulf, Martin,

Projekte zur Vermeidung von U-Haft und Psychiatrie des Ev. Jugendfürsorgewerk (EJF) Berlin in: Wenn Pädagogik an Grenzen stößt in: EREV Schriftenreihe 3/2002, S. 108 - 109

## **Anlagen**

- Anlage 1 (siehe Seite 17) Formblatt der Polizei
- Anlage 2 (siehe Seite 39) Statistik zur sozialen Gruppenarbeit
- Anlage 3 (siehe Seite 50) Kursverlauf in der sozialen Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern.
- Anlage 4 (siehe Seite 61) Protokoll der KOAG Jugendhilfe

Anlage 1. Formblatt der Polizei

**Erhebliche Gefährdung tatverdächtiger junger Menschen**  
- Datenblatt für das Berichtswesen Polizei / ASD -

PD / LKA  
über Jugendbeauftragte/r (PD 032.3)

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒ oder ausfüllen ☐

An das Bezirksamt Nord

8 A III, ASD

Jugendamt - ASD -

Name	[REDACTED]	Freie und Hansestadt Hamburg
Vorname	[REDACTED]	Bezirksamt Hamburg-Nord
Geburtsdatum	[REDACTED]	Jugendamt III - Altkern, Sozialer Dienst
Straße / Hausnr.	[REDACTED]	Bldg 26. APR. 2001
Postleitzahl / Ort	[REDACTED]	Art. Zuständig
Geschlecht männlich		Staatsangehörigkeit deutsch

zur Tatzeit ☒ Kind ☐ Jugendlicher ☐ minderjähriger unbegleiteter Flüchtling

Anlässlich der Ermittlung in einer Strafsache (siehe anliegendes Merkblatt) wurde eine erhebliche Gefährdung des o. a. Tatverdächtigen festgestellt. Eine erhebliche Gefährdung (vgl. PDV 350 HH) liegt vor, weil der Betroffene:

Eingangsdatum Jugendamt: 26.04.01

Leitzichen der Abteilung ASD: 1174 II ASD

- ☐ sich mit anderen zum Zwecke fortgesetzter Begehung von Straftaten verbunden hat.
- ☐ serienmäßig Straftaten begangen hat.
- ☒ Straftaten mit besonders hoher krimineller Energie (z.B. in besonderer Brutalität oder Grausamkeit) begangen hat.

- ☐ Ein Tätigwerden war nicht möglich, weil der Betroffene nicht auffindbar war.
- ☐ Maßnahmen waren nicht erforderlich, da ausreichende Leistungen bereits über die Jugendgerichtshilfe erbracht werden.
- ☐ Innerhalb von 3 Monaten nach Eingang der Meldung (siehe Eingangsdatum) wurden folgende Handlungsschritte eingeleitet:
  - ☐ Einschaltung eines auswärtigen Jugendamtes nach §§ 86 ff. SGB VIII.
  - ☐ Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII.
  - ☐ Herausnahme nach § 43 SGB VIII.
  - ☐ Anrufung des Familiengerichtes nach § 50 SGB VIII.
  - ☐ Gesprächsangebot gegenüber Betroffenen / Sorgeberechtigten.
  - ☐ Kontaktaufnahme mit dem Betroffenen, Beratung nach §§ 8, 16 SGB VIII.
  - ☐ Kontaktaufnahme mit dem Sorgeberechtigten, Beratung nach § 16 SG VIII.
  - ☐ Weitere Maßnahmen waren nicht erforderlich, da Sorgeberechtigte bereits ausreichend reagiert haben.
  - ☒ Bewilligung einer Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII. *nach neuerlicher Polizeimeldung v. 13.05.01*
  - ☐ Hilfeplanüberprüfung nach § 36 SGB VIII bei bereits eingeleiteter oder durchgeführter Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII.

und / oder zum Zeitpunkt der Tat

- ☐ unter erheblichem Drogeneinfluss stand.
- ☐ in verwahrlostem Zustand war.  
(bei Minderjährigen ist Verwahrlosung regelhaft gegeben bei häufigem Schuleschwänzen, wiederholtem Entweichen aus Jugendhilfeeinrichtungen, Prostitutionsausübung)

Polizeidirektion Ost  
PD 032.3  
Jugendbeauftragte/r  
Am Hohen Hecke 1, 20083 Hamburg  
180401  
Ren

Abgabedatum:

Elektronisch gespeichert am: 27/8/02 Th

# Anlage 2. Statistik zur sozialen Gruppenarbeit

Hilfeart	1996	1997	1998	1999	2000	2001	31.10.02
Erziehungsberatung gem. § 28 SGB VIII	5	36	73	110	140	127	163
Soziale Gruppenarbeit gem. § 29 SGB VIII	7	19	14	15	31	34	47
Erziehungsbeistand /Betreuungshelfer gem. § 30 SGB VIII	684	808	1.011	1.005	944	954	883
Sozialpädagogische Familienhilfe gem. § 31 SGB VIII	238	398	563	562	542	568	642
Erziehung in einer Tagesgruppe gem. § 32 SGB VIII	20	27	53	96	96	104	111
Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII	993	1.049	1.037	1.083	1.044	1.094	1.088
Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen gem. § 34 SGB VIII	2.204	2.245	2.108	1.968	1.928	1.940	1.957
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung gem. § 36 SGB VIII	252	267	267	245	197	199	145
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem § 36 a SGB VIII	151	169	173	157	138	155	135
<b>Summe:</b>	<b>4.554</b>	<b>5.018</b>	<b>5.299</b>	<b>5.241</b>	<b>5.060</b>	<b>5.175</b>	<b>5.171</b>

Laufende Fälle zum Stichtag 31.12.

2002 Stichtag 31.10.

### Anlage 3. Kursverlauf in der sozialen Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern

#### Beispiel eines Kursverlaufs in der Sozialen Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern (»GRUPPE e.V.«):

	Thema	Methoden	Ebene
<b>1. Nachmittag</b>	Selbst- und Fremdwahrnehmung	Plus - Minus Collagen (was ich liebe / was ich hasse)	UMWELT Frage: wo, wann, mit wem?
<b>2. Nachmittag</b>	Selbst- und Fremdwahrnehmung	Interview der Teilnehmer und der Teamer	UMWELT Frage: wo, wann, mit wem?
<b>3. Nachmittag</b>	Kennenlernen, Annäherung durch gemeinsame Aktivitäten	Gemeinsames Kochen und Essen	VERHALTEN Frage: was tust Du?
<b>4. Nachmittag</b>	Benennen von Verhalten, Gefühlen; Vorbereitung des Elternabends	Lebenslinie: Was möchte ich im Alter von ... erreicht haben?	VERHALTEN Frage: was tust Du?
<b>1. Elternabend</b>	Erwartungen an das Kind	Gesprächsrunde: Was soll mein Kind mit ... Jahren erreicht haben?	VERHALTEN Frage: was tust Du?
<b>5. Nachmittag</b>	Erleben der Realität, Rollenbilder, Vorurteile	Besprechen des Elternabends, Planspiel	VERHALTEN Frage: was tust Du?
<b>6. Nachmittag</b>	Neues Erleben von Autoritäten (Polizei)	Neue Sichtweisen	GEFÜHL Frage: wie geht es Dir?
<b>Wochenende</b>	Stärkung des Wir-Gefühls, Frustrationen und Erfolge; Grenzerfahrungen, Gruppenzusammenhalt	Gemeinsames Wochenende	GEFÜHL Frage: wie geht es Dir?
<b>7. Nachmittag</b>	Stärken und Schwächen bei Anderen	Gemeinsames Spielen	GLAUBE Frage: was glaubst Du jetzt von Dir?
<b>8. Nachmittag</b>	Eigene Ressourcen entdecken und zeigen; zutrauen und ausprobieren; gemeinsames Inline-Skaten	Gemeinsames Spielen	GLAUBE Frage: was glaubst Du jetzt von Dir?
<b>9. Nachmittag</b>	Veränderungen und andere Verhaltensweisen	Gemeinsames Spielen	GLAUBE Frage: was glaubst Du jetzt von Dir?

### Anlage 3. Kursverlauf in der sozialen Gruppenarbeit mit strafunmündigen Kindern

	<b>Thema</b>	<b>Methoden</b>	<b>Ebene</b>
<b>10. Nachmittag</b>	Eigene Stärken und »Schwächen«?	Rollenspiel	GLAUBE Frage: was glaubst Du jetzt von Dir?
<b>11. Nachmittag</b>	Eigene Werte entdecken	Wünsche formulieren für den Elternabend	WERTE Frage: wofür tust du das?
<b>2. Elternabend</b>	Das Kind als eigenständige Person definieren	Gesprächsrunde: Wünsche der Kinder Wünsche an die Kinder	WERTE Frage: wofür tust du das?
<b>12. Nachmittag</b>	Eltern neu entdecken; sich als eigene Person definieren	Ergebnisse des Elternabends	WERTE Frage: möchtest Du diesen Wert leben?
<b>13. Nachmittag</b>	Eigene Lebensziele	Wanderung: Was wäre wenn meine Eltern mich mögen?	GLAUBE Frage: was würdest Du von Dir glauben, wenn Du diesen Wert leben würdest?
<b>Erlebnis- pädagogisches Angebot: 6-8 Tage</b>	Grenzerfahrungen, Spüren von Stärke, Kraft, Energie, Lebensfreude, Wir-Gefühl	Tagesziele für die Einzelnen; Erlebnispädagogische Aktionen	GEFÜHL Frage: wie würde es gehen, wenn Du das von Dir glauben würdest?
<b>14. Nachmittag</b>	Transfer in den Alltag	Zielüberprüfung, Ziel und Zielweg für den Elternabend	VERHALTEN Frage: was würdest Du tun, wenn es Dir so gehen würde?
<b>3. Elternabend</b>	Rückblick - Ausblick	Gesprächsrunde: Überprüfung »Was hat sich am System Familie positiv verändert?«	UMWELT Frage: was würde sich in Deiner Umwelt verändern, wenn Du Dich so verhalten würdest?
<b>15. Nachmittag</b>	Abschlussnachmittag, Erreichtes würdigen, Veränderungen feststellen, »Neue Ziele?«	Besprechung des Elternabends, feiern	UMWELT Frage: was würde sich in Deiner Umwelt verändern, wenn Du Dich so verhalten würdest?

Beschluss der KOAG Jugendhilfe am 27.01.2003

**Kriterien für die Vergabe der Mittel aus der Drucksache „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ zur Förderung von Projekten der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung (2. Mio. Euro)**

**1. Zielsetzung**

Die zu fördernden Projekte sollen sowohl zur fachlichen Innovation in der Jugendhilfe als auch zur Reduzierung des Fallaufkommens der Hilfen zur Erziehung beitragen. Sie sollen sozialräumlich ausgerichtete und im Alltag der Adressaten wirksame Hilfen und Beratungsangebote sein.

Mit der Realisierung solcher Projekte soll der durch die Modellprojekte zur familiären Krisenintervention und durch die Einrichtung der Schnittstellenprojekte eingeleitete Prozess der Entsäulung der Jugendhilfe fortgesetzt werden. Die Durchlässigkeit zwischen den Leistungsbereichen der Jugendhilfe untereinander und in angrenzende Verantwortungsbereiche (Schule, Gesundheit, Arbeitsverwaltung, soziale Stadtteilentwicklung) hinein soll weiter erhöht werden. Außerdem soll die gemeinsame Ausrichtung unterschiedlicher Träger auf die Region gestärkt und gefördert werden.

Mit den nachstehend aufgeführten Förderungskriterien soll eine neue Qualität sozialraumorientierter Weiterentwicklung der Jugendhilfe auf den Weg gebracht werden.

Die Förderung neuer Projekte, die Mittel aus der „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ erhalten können, ist deshalb an die folgenden Voraussetzungen gebunden.

**2. Angebotsziele/Zielgruppen**

Die Förderung der Projekte soll folgende Angebotsziele für folgende Zielgruppen sicherstellen.

Zielgruppen:

- Familien und Alleinerziehende mit Kleinkindern
- junge Menschen in Übergang zur Elternschaft
- Familien in Trennungs- und Scheidungssituationen
- Familien in Krisen
- Jugendliche in der Phase der Verselbständigung (Übergang Schule-Arbeit/Beruf)

Angebotsziele

- die Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenz bei Kindern und Jugendlichen
- Elternmitarbeit
- die Förderung von Kindern und Jugendlichen in schulischer Hinsicht
- die Integration Jugendlicher in Angebote beruflicher Orientierung oder zur Unterstützung von Maßnahmen der Arbeitsverwaltung
- die Förderung der Integrationskraft von Regeleinrichtungen wie Kindertagesbetreuungseinrichtungen und Schulen



- Vermeidung von langfristigen stationären Unterbringungen oder Straßenkarrieren als Folge einer aktuellen (akuten) Krise z.B. durch Organisation nachbarschaftlicher Unterbringungs- und Unterstützungsreserven

Durch die Angebote sollen die Selbsthilfepotentiale der Zielgruppen gefördert werden. Die Kooperation von professionellen sowie nicht- oder semiprofessionellen Unterstützungsangeboten im Sozialraum soll gefördert und informelle Netzwerke im Sozialraum sollen gezielt in die Angebotsentwicklung einbezogen werden.

Bei der pädagogischen Arbeit im Einzelfall sollen fallübergreifende und fallunabhängige Tätigkeiten systematisch und zielgerichtet miteinander verknüpft werden, um zu einer neuen Qualität planvoller und belastbarer Kooperation zu kommen, die verbindliche Problemlösungen im Einzelfall gewährleistet.

### **3. Strukturelle Anforderungen**

- Das Projekt muss regional sozialräumlich ausgerichtet (definierter Einzugsbereich) sein und die Leistungen müssen dort erbracht werden.
- Die Projekte müssen einzelfallwirksame Angebote<sup>1</sup> und infrastrukturelle Angebote<sup>2</sup> beinhalten.
- Die Projekte sollen als Verbundprojekte mehrerer Träger in verbindlicher Kooperation mit dem/den dort tätigen Jugendamt konzipiert sein. Darüber hinaus ist insbesondere die Einbeziehung von Regeleinrichtungen erforderlich.
- Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit oder der Familienförderung sollen bei der Auswahl vorrangig Berücksichtigung finden.
- Der Zugang von Kindern und Jugendlichen in die Maßnahmen muss über den ASD möglich sein.
- In den Entscheidungsprozess über die Auswahl der Projekte sollen Stellungnahmen der bezirklichen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII.

### **4. Bestandsschutz**

Projekte, die bereits sozialraumorientierte Arbeitsansätze aufweisen (Gemeinwesenarbeit mit Einzelfallverbindlichkeit) und in der Budgetplanung nicht abgesichert sind, sollen aus den zur Verfügung stehenden Mitteln strukturell abgesichert werden. Hierfür können bis zu 20 % der zugewiesenen Mittel eingesetzt werden.

### **5. Berichtswesen**

Die Träger sind im Zuwendungsbescheid zu verpflichten, an einem vom Zuwendungsgeber vorgegebenen Berichtswesen sach- und zeitgerecht mitzuwirken. Ein standardisierter Berichtsbogen wird durch das Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung in Abstimmung mit den Bezirken erstellt.

Für die Projekte sollen auch die Berichtsanforderungen analog zu den Regionalen Leistungsverträgen für die Nachweise des Leistungserbringers (Bezirksamt) gelten.

---

<sup>1</sup> Angebote bezogen auf den individuellen erzieherischen Bedarf

<sup>2</sup> Fachübergreifende Vernetzung von Personen und Institutionen